# Versuche einer politischen Organisation im Donauraum

## von den Pariser Friedensverträgen bis zum Anschluß (1918—1938)

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades
einer Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
(Rechtswissenschaftliche Abteilung)
der Eberhard-Karls-Universität
zu Tübingen

vorgelegt von

**Josef Hartmann**

aus Wurzach, Kreis Wangen (Württ.)

**1940**

---

Buchdruckerei Karl Bölzle, Tübingen, Marktgasse 10

Obmann: Professor Dr. Kreller

1. Berichterstatter: Dozent Dr. Schmid

2. Berichterstatter: Professor Dr. Feine

Tag der mündlichen Prüfung: 11. Nov. 1939.

Zum Druck genehmigt von der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Tübingen.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

# Gliederung.

Seite

1. Teil. Die Organisationsversuche bis 1933.

1. Kapitel: Der Versuch der Kleinen Entente und Frankreichs. 7—25

Ursache und Anlaß der Gründung der Kleinen Entente — Die Kleine Entente, ein Versuch zur Organisation des Donauraums — Haltung der europäischen Staaten gegenüber der Kleinen Entente: Ablehnende Haltung Ungarns, Anlehnung Oesterreichs, Zurückhaltung Bulgariens, Hemmungen Polens, Bündnis mit Frankreich. Einverständnis Italiens, Ablehnung Deutschlands.

2. Kapitel: Der Versuch Italiens. . . . . 25—34

Die Tiranapakte. — Der italienisch-ungarische Freundschaftsvertrag. — Das italienisch-griechisch-türkische Freundschaftsdreieck. — Bulgariens Stellung in der italienischen Donaupolitik. — Die italienisch-österreichische Annäherung. — Die Lücken des italienischen Vertragssystems im Donauraum. — Die Abwehr der Kleinen Entente.

3. Kapitel: Der Versuch Deutschlands . . . . . 34—37

Der deutsch-österreichische Zollunionsentwurf.

2. Teil. Die Entwicklung seit 1933.

1. Kapitel: Entwicklung des Organisationsversuches der Kleinen Entente und Italiens und die französisch-italienische Annäherung. . . . . 38—52

Der Nationalsozialismus in Deutschland. — Organisationsstatut der Kleinen Entente. — Balkanbund. — Innen- und außenpolitischer Kurswechsel in Oesterreich. — Die Römischen Protokolle. — Französisch-italienische Annäherung.

Seite

2. Kapitel: Achse Berlin—Rom. . . . . 53—60

Auflösung der Stresafront. — Ausbau des Römischen Dreiecks. — Die italienisch-albanischen Beziehungen. — Deutsch-italienische Annäherung und Bildung der Achse Berlin—Rom. — Das deutsch-österreichische Abkommen vom 11. 7. 1936. — Der bulgarisch-jugoslawische Ausgleich. — Der italienisch-jugoslawische Ausgleich. — Die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem deutschen Reiche.

## Vorbemerkung.

Vorliegende Arbeit wurde von Herrn LGR. Dr. Schmid, Dozent an der Universität Tübingen, angeregt. Sie wurde im November 1938 abgeschlossen. Die seitherigen Ereignisse im Donauraum wurden nicht mehr berücksichtigt.

# Einleitung.

Die politische Organisation des Donauraumes, die politische Zusammenfassung aller Donauvölker, war immer ein wichtiges Problem der europäischen Politik. Auch die Friedenskonferenz in Paris 1919 mußte dazu Stellung nehmen. Sie entschied sich für die Zerschlagung der Donaumonarchie und schuf im Donauraum neue selbständige Staaten (Tschechoslowakei, Ungarn, Oesterreich und Südslawien). Doch bald empfanden die neugeschaffenen Donaustaaten selber ihre Selbständigkeit zu groß. Die Siegerstaaten (Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien) waren daher seit Kriegsende eifrigst bemüht, sich zu ihrem Schutze gegen die besiegten Donaustaaten (Oesterreich, Ungarn und Bulgarien) zusammenzuschließen. Aber auch die europäischen Großmächte, Frankreich und Italien alsbald Deutschland erst später, versuchten, den Donauraum ihren Interessen gemäß zu gestalten. Sämtliche Bemühungen blieben bis in die neueste Zeit Versuche. Diese Versuche, und zwar nur die politischen, darzustellen, ist Sinn und Zweck dieser Arbeit. Wirtschaftliche Organisationsversuche im Donauraume, werden nur insoweit berücksichtigt, als sie für die politische Gestaltung des Donauraumes Bedeutung erlangt haben.

# I. Teil.

# Die Organisationsversuche bis 1933.

## 1. Kapitel.

### Der Versuch der Kleinen Entente und Frankreichs.

Das Ergebnis des Friedensschlusses war, daß der Donauraum in zwei Gruppen, in Sieger und Besiegte, gespalten wurde. Die grundsätzliche Aussenpolitik war bei den letzteren Revisionismus, dem die Siegerstaaten mit einer entschiedenen antirevisionistischen Politik zu begegnen suchten. Diese fanden sich daher zwangsläufig zusammen, um vereint desto wirksamer den neuerworbenen Besitzstand zu sichern.

Schon während des Krieges haben die drei Donaustaaten zusammengearbeitet, um ihren Interessen bei den Ententegroßmächten mehr Geltung zu verschaffen[1]). Sie bildeten also schon damals eine politische Einheit. Was sie nun gemeinsam sich erstritten, wollten sie auch gemeinsam verteidigen. Diese politische Interessengemeinschaft[2]) war also schon lange vorher da, ehe es zu einer festen rechtlichen Bindung zwischen den drei Staaten kam. Hiezu war noch eine besonders konkrete Gefähr-

---

[1]) Vgl. Th. G. Masaryk, Weltrevolution, S. 197; E. Benesch, Aufstand der Nationen, S. 391 ff; J. O. Crane, Little Entente, p. 3; E. Benes, Little Entente. In: Encyclop. Brit. vol. 14, p. 226; Take Jonescu, Petite Entente. In: Revue de France, 1. 4. 21. Im Jahre 1917 fand eine Zusammenkunft der österreichisch-ungarischen unterdrückten Völker in Kiew statt, wo ein Sonderkommittee zur Bekämpfung des deutschen und österreichisch-ungarischen Imperialismus gebildet wurde.

Im April 1918 nahmen alle drei Staaten der Kleinen Entente an dem Kongreß der „unterdrückten Völker" in Rom teil.

Im Herbst 1918 wurde die Central European Democratic Union in Washington gegründet.

[2]) Grenzstreitigkeiten gab es zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien mangels einer gemeinsamen Grenze überhaupt nicht. Die tschechoslowakisch-rumänische Grenze bestimmte im wesentlichen Art. 2, Nr. 4 des Grenzvertrages von Sèvres vom 10. 8. 1920 (Text: NRG 3. s., XII, 815); einzelne noch strittig gebliebene Punkte wurden durch ein Protokoll vom 4. 5. 1921 (Text: NRG 3. s., XX, 192) geregelt. Die rumänisch-jugoslawische Grenze wurde ebenfalls in dem Vertrag von Sèvres, Art. 3, Nr. 2 festgesetzt. Restliche Grenzstreitigkeiten wurden in dem Protokoll vom 24. 11. 23 (Text: NRG 3. s., XVII, 342) erledigt. Ueber den rumänisch-jugoslawischen Streit bezüglich des Banats vgl. Machray, Little Entente, 1929, p. 93.

dung ihrer gemeinsamen Interessen notwendig. Diese Gefahr kam vom ungarischen Revisionismus [3]). Diesen fürchteten insbesondere die drei Siegerstaaten, die vom ungarischen Reiche große Gebiete erhalten hatten. Zwar wollte Ungarn nur eine Revision mit friedlichen Mitteln betreiben [4]); aber auch die Anwendung friedlicher Revisionsmittel waren den drei Staaten unangenehm. Schon im Sommer 1920 gingen Gerüchte um über Unterhandlungen zwischen Frankreich und Ungarn. Frankreich soll hierbei Ungarn gegen Waffenhilfe für Polen gegen Sowjetrußland Grenzrevision, militärische Revision sowie Begünstigung der Habsburgerrestauration [5]) versprochen haben. Derartige Gerüchte, die nach späteren „Enthüllungen" nicht jeden Grundes entbehrten, trugen zum Zusammenschluß der drei Staaten nicht wenig bei [6]).

Weit mehr bedroht aber sahen sie sich durch die Habsburgerrestauration in Ungarn. Restauration bedeutete für sie Revision [7]). Ungarn betrachtete diese Frage als innerstaatliche und war mit dieser Ansicht formell im Recht, da Ungarn keine internationale Verpflichtung eingeräumt hatte, der Restauration entgegenzutreten [8]). Zweimal war nun die

---

[3]) s. E. Hasas, La Révision du Traité de Trianon, 1928. s. L.V. 598, 599, 602. 605, 606, 610, 613, 614—617, 620—622, 624, 625, 637, 794.

[4]) s. Apponyi, Hungarian Foreign Policy, 1921.

[5]) Vgl. Beroviczeny, Der König und sein Reichsverweser, S. 111—112; J. Troud, Charles Ier, p. 143.

[6]) Diesen Gerüchten trat jedoch Benesch in seinem Kammerexposé vom 27. 1. 1921 (p. 22) entgegen: „Touts les bruits touchant un appui de la réaction en Hongrie et l'instauration de telle ou telle dynastie par les Alliés ne sont que des nouvelles tendancieuses et des manoeuvres de propagandes".

Näheres über den sog. „Vertrag von Gödöllö" s. in der Maur, Die Jugoslawen einst und jetzt, Band II, S. 347 ff; L. Steier, Ungarns Vergewaltigung, S. 896; A. Mousset, La Petite Entente, p. 18, 131.

Sicher ist, daß die großen Ententemächte die Interessen ihrer Schutzbefohlenen an der Donau nicht mehr restlos teilten: vgl. J. O. Crane, Little Entente, 1931, p. 7—8; Kirsch, die Kleine Entente, in Allg. Rundsch. 1920, S. 557; Seton-Watson, La Petite Entente, in Esprit internat. 1931, p. 598; E. Strauß, Tschechosl. Außenpolitik, 1936, S. 64. Dagegen Take Jonesco, La Petite Entente, in Revue de France, 1. 4, 21,

[7]) König Karl IV. hatte einerseits der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon nicht zugestimmt, war aber andererseits durch den 1917 geleisteten Krönungseid gebunden, die territoriale Integrität und Unverletzlichkeit Ungarns zu gewährleisten (Text: des Eides in Crane, Little Entente, App. p. 211/2; vgl. auch a.a.O. S. 16—17).

Tatsächlich rechnete man auch in der näheren Umgebung des Königs mit dem Anschluß der Kroaten in Jugoslawien, der Szekler und Deutschen in Rumänien und der Deutschen, Ungarn und Slowaken in der Tschechoslowakei im Falle der Restauration. Vgl. Beroviczény, Der König und sein Reichsverweser, S. 198, 215 ff.

[8]) Die Erklärung der Botschafterkonferenz gegen die Habsburger vom 4 2. 1920 (Text: Tschechosl. Weißbuch Nr. 1) spricht sich allerdings entschieden gegen eine Habsburgerrestauration aus, wenn es dort heißt:

Restaurationsgefahr in Ungarn im Jahre 1921 unmittelbar drohend [9]). An Ostern (27. März) 1921 verlangte König Karl IV. [10]), der heimlich aus seinem Schweizer Exil nach Budapest gekommen war, von Reichsverweser Horthy [11]) die Uebergabe der Macht. Auf den Druck der Tschechoslowakei [12]), Rumäniens und Jugoslawiens sowie der europäischen Großmächte [13]) weigerte sich Horthy, den König aufzunehmen und überredete ihn, Ungarn wieder zu verlassen. Am 5. 4. 1921 begab sich Karl zum zweitenmal nach der Schweiz ins Exil. Beim zweiten Restaurationsversuch Karls IV., Ende Oktober 1921, kam es zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen dem König und der Regierung, wobei der König aber den Kampf schließlich aufgab, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden (24. 10.). Karl wurde sodann von Ungarn an die Ententemächte ausgeliefert und von diesen nach Madeira verbannt, wo er 1922 starb. Ungarn aber mußte auf Betreiben der Botschafterkonferenz [14]) die Habsburger durch Gesetz vom ungarischen Königsthron ausschließen [15]) und nach weiteren Vorstellungen derselben [16]) auf Anregung der Tschecho-

„... les Puissances ne sauraient admettre que la restauration de la dynastie des Habsbourg puisse être considérée comme une question intéressant uniquement la nation hongroise. Elles déclarent donc par la présente qu'une restauration de cette nature resterait en désaccord avec les bases mêmes du règlement de la paix et ne serait par elles ni reconnue ni tolérée".

Diese Erklärung ist aber einseitig und weder für Ungarn noch für Oesterreich rechtsverbindlich. Ihre politische Tragweite ist umso größer. Dasselbe gilt von der Erklärung des Obersten Rates vom 22. 8. 1919, die sich gegen Erzherzog Joseph als Staatsoberhaupt Ungarns ausspricht. S. hierüber: Temperley, a.a.O., IV, p. 490; Machray, Little Entente, p. 100.

[9]) Lit. über beide Restaurationsversuche Karls IV: Boroviczény, Der König und sein Reichsverweser; E. Hasas, La Révision du Traité de Trianon, p. 11—13; 16—21.

[10]) Ueber die Person Karls IV. s. L.V. 1005/6.

[11]) Ueber die Person Horthy's s. L.V. 997—1000.

[12]) Der diesbezügliche dipl. Schriftwechsel des tschechoslowakischen Außenministers mit den tschechoslowakischen diplomatischen Vertretern findet sich im tschechosl. Weißbuch Nr. 3—11; daraus ersieht man, daß es vor allem die unerbittliche Haltung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und auch Rumäniens war, die die Restauration im Keime erstickten.

[13]) Note der Botschafterkonferenz vom 1. 4. 1921 (Tsch. Weißbuch Nr. 12).

[14]) s. Tschechoslowakisches Weißbuch Nr. 43 und 50.

[15]) Durch Gesetz vom 3. 11. 21 (Tsch. Weißb. Nr. 64) wurde König Karl IV. seiner Rechte auf den ungarischen Königsthron für verlustig erklärt (Art. 1) und die Pragmatische Sanktion von 1723 aufgehoben (Art. 2). Ungarn ist damit wieder Wahlkönigtum geworden (Art. 3), was natürlich die Wahl eines Habsburgers nicht ausschließt. Nur haben die Habsburger kein Thronfolgerecht mehr. Das Wahlkönigtum entspricht den Ideen der damaligen und jetzigen regierenden Kreise in Ungarn.

[16]) Note der Botschafterkonferenz an die all. Kommissare in Budapest vom 5. 11. 1921 im tschechoslowak. Weißbuch Nr. 67.

slowakei [17]) in einer Note vom 5. 11. 1921 [18]) erklären, „daß es sich, wenn es zur Wahl des künftigen Königs schreitet, mit den in der Botschafterkonferenz vertretenen Großmächten verständigen und nicht ohne ihre Zustimmung vorgehen werde". Mit dieser Erklärung hat Ungarn völkerrechtsverbindlich nicht nur die Habsburgerrestauration, sondern überhaupt jede Restauration von der Zustimmung der europäischen Großmächte abhängig gemacht [19]). Gegen beide Restaurationsversuche traten die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien geschlossen auf; beim zweiten Versuch war das Bündnis schon geschlossen.

Auch in der Burgenlandfrage [20]) zeigte Ungarn seinen entschiedenen Revisionswillen. Ungarn weigerte sich, das Burgenland an Oesterreich herauszugeben. Kriegerische Verwicklungen zwischen Ungarn und Oesterreich drohten. Die Botschafterkonferenz mußte vermittelnd eingreifen [21]). Schließlich trat am 11. 10. 1921 unter dem Vorsitz des italienischen Außenministers Toretta eine Konferenz der beteiligten Staaten in Venedig zusammen [22]). Das Ergebnis dieser Besprechungen war das sog. Protokoll von Venedig vom 13. 10. 1921 [23]), wonach über die Zugehörigkeit Oedenburgs mit Umgebung eine Abstimmung stattfinden sollte [24]), während das übrige Gebiet von Ungarn an Oesterreich bedingungslos herausgegeben werden mußte.

---

[17]) s. die diesbezüglichen Noten des tschechoslowakischen Außenministers vom 3. 11. 1921 im tsch. Weißb. Nr. 65 und 66.

[18]) Tsch. Weißb. Nr. 71.

[19]) Vgl. die Note der Botschafterkonferenz an die all. diplomatischen Vertreter in Budapest vom 10. 11. 1921 tschech. Weißb. Nr. 72) und Note der Botschafterkonf. an den tschechosl. Vertreter in Paris vom 15. 11. 21 (tsch. Weißb. Nr. 73).

[20]) s. L.V. 302—311.

[21]) Der tschechoslowakische Außenminister Benesch bat in einer Note vom 12. 9. 21 (Tschechosl. Weißb. I, Nr. 28) die Botschafterkonferenz in Paris um Vermittlung in dieser Angelegenheit.

[22]) In der Befürchtung, im Donauraum an Einfluß zu verlieren, hat sich Italien in die Angelegenheit eingeschaltet, dessen Vermittlung Ungarn der tschechoslowakischen vorzog.

[23]) Text: NRG 3. s., XIX, 763.

[24]) Die Abstimmung fand am 18. 12. 1921 statt und fiel zugunsten Ungarns aus. Für Ungarn wurden 15343 Stimmen, für Oesterreich 8277 Stimmen abgegeben bei rund 8000 Stimmenthaltungen. Dieses Abstimmungsergebnis bestätigte die Botschafterkonferenz durch Beschluß vom 1. 1. 1922. Damit wurde Oedenburg als Haupt- und Handelsstadt und Eisenbahnknotenpunkt seines Hinterlandes beraubt.

s. S. Wambaugh, La pratique des plébiscites internationaux, in Recueil des Cours de l'Acad. de droit internat., vol. 18, 1927 III, p. 194; S. Wambaugh, Plebiscites since the World war, 1933, Vol. I, p. 271; G. Musacchia, Questione Austriaca e la Politica Italiana, 1933, p. 173; E. Hasas, Révision du Traité de Trianon, p. 14; Temperley, A Hist. of the Peace Conf. at Paris, IV, 383.

Der „Vertrag von Gödöllö", der erste Restaurationsversuch und der Burgenlandstreit führten die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien zusammen.

So schlossen am 14. 8. 1920 das Kgr. der Serben, Kroaten und Slowenen und die Tschechoslowakei in Belgrad [25]), am 23. 4. 1921 Rumänien und die Tschechoslowakei in Bukarest [26]) und am 7. 6. 1921 Rumänien und das Kgr. S. H. S. in Belgrad [27]) Bündnisverträge ab. Das Bündnisabkommen zwischen der Tschechoslowakei und dem Kgr. S. H. S. wurde durch das Marienbader Abkommen vom 31. 8. 1922 [28]) ergänzt [29]). Diese vier Abkommen stellen die Rechtsgrundlage der sog. **Kleinen Entente** [30]) [31]) dar.

Die in diesem Abkommen enthaltene Bündnispflicht ist keine allgemeine, sondern beschränkt sich auf einen nichtprovozierten Angriff gegen einen Vertragschließenden seitens Ungarns. Rumänien und Jugoslawien sicherten sich ihrerseits außerdem noch in derselben Weise gegenüber Bulgarien. Die militärischen Verpflichtungen der Parteien im Bündnisfall sind in besonderen Militärabkommen festgelegt [32]).

War nun dieses Dreierbündnis überhaupt notwendig zur Aufrechterhaltung des Status quo im Donauraum, da doch der Völkerbund gemäß Artikel 10 der Satzung den Schutz der Staatsgrenzen übernommen hat? Zwar ist die Zahl der Garanten viel größer, die Wirksamkeit der Garantie aber nicht zuletzt gerade deswegen unvergleichbar geringer. Das Verfahren vor dem Völkerbund ist kompliziert und daher langsam; die

---

[25]) Ratifiziert am 10. 2. 1921 in Belgrad; verlängert am 31. 8. 1922 und 18. 9. 1928.

[26]) Ratifiziert am 27. 5. 1921 in Bukarest; verlängert am 7. 5. 1923 und 3. 6. 1926.

[27]) Ratifiziert am 8. 7. 1921 in Bukarest; verlängert am 7. 7. 1923 und 13. 6. 1926.

[28]) Ratifiziert am 3. 10. 1922 in Belgrad; verlängert am 18. 9. 1928.

Ueber ein geheimes Dreierabkommen und ein geheimes Abkommen zwischen der Kleinen Entente und Polen, die angeblich ebenfalls auf der Marienbader Konferenz abgeschlossen worden sein sollen, vgl. Fr. Klein, in Polit. Handwbch. I, 984.

[29]) Sämtliche Texte dieser Verträge und deren Verlängerungsprotokolle finden sich zusammengestellt im authentischen franz. Wortlaut in: A. Giannini, Trattati ed Accordi per l'Europa danubiana e balcanica, 1936, p. 387 ff. und Gretschaninow, Polit. Verträge, S. 7 ff, 42 ff, 46 ff.

[30]) Lit. über die Kleine Entente s. L.V. 474—529.

[31]) Der Name „Kleine Entente" wurde zuerst von der ungarischen Tageszeitung Pesti Hirlap vom 21. 2. 1920 im Gegensatz zur „Großen Entente" ironisch gebraucht, wurde aber bald von den drei Mitgliedstaaten verwandt. s. Machray, Little Entente, p. 105/6; J. O. Crane, Little Entente; A. Hobza, La Petite Entente, in Revue de Droit internat. et de législ. comp. 1933, p. 337.

[32]) Die Militärabkommen sind sämtliche geheim.

Verträge der Kleinen Entente hingegen enthalten für den casus foederis konkrete Verpflichtungen. Der Völkerbund kann nur wirtschaftliche „Sanktionen" zwingend vorschreiben, das militärische Eingreifen ist jedem Bundesmitglied freigestellt; demgegenüber bestehen in der Kleinen Entente Militärkonventionen, die sofortiges gemeinsames militärisches Vorgehen ermöglichen [33]).

Die Bündnisverpflichtungen erschöpfen aber die Beziehungen der Mitgliedstaaten der Kleinen Entente noch nicht. Die Kleine Entente will nicht bloß negativ etwaigen Angriffen gegen die „Friedensordnung" seitens der besiegten Staaten gemeinsam im äußersten Falle militärisch begegnen; die Kleine Entente will vielmehr auch positiv solche Angriffe durch eine neue Organisation des ganzen Donauraumes ausschließen [34]). Zusammenschluß aller Donaustaaten unter Aufrechterhaltung des Friedensstatus' ist das Ziel der Kleinen Entente. Die Siegerstaaten übernehmen die Führung in dieser neuen Donauorganisation. Die Besiegten verzichten auf ihre Revisionsansprüche. Damit ist der „Friede" an der Donau gesichert und die Ordnung geschaffen. Nicht Wien, sondern Prag soll symbolhaft die Hauptstadt dieser Donauföderation, dieser neuen Organisation im Donauraum werden. Kurz: der durch die Friedensverträge geschaffene Zustand im Donauraum soll organisatorisch verewigt werden. Der „Kleine Dreibund" sollte danach nur die erste, vorläufige Stufe sein zu dieser Neuorganisation, bis die besiegten Donaustaaten sich den Siegern unter Verzicht auf ihren Revisionismus anschließen und damit jedes gegen sie gerichtete Bündnis entbehrlich machen. Um nun dieses letzte Ziel der Kleinen Entente zu erreichen, verpflichteten sich die Mitgliedstaaten, „sich über die Fragen der auswärtigen Politik zu verständigen, die mit ihren Be-

[33]) Vgl. A. Mousset, La Petite Entente, 1923, p. 7/8; A. Hobza, a.a.O.; Benesch selber trat in seinem Exposé vom 6. 2. 1924 dem Vorwurf entgegen, die Tschechoslowakei hätte sich nur auf die Garantien des Völkerbundes stützen sollen und sagte wörtlich:

„La force de la S.d.N. n'est pas suffisante actuellement pour que l'on puisse attendre d'elle avec une absolue sécurité, un aide décisif en cas de danger suprême pour un Etat".

Benes, Cinq Années de Politique Extérieure, p. 33. Nach dem einstimmigen Beschluß der 2. Bundesvers. vom 4. 10. 1921 (Actes de la 2ème Ass. de la S.d.N. I, 22) sind derartige „Regionalpakte" („accords tendant à préciser ou à compléter les engagements en vue du maintien de la Paix") mit Art. 21 der Satzung vereinbar.

[34]) Vgl. E. Benesch in seinem Exposé vom 27. 1. 1921:

„Il faut créer dans l'Europe Centrale un nouveau système politique et économique qui garantisse cette paix et cette tranquillité". (p. 12)

s. ferner: E. Benes, Little Entente, in Encycl. Brit. vol. 14, p. 220; E. Bénès, La Petite Entente, in Esprit Internat. 1927, p. 300; A. Cosma, La Petite Entente, 1926, p. 73—76; M. Matitch, Projet d'Union Danubienne. Le Point de vue Yougoslave. 1933, p. 86.

ziehungen zu Ungarn bzw. zu Bulgarien in Zusammenhang stehen." [35]). In dem Marienbader Abkommen vom 31. 8. 1922 kamen Jugoslawien und die Tschechoslowakei noch weitergehend überein, „sich in ihren internationalen Beziehungen allgemein jede politische und diplomatische Unterstützung zu leisten" und sich im Falle der Bedrohung ihrer gemeinsamen Interessen über die zu ihrem Schutze zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen (Art. 4). Sie verpflichteten sich noch im Besonderen, ohne vorherige Anhörung des anderen kein Bündnis mit einer dritten Macht zu schließen [36]). Die drei Mitgliedstaaten der Kleinen Entente wollen danach eine gemeinsame, jedenfalls keine gegensätzliche Außenpolitik betreiben. Praktisch sollte dies durch — seit der Belgrader Konferenz vom 8. 7. 1922 periodischen — Konferenzen der drei Außenminister ermöglicht werden. Ihr Bestreben ist, soweit irgendmöglich nach außen als eine einzige Donaumacht aufzutreten, die im Donauraum die Vorherrschaft innehat, die aber auch im übrigen Europa bei den Großmächten sich Geltung zu verschaffen weiß. Diese gemeinsame Außenpolitik der Kleinen Entente soll vor allem das Mittel sein, die besiegten Donaustaaten zu isolieren und ihnen so den Anschluß an die Kleine Entente zu „erleichtern". Diese Isolierungspolitik schien umso erfolgversprechender, da die Besiegten keineswegs den in der Kleinen Entente geeinigten Siegern mit der Einheit entgegentreten konnten [37]).

Welcher Erfolg war nun dieser Politik der Kleinen Entente beschieden?

Wie vorauszusehen war, stieß der Organisationsplan der Kleinen Entente in Ungarn auf den heftigsten Widerstand. Ist doch die Kleine Entente begründet worden, um dem Revisionismus im Donauraum wirksam entgegentreten zu können und richtet sich ihr Bündnis ausdrücklich gegen die Verwirklichung der ungarischen Revisionsansprüche, auf die Ungarn nie verzichten wird. Trotz dieser Aussichtslosigkeit, Ungarn in das System der Kleinen Entente einzubeziehen, versuchten deren Mitgliedstaaten, vor allem die daran am meisten interessierte Tschechoslowakei, Ungarn zu gewinnen. So kamen am 14. 3. 1921 in Bruck an der Leitha Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn in Gang; die Habsburgerfrage und das territoriale Revisionsproblem wurden jedoch von vornherein von der Diskussion ausgeschlossen. Lediglich Rechts-, Finanz-,

[35]) Tschechosl.-rumänisches Abk. v. 23. 4. 21; Art. 4;
Rumänisch-jugoslawisches Abk. v. 7. 6. 21; Art. 4.

[36]) Tschechosl.-jugoslawisches Abk. v. 14. 8. 20; Art. 3;
Tschechosl.-rumänisches Abk. v. 23. 4. 21; Art. 3;
Rumänisch-jugoslawisches Abk. v. 7. 6. 21; Art. 3.

[37]) So waren vor allem die österreichisch-ungarischen Beziehungen durch die Burgenlandfrage gespannt.

Wirtschafts- und Verkehrsfragen sollten erörtert werden. Immerhin setzte die ungarische Delegation den von den Tschechen forcierten Wirtschaftsfragen die Minderheitsfrage entgegen. Diese Frage bildete den einzigen politischen Stoff der Brucker Verhandlungen. Das Ergebnis derselben war nur vorbereitender Natur. Eine später in Aussicht gestellte Konferenz, die die Brucker Verhandlungen zum Abschluß bringen sollte, kam infolge des ersten Restaurationsversuchs König Karls IV. [38]) nicht mehr zustande [39]).

Am 24. 6. 1921 traf man sich nochmals in Marienbad; aber auch diese tschechisch-ungarischen Verhandlungen hatten infolge der Zuspitzung der Burgenlandfrage keinen Erfolg. Ebensowenig führte eine tschechisch-ungarische Besprechung in Brünn am 26. 9. 1921, die auch das Habsburgerproblem zum Gegenstand hatte, zu keinem Erfolg, da König Karl Ende Oktober 1921 seinen zweiten Restaurationsversuch [40]) unternahm [41]).

Am 18. 9. 1922 wurde Ungarn in den Völkerbund aufgenommen [42]). Mit Eintritt in den Völkerbund hat Ungarn aber keineswegs auf die Geltendmachung seiner Revisionsforderungen verzichtet, sondern verpflichtete sich lediglich, nur im Rahmen des Völkerbundes für die Revision zu kämpfen. Da Ungarn schon bisher mit friedlichen Mitteln Revision gefordert hatte, bedeutete die Aufnahme in den Völkerbund keine Einschränkung seiner Revisionspolitik; im Gegenteil, jetzt konnte Ungarn seine Ansprüche vor einem europäischen Forum vertreten. Eine zeitlich begrenzte Einschränkung der ungarischen Revisionspolitik brachte erst das Protokoll Nr. 1 über den finanziellen Wiederaufbau Ungarns vom 14. 3. 1924 [43]). Gegen eine vom Völkerbund garantierte Anleihe mußte sich Ungarn, England, Frankreich, Italien und insbesondere auch der Kleinen Entente gegenüber unter anderem verpflichten, die Verpflichtungen des Friedensvertrages von Trianon, vor allem dessen militärische Bestimmungen, sowie die anderen internationalen Verpflichtungen strikt und loyal zu erfüllen. Damit hat Ungarn den Friedensvertrag von Trianon erneut anerkannt. In diesem Protokoll Nr. 1 ist aber weiter noch bestimmt, daß Ungarn „seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch beeinträchtigen darf, daß es irgendeinem Staat ein Sonderregime gewährt, das geeignet ist,

[38]) s. S. 8.

[39]) s. L. Steier, Ungarns Vergewaltigung, S. 912/4.

[40]) s. S. 9.

[41]) s. E. Bénès, Cinq Années de Politique Extérieure, p. 17/18; L. Steier, a.a.O.

[42]) Ungarn reichte schon am 23. 5. 1921 ein Aufnahmegesuch ein. Die Beratung darüber wurde jedoch bis zur Erledigung des Burgenlandkonfliktes vertagt. Die Aufnahme erfolgte dann am 18. 9. 1922 in der 10. Plenarsitzung der 3. Vers. s. Schücking-Wehberg, Satzung des Völkerbundes, I (1931), S. 314.

[43]) Text: NRG 3. s., XXX, 110.

diese Unabhängigkeit zu bedrohen". Mehr wie diese Verpflichtung konnte die Kleine Entente nicht erreichen; und dies war sehr wenig [44]).

Ein größerer Erfolg war dagegen der Kleinen Entente bei ihrem „Organisationswerk" in Oesterreich beschieden. Oesterreichs Stellung der Kleinen Entente gegenüber ist ja auch eine wesentlich andere als die Ungarns. Die territorialen Revisionsansprüche Oesterreichs gegen Jugoslawien und die Tschechoslowakei waren gegenüber den ungarischen Revisionsforderungen zu unbedeutend, als daß sie die österreichische Außenpolitik richtungweisend beeinflußt hätten. Eine Habsburgergefahr gab es im sozialistisch-demokratischen Nachkriegsösterreich nicht. Auf der anderen Seite litt Oesterreich unter den besiegten Nachfolgestaaten wirtschaftlich am meisten. Eine Isolierung war für Oesterreich damals völlig unmöglich. Es mußte sich folglich an eine wirtschaftlich kräftigere Nachbarmacht anlehnen. Das Deutsche Reich schied von vornweg aus, da dieses mit sich selber zu tun hatte. Die Beziehungen zu Italien waren wegen Südtirol keineswegs freundlich. Das Verhältnis zu Ungarn litt sehr unter der Burgenlandfrage. Während die jugoslawisch-österreichischen Beziehungen noch durch die für Oesterreich schmerzlichen Gebietsverluste einerseits und durch die für Jugoslawien ungünstig verlaufene Volksabstimmung im Klagenfurter Becken andererseits getrübt waren, blieb für Oesterreich nur noch eine politisch-wirtschaftliche Anlehnung an die Tschechoslowakei übrig. Es ist daher verständlich, daß Oesterreich gleich nach dem Friedensschlusse die wirtschaftlichen Angebote der Tschechoslowakei aufgriff und dafür politische Zugeständnisse im Sinne der Aufrechterhaltung des Status' der Friedensverträge zu machen bereit war.

So kam schon am 12. 1. 1920 zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei der sog. Renner'sche Geheimvertrag zustande [45]). In diesem Abkommen hatte Oesterreich um wirtschaftlicher Vorteile willen nicht nur die Bestimmungen des Vertrages von St. Germain erneut anerkannt, sondern sich sogar für die Erreichung der Ziele der Kleinen Entente weitgehend verpflichtet.

Dieser Geheimvertrag wurde am 16. 12. 1921 durch den sog. Lany-Vertrag ersetzt [46]). Dieses Abkommen hat folgenden Inhalt:

---

[44]) Im Jahre 1926 soll der endgültige Entwurf eines Freundschafts- und Handelsabkommens zwischen Ungarn und Jugoslawien vergelegen haben. s. Crane, a.a.O., p. 23.

[45]) Der Text ist nicht veröffentlicht worden; der Inhalt des Geheimabkommens findet sich jedoch bei: Kleinschmied, Schober, S. 185/6! L. Steier, a.a.O., 893.

[46]) Text: NRG 3. s., XII, 887; ratifiziert am 15. 3. 1922 in Prag. Nach Ablauf 1926 nicht mehr erneuert. An seine Stelle trat jedoch ein Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag vom 5. 3. 1926 (NRG 3. s., XX, 394).

In Lany, einem Kastell bei Prag, das Masaryk zeitweise bewohnte, fanden die Schlußverhandlungen statt. Unterzeichnet wurde das Abk. aber in Prag.

1. Oesterreich und die Tschechoslowakei anerkennen die Verträge von St. Germain und Trianon und verpflichten sich, dieselben in vollem Umfange zu erfüllen (Art. 1);
2. Die Gebietsgrenzen werden gegenseitig garantiert; die Garantie besteht in politischer und diplomatischer Unterstützung (Art. 2);
3. Wird eine der beiden Parteien angegriffen, so wahrt die andere Neutralität (Art. 3);
4. Keine militärische oder politische Organisation, die gegen die Integrität und Sicherheit des anderen Vertragschließenden gerichtet ist, darf im Staatsgebiet geduldet werden (Art. 4);
5. Gegenseitige Hilfeleistung zur Unterdrückung jeden Versuches, frühere außen- oder innenpolitische Systeme wiedereinzuführen (Art. 4) [47];
6. Die Tschechoslowakei teilt Oesterreich die schon mit Jugoslawien, Rumänien und Polen abgeschlossenen politischen und wirtschaftlichen Verträge mit: die gleiche Verpflichtung übernimmt Oesterreich (Art. 5);
7. Beide Staaten verpflichten sich zu pünktlicher Durchführung der Wirtschafts-, Finanz- und Minderheitenabkommen (Art. 6).
8. Artikel 8 enthält die Schiedsklausel.

Mit diesem Abkommen — und von dem Renner'schen Geheimvertrage gilt dies in noch höherem Maße — hat die Tschechoslowakei erfolgreich versucht, Oesterreich in das System der Kleinen Entente einzugliedern. Die Anerkennung des Status der Friedensverträge, die Garantie der neuen Grenzen und der Kampf gegen die Habsburgerrestauration sind die Ziele der Kleinen Entente. Hätte sich Oesterreich verpflichtet, statt lediglich schon abgeschlossene Verträge der Tschechoslowakei mitzuteilen, mit ihr und den übrigen Mitgliedstaaten gemeinsame Donaupolitik zu machen, so hätte die Kleine Entente Oesterreich als viertes Mitglied in ihren Bund aufnehmen können. Dieser Vertrag, der Oesterreich trotz der formell gewahrten Gegenseitigkeit einseitig verpflichtet, ließe sich vom österreichischen Standpunkt nicht rechtfertigen, wenn Oesterreich von der Tschechoslowakei nicht wirtschaftliche und finanzielle Hilfe erhalten hätte.

---

Diesen Verhandlungen ging eine Zusammenkunft zwischen dem Präsidenten Masaryk und Hainisch in Hallstatt voraus im August 1921.

Ueber den Vertrag von Lany s. L.V. 555, 564, 565.

[47]) Oesterreich soll übrigens schon beim ersten Restaurationsversuch bereit gewesen sein, sich einer gemeinsamen Demarche der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens anzuschließen. Vgl. Mitteilung des tschechoslowakischen Außenamtes an den tschechosl. dipl. Vertreter in Paris im tsch. Weißb. über die Habsb. Restauration, Nr. 2.

Unter diesen Umständen wurde Oesterreich schon am 15. 2. 1920 in den Völkerbund aufgenommen [48]). Mit einer vom Völkerbund [49]), d. h. von einigen Völkerbundsmitgliedern garantierten Anleihe konnte Oesterreich im Jahre 1922 seine völlig entwertete Währung stabilisieren. In dem sog. Genfer Protokoll Nr. 1 vom 4. 10. 1922 [50]) mußte Oesterreich allerdings diese Anleihe mit politischen Zugeständnissen erkaufen. Es mußte erneut das „Anschlußverbot" des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain anerkennen und dessen Ausdehnung auf die wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit dulden [51]). Der Vertrag von Lany erhielt dadurch eine nicht zu unterschätzende Ergänzung.

Die Stellung der Kleinen Entente gegen Bulgarien ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß der bulgarische Revisionismus sich nur gegen Rumänien und Jugoslawien richtet. Demzufolge ist die Tschechoslowakei an der Einbeziehung Bulgariens in das System der Kleinen Entente weniger interessiert als Rumänien und Jugoslawien und ist daher dem rumänisch-jugoslawischen Bündnis gegen Bulgarien auch nicht beigetreten. Im übrigen war die bulgarische Regierung unter Stambuliskji „friedlich" und auch nach dessen Tode (1923) nahm Bulgarien in seiner Außenpolitik eine passive Haltung ein und vermied jede Bindung, die bei anderen Staaten hätte Mißtrauen erregen können [52]).

In diesem Zusammenhang nimmt das Verhältnis zwischen der Kleinen Entente und Polen eine Sonderstellung ein. Nach dem Plane des rumänischen Außenministers Take Jonescu [53]), der der engeren, auf den Donauraum beschränkten Konzeption Benesch's voranging, sollten sich die Siegerstaaten von der Ostsee bis zum Aegäischen Meer, also außer der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, auch Polen und Griechenland in einer Staatengruppe zur Erhaltung ihres neugewonnenen Besitzes zusammenschließen [54]). Dieser Gedanke Take Jonescu's kam infolge der Gegensätz-

[48]) Am 9. 11. 1920 reichte Oesterreich sein Aufnahmegesuch beim Generalsekretär des Völkerbundes ein. Die Aufnahme erfolgte in der 25. Plenarsitzung der 1. Vers. v. 15. 12. 20. s. Schücking-Wehberg, a.a.O., S. 303.

[49]) s. Journal off., Novembre 1922.

[50]) Text: NRG 3. s., XIV, 350.
s. L.V. 557, 590/2.

[51]) Da das Genfer Prot. keine ausdrückliche Befristung enthält, ist anzunehmen, daß sich die politische Verpflichtung auf die ganze Laufzeit der Anleihe erstreckt, also bis 1943. s. Danubius, Deutsch-österr. Zollverein, in Abendland, 1926/7, S. 260.

[52]) Vgl. A. D. Buroff, Die bulgarische Außenpolitik nach dem Kriege, in Europ. Rev. 1937, I, S. 433.

[53]) Ueber die Person Take Jonescu's s. L.V. 491, 1002.

[54]) Vgl. Take Jonescu, La Petite Entente. In: Revue de France, 1. 9. 21; A. Cosma, La Petite Entente, 1926, p. 156.

lichkeiten zwischen Griechenland und Jugoslawien einerseits [55]) und zwischen Polen und der Tschechoslowakei andererseits nicht zur Durchführung. Man begnügte sich daher mit einem Dreierbündnis. Immerhin waren vor allem Rumänien und die Tschechoslowakei bestrebt, Polen in enge Beziehungen zur kleinen Entente zu bringen. Wenn auch keine gemeinsame Politik zwischen Polen und der Kleinen Entente zu Stande kommen konnte, so sollte Polen immerhin in beide Parteien interessierenden Fragen eine parallele außenpolitische Haltung einnehmen. Tatsächlich trat Polen auf der Konferenz von Genua (10. 4. — 19. 5. 1922) mit der Kleinen Entente solidarisch auf. Zuvor war Polen auch auf der Konferenz der Kleinen Entente in Bukarest (20. — 24. 3. 1922) vertreten [56]). Die Beziehungen zwischen Polen und Rumänien gestalteten sich sehr herzlich, sodaß schon am 3. 3. 1921 gegen den gemeinsamen Sowjetrussischen Feind [57]) ein Bündnisvertrag auf 5 Jahre geschlossen [58]), und am 26. 3. 1926 durch einen erweiterten ersetzt wurde [59]).

So leicht Rumänien und Polen eine gemeinsame außenpolitische Linie fanden, um so schwieriger war es, die tschechisch-polnischen Gegensätze auszugleichen und zu überbrücken. Bestanden doch zwischen Polen und der Tschechoslowakei heftige Grenzstreitigkeiten und die Gebiete Teschen, Orava und Zips [60]), [61]). Polen konnte es auch nicht vergessen, daß es von den

---

[55]) s. S. 30.

[56]) Ebenso war Polen auf der Konferenz der Wirtschafts- und Finanzsachverständigen der Kleinen Entente in Belgrad am 5. 3. 1922 vertreten. Vgl. Codresco, La Petite Entente, p. 241.

[57]) Sowjetrußland hat auf Bessarabien (s. L.V. 353—363), das von den all. und ass. Hauptmächten in dem Protokoll vom 28. 10. 1920 (NRG 3. s., XII, 849); ratifiziert von Rumänien am 19. 5. 22, von England am 14. 4. 22, von Frankreich am 30. 4. 24, von Italien am 23. 5. 27) Rumänien zugesprochen wurde, bis heute noch nicht ausdrücklich verzichtet. Rußland hat weder dieses ohne seine Mitwirkung zustandegekommene Prot. noch den die Vereinigung mit Rumänien aussprechenden Beschluß des Landesrates der Moldawanischen Republik vom 10. 12. 1918 anerkannt, sondern fordert eine unbeeinflußte Volksabstimmung. Russisch-rumänische Verhandlungen (Warschau 1921; Genua 1922; Wien 1924) blieben bis 1934 völlig ergebnislos; ja die Sowjet-Union errichtete am 11. 10. 1924 einen Moldau-Räte-Staat, „die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (A.M.S.S.R.)" mit Balta als Hauptstadt, die ihrer torsalen Anlage entsprechend auf Ergänzung durch Bessarabien wartet.

[58]) Ratifiziert am 25. 7. 1921 in Bukarest. Text: NRG 3, s., XII, 881.

[59]) Text: NRG 3. s., XVII, 3.

[60]) s. L.V. 341, 343, 344, 346, 347, 350—352. Außerdem: Temperley, a a.O., IV, 348—66; Roth, Entstehung des polnischen Staates, S. 88 ff; Adamovich, Tschechisches Staatsrecht, S. 34—5.

Die Provinz Teschen hat 575 768 Einw., von denen 252 498 Polen, 173 285 Tschechen und 138 326 Deutsche sind. Wirtschaftlich wichtig wegen seines Kohlenreichtums („Ostrau-Karwiner Kohlenbecken"). Strategisch vor allem bedeutsam der Eisenbahnknotenpunkt bei Oderberg.

[61]) Nach einer Entscheidung der all. und ass. Mächte vom 27. 9. 1919 sollte eine Volksabstimmung über diese Gebiete stattfinden. Auf Betreiben der

seit jeher befreundeten Ungarn durch einen „tschechischen Korridor" (Karpathorußland) getrennt wird [62]). Daß die Tschechoslowakei im polnisch-russischen Krieg 1920 Neutralität bewahrt und Polen die erbetene Hilfe gegen Sowjetrußland versagt hatte, zeigte ebenfalls einen Interessengegensatz der beiden Staaten. Die gleichgerichteten Interessen gegenüber Deutschland konnten daran nicht viel ändern. Zwar kam schon am 20. 9. 1921 ein polnisch-tschechischer Handelsvertrag zustande, dem am 7. 11. 1921 ein politischer Vertrag folgte; doch blieben beide Verträge unratifiziert. Erst der Vergleichs- und Schiedsvertrag vom 23. 4. 1925 [63]) brachte eine Entspannung in das polnisch-tschechoslowakische Verhältnis, aber noch keine Freundschaft.

Wie schon erwähnt, ist der Einfluß der europäischen Großmächte seit Kriegsende im Donauraum gestiegen. Man würde deshalb die Bedeutung der kleinen Entente nicht ganz verstehen, wollte man es unterlassen, ihre Aufgabe im europäischen politischen Kräftespiel festzustellen. Was die in der Kleinen Entente zusammengeschlossenen Sieger-

---

Parteien, die sich am 10. 7. 1920 in einem Abkm. geeinigt hatten, hob der Höchste Rat am 11. 7. 1920 diese Entscheidung in Spa wieder auf und beschloß, die streitigen Gebiete zu teilen und überwies die Regelung der Einzelheiten an die Botschafterkonferenz. Diese bestimmte durch Beschluß vom 28. 7. 1920 die noch strittige polnisch-tschechoslowakische Grenze.

Bezüglich des Jaworina-Gebietes gaben sich jedoch die Parteien zunächst noch nicht zufrieden, einigten sich aber schließlich am 6. 11. 1921 dahin, direkte Verhandlungen zur Bereinigung der Frage binnen sechs Monaten zu führen; obwohl diese Frist bis zum 6. 8. 1922 verlängert wurde, kam es zu keinen Verhandlungen. Inzwischen, am 2. 12. 1921, hat die Botschafterkonf. die Parteien aufgefordert, sich bis zum 15. 1. 1922 zu einigen, andernfalls die Delimitationskommission die Grenze festsetze, was mangels erfolgter Einigung der Parteien nach mehrmaliger Verlängerung der Frist am 25. 9. 1922 geschah. Nach Art. 87 III des Vertrages von Versailles mußte die Botschafterkonferenz sich darüber äußern. Da sich die Parteien aber über die Kompetenz der Botschafterkonf. sowie das Verhältnis der Entscheidung der Botschafterkonf. vom 28. 7. 1920 und des Grenzvertrages von Sèvres vom 10. 8. 1920 nicht einig waren, verwies die Botschafterkonferenz die Angelegenheit am 29. 7. 1923 an den Völkerbundsrat, der ein Gutachten des St. I. G. H. einholte, das am 6. 12. 1923 erstattet wurde (s. Avis consultatif, Série B, No 8). Diesem Gutachten schloß sich der Rat an (17. 12. 1923) — Journal Off. 1923, No 1, p. 1332; 1924 No 4, p. 5204 —. Darnach hatte die Grenzkommission einen Vorschlag zu machen. Diese hielt sich im wesentlichen an die Grenzziehung der Botschafterkonferenz. Der Rat nahm diesen Vorschlag an. Die zur Durchführung berufene tschech.-polnische Konferenz in Krakau führte am 6. 5. 1924 zur Abfassung mehrerer Protokolle, die mit der Genehmigung der Botschafterkonf. am 6. 9. 1924 den Jaworina-Streit beendigten. s. L.V. 342, 348, 349.

[62]) s. The Hungarian Frontier Question, East European Problems, No 9; W. Studnicki, Polen im politischen System Europas, 1936, S. 197/8.

[63]) Text: NRG 3. s, XVI, 69. Ratif. am 14. 4. 1926 in Prag. Am gleichen Tage (23. 4. 1925) wurde eine „Liquidationsvereinbarung" betr. die Minderheiten (S.d.N.-Rec. d. Traités, vol. XLVII, p. 334 und Kraus, Minderheitenr. S. 209 ff.) und ein Handels- und Tarifvertrag.

staaten im Donauraum erreichen wollen, ist auch das Ziel der großen europäischen Sieger, insbesondere Frankreichs: Aufrechterhaltung des Friedens der Machtverteilung der Friedensverträge.

Wenn die Kleine Entente den Donauraum auf Grund des Status der Friedensverträge organisieren will, so deckt sich diese Politik mit den ebenfalls antirevisionistischen Interessen Frankreichs vollkommen. Doch sieht Frankreich in der kleinen Entente auch seinen wertvollen Bundesgenossen gegen Deutschland. Und deswegen hat Frankreich mit sämtlichen Mitgliedstaaten Bündnisse abgeschlossen, die ein wichtiges Glied in der französischen Paktkette bilden [64]).

In erster Linie galt natürlich das Interesse Frankreichs der Tschechoslowakei. Der erst am 25. 1. 1924 abgeschlossene Bündnis- und Freundschaftsvertrag [65]) hat eigentlich nur den tatsächlich seit Bestehen der Tschechoslowakei vorhandenen Zustand rechtlich festgelegt [66]). Zweck des Vertrages ist die Sicherung und Aufrechterhaltung des Status quo; als besondere Revisionsgefahren werden der Anschluß, die Habsburger und Hohenzollernrestauration aufgeführt. Im Falle der Bedrohung des Status quo werden sich die Parteien über die zu ergreifenden Maßnahmen einigen. Mitteilungspflicht schon abgeschlossener und Konsultationspflicht vor Abschluß politischer Verträge wird ebenfalls vereinbart.

Am 16. 10. 1925 wurde außerdem noch zur Ergänzung des Locarnopaktes ein Garantievertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei in Locarno unterzeichnet [67]). In diesem Vertrag verpflichteten sich die Parteien, im Falle der Verletzung des Locarnopaktes durch Deutschland durch einen nichtprovozierten Angriff in Anwendung des Artikels 16 der Völkerbundssatzung sich unverzüglich Hilfe und Beistand zu leisten. Dies gilt auch für den Fall des Art. 15 Abs. 7 der Satzung.

---

[64]) Dabei soll nicht verkannt werden, daß die Kleine Entente sich bis zu einem gewissen Grade von den Großmächten emanzipieren will, eine Zielsetzung, die auch gegen Frankreich gerichtet ist, Ueber die diesbezüglichen anfänglichen französischen Bedenken der Kleinen Entente gegenüber vgl. E. Strauß, a.a.O., S. 51/2 und 64; A. Hobza, a.a.O., p. 249.

[65]) Ratif. am 4. 3. 1924 in Paris. — Text: NRG 3. s., XIII, 470.
s. E. Bénès, Cinq Années de Politique Extérieure, 1924, p. 28—30; Survey of international Affairs for 1924, p. 444—6; E. Strauß, a.a.O., S. 87/8.

[66]) E. Benesch, a.a.O. (p. 30) gibt außerdem als Begründung für den späten Abschluß dieses Vertrages an, man habe auf einen französisch-englischen Garantievertrag gewartet, dem sich die Tschechoslowakei habe anschließen wollen, der nun aber doch nicht zustandegekommen sei; auch hätte man durch einen früheren Abschluß den Anschein erweckt, man wolle einen Druck auf die übrigen Donaustaaten ausüben.

[67]) Ratif. am 14. 9. 1926 in Genf. — Text: NRG 3. s., XVIII, 656.

Aehnliche Vereinbarungen wurden zwischen Frankreich und Rumänien in dem am 10. 6. 1926 unterzeichneten Freundschafts- und Bündnisvertrag getroffen [68]).

Im gleichen Jahre (1926) wurde noch ein mit dem französisch-rumänischen Pakt wörtlich übereinstimmenden Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen Jugoslawien und Frankreich paraphiert, der aber mit Rücksicht auf das jugoslawisch-italienische Verhältnis erst am 11. 11. 1927 unterzeichnet wurde [69]).

In diesem Zusammenhang [70]) ist auch der französisch-polnische Vertrag vom 19. 2. 1921 [71]) anzuführen, der die französische Paktreihe im Osten Deutschlands eröffnet hat.

Frankreich ist es somit gelungen, seine traditionelle Politik in Osteuropa durchzuführen.

Auch die italienische Außenpolitik der ersten Nachkriegsjahre verteidigt im Donauraum im wesentlichen dieselben Interessen wie die Kleine Entente. Gehört doch Italien ebenfalls zu den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten; auch Italien muß also insoweit grundsätzlich eine antirevisionistische Politik treiben. Vor allem muß auch Italien von einer Habsburgerrestauration den Verlust von neuerworbenen Gebieten befürchten [72]). Wir finden daher auch Italien in der antirevisionistischen Front der Kleinen Entente und Frankreichs. Italien sieht in den ersten Nachkriegsjahren in der Kleinen Entente noch nicht den Rivalen im Donauraum, der ihm den naturgegebenen Einfluß streitig machen will, sondern den Bundesgenossen gegen den ehemaligen Nebenbuhler, Oesterreich-Ungarn. Diese Haltung der italienischen Außenpolitik geht deutlich aus den Abkommen hervor, die Italien in den ersten Jahren nach dem Kriege mit den Mitgliedstaaten der Kleinen Entente geschlossen hat.

---

[68]) Ratifiziert am 8. 11. 1926 in Paris. — Text: NRG 3. s., XVII, 5. — Am gleichen Tage wurde ein Vergleichs- und Schiedsvertrag unterzeichnet (NRG 3. s., XVII, 7).

[69]) Text: NRG 3. s., XVIII, 347.

[70]) In Art. 4 dieses Vertrages ist nämlich bestimmt, daß die Vertragschließenden sich vor Abschluß eines neuen Vertrages, der ihre Politik in Zentral- und Osteuropa betrifft, konsultieren müssen.

[71]) Ratif. am 27. 6. 1922 in Paris. — Text: NRG 3. s., XII, 880.

[72]) Boroviczény, a.a.O., S. 59, läßt sogar, wohl in Ueberschätzung der Tatsachen, den Grafen Sforza die Initiative zur Bildung der Kleinen Entente ergreifen. Ueber den wirklichen Anteil Italiens an der Gründung der Kleinen Entente vgl. C. Sforza, Europe and Europeans. 1936, p. 163.

E. Benesch sagt in dem Exposé vom 6. 2. 1924 über die Gemeinsamkeit der Interessen der Kleinen Entente und Italiens; „Pardessus l'Autriche et la Hongrie, nos intérêts et ses intérêts politiques et économiques se touchent". s. auch Musacchia, La Questione austriaca e la politica italiana, 1933, p. 170.

Nach Erledigung der adriatischen Grenzstreitigkeiten in dem Vertrag von Rapollo vom 12. 11. 1920[73]) schloß Italien am gleichen Tage mit Jugoslawien ebenfalls in Rapollo einen Freundschaftsvertrag, die sogen. Antihabsburgerkonvention für die Dauer von 2 Jahren[74]). Der Inhalt dieses Abkommens ist folgender:

1. Aufrechterhaltung des Status quo der Verträge von St. Germain und Trianon (Art. 1, Satz 1);
2. Verhinderung der Restauration der Habsburger in Oesterreich und Ungarn (Art. 1, Satz 2);
3. gegenseitige diplomatische Unterstützung (Art. 2);
4. Ueberwachung der gegenseitigen Sicherheit, die von Oesterreich oder Ungarn gefährdet werden könnte, sowie ständiger Meinungsaustausch (Art. 3);
5. Mitteilung dieses Vertrages an die Tschechoslowakei (Art. 4, Abs. 1)[75]);
6. Mitteilung neuer Vereinbarungen dieser Art Art. 4 Abs. 2).

Mit diesem Abkommen hat sich Italien nicht bloß zu der Außenpolitik der Kleinen Entente bekannt, sondern es hat dieselbe formell anerkannt (vgl. Art. 4 Abs. 1 des Abkommens aufgeführt unter Ziffer 5).

---

[73]) Text: NRG 3. s., XII, 821.

Ueber die Vertragsverhandlungen und den Vertrag vgl. G. Giolitti, Denkwürdigkeiten, 1923, S. 258—264; S. M. Tchiritch, Question de Fiume, 1924, p. 113; C. Sforza, Italie et Yougoslavie, in Esprit Int. 1930, p. 365, 371—2; G. Benedetti, La Pace di Fiume, 1924, p. 71—89.

Die Gebietsansprüche Italiens widersprachen weitgehend den jugoslawischen Forderungen. Der italienisch-jugoslawische Gegensatz trat mit der Veröffentlichung (1917) des Londoner Geheimabkommens vom 26. 4. 1915 offen zutage. (LDI, I, 164), konnte jedoch durch den sog. Pakt von Rom vom 10. 4. 1918 (Adriaticus, p. 25) vorläufig ausgeglichen werden. Auf der Friedenskonf. kam es nur zu einer einstweiligen Regelung der Fiume-Frage (Art. 53 des Vertr. v. Trianon; vgl. A. Giannini, Fiume nel Trattato del Trianon, 1921), im übrigen aber wurde die italienisch-jugosl. Grenzziehung verschoben (s. Vertr. v. Sèvres v. 10. 8. 20, Art. 4, Nr. 1). Erst nach langwierigen direkten Verhandlungen der Parteien kam es am 12. 11. 1920 zu dem genannten Vertrag von Rapallo.

In Ergänzung dieses Vertrages wurde in einem geheimen Notenwechsel vom gleichen Tage zwischen Sforza und Trumbitch (Text: Benedetti, a.a.O., p. 135/8) Suschak mit dem Hafen Baros Jugoslawien überlassen.

In Ausführung des Rapallo-Vertrages wurde zunächst am 14. 9. 1921 der sog. Brioni-Vertrag, die Adriafischerei betr. (Text: Giannini, Doc. per la storia dei rapp. fra l'Italia e la Jugoslavia, p. 46), insbesondere aber wurden die 4 Abkommen von Santa Margherita am 23. 10. 1922 in Rom unterzeichnet (NRG 3. s., XII, 902), die am 26. 2. 1823 in Rom ratifiziert wurden. s. Benedetti, a.a.O., p. 115; Tchiritch, a.a.O., p. 137.

[74]) Ratif. am 2. 2. 21 in Rom. Text: NRG 3. s., XII, 821. s. Musacchia, a.a.O., p. 167—172.

[75]) s. S. 24.

Mit dem Marsch auf Rom (Ende Oktober 1922) änderte sich zunächst an der Stellungnahme Italiens zu Jugoslawien nichts[76]). So brachte Mussolini am 16. 2. 1923 vor die Abgeordnetenkammer und den Senat die Verträge von Santa Margherita vom 23. 10. 1922[77]) zur Einwilligung ein und bekannte sich in seinen dort gehaltenen Reden zur Einhaltung und Ausführung dieser von früheren Regierungen abgeschlossenen Verträgen[78]). Und schon am 27. 1. 1924 schloß er den Fiumevertrag[79]) in Rom mit Jugoslawien und bereinigte damit die letzte italienisch-jugoslawische Grenzstreitigkeit. Am gleichen Tage wurde zwischen Italien und Jugoslawien ein neues Freundschaftsabkommen in Rom für 5 Jahre unterzeichnet[80]). Das Abkommen enthält folgende Bestimmungen:

1. Gegenseitige Anerkennung des Besitzstandes zu Lande und zu Wasser (Präambel);
2. Aufrechterhaltung und Garantie des Status quo der Friedensverträge von Trianon, St. Germain und Neuilly (Art. 1);
3. Neutralität im Falle eines nichtprovozierten Angriffs (Art. 2);
4. politische und diplomatische Unterstützung im Falle einer „heftigen" Invasion (Art. 2);
5. bei internationalen Komplikationen, die beide Teile interessieren, Beratung über gemeinsam zu ergreifende Maßnahmen, nach vorheriger Uebereinkunft, daß es sich um eine Bedrohung beider Teile handelt (Art. 3);
6. die Verträge der Kleinen Entente werden durch dieses Abkommen nicht berührt (Art. 1 des Zusatzprotokolls vom 27. 1. 24);
7. gegenseitige Mitteilungspflicht der dem Donauraum (Europe Centrale) betreffenden politischen Verträge (Art. 1 des Zusatzprotokolls).

---

[76]) In seiner ersten Rede als Ministerpräsident erklärte Mussolini:
„Gli orientamenti fondamentali della nostra politica estera sono i seguenti: i Trattati di pace, buoni o cattivi che siano, una volta che sono stati firmati e ratificati vanno eseguiti. Uno Stato che si rispetti non può avere altra dottrina.
I Trattati non sono eterni, non sono irreparabili: sono capitoli della storia, non epilogo della storia. Eseguirli significa provarli".
Scritti e Discorsi, Vol. 3, p. 9.

[77]) s. Anm. 73.

[78]) s. Scritti e Discorsi, vol. 3. p. 59 ff.
Vor dem Senat erklärte Mussolini: „Noi applicheremo lealmente e rapidamente questi accordi". p. 70 a.a.O.

[79]) Text: NRG 3. s., XII, 908. Ratif. am 22. 2. 1924 in Rom. — Fiume wurde italienisch; der Hafen Baros und die Vorstadt Suschak jugoslawisch, wie in der geheimen Note Sforza's vom 12. 11. 1920 zugesichert. Vgl. St.M. Tchiritch, a.a.O., p. 141; G. Benedetti, a.a.O., p. 133/40.

[80]) Ratif. am 22. 2. 1924 in Rom. Text: NRG 3. s., XII, 906.

Der Festigung und Unterbauung dieser neu bekräftigten Freundschaft sollten die noch im gleichen Jahre (14. 7. 1924, 12. 8. 1924. 21. 8. 1924) unterzeichneten sogen. Belgrader Konventionen [81]) und die am 20. 7. 1925 abgeschlossenen sogen. Nettuno-Verträge [82]) dienen, die eine große Anzahl secundärer Streitfragen erledigten.

Auch zwischen der Tschechoslowakei und Italien bestand eine freundschaftliche Zusammenarbeit. So wurde durch den in Rom erfolgten Notenwechsel zwischen dem ital. Außenminister Grafen Sforza und dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch vom 8. Februar 1921 [83]) der italienisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag vom 12. 11. 1920 [84]) auch auf die italienisch-tschechoslowakischen Beziehungen angewandt. Auch das faschistische Italien schloß mit der Tschechoslowakei am 5. 7. 1924 einen Freundschaftsvertrag [85]) zur Aufrechterhaltung des Status quo der Friedensverträge.

Am 16. 9. 1926 kam auch mit Rumänien ein Freudschaftsabkommen [86]) zustande in dem sich die Parteien zum Status quo bekennen (Art. 1) und sich gegenseitig im Falle eines äußeren Angriffs zu wohlwollender Zusammenarbeit politischer und diplomatischer Unterstützung verpflichten (Art. 4) [87]).

Diese vertraglichen Beziehungen zu den drei Mitgliedstaaten zeigen eindeutig, daß Italien die Politik der Kleinen Entente und damit ihren Versuch, den Donauraum neu zu organisieren, nicht nur duldet, sondern voll unterstützt. Diese Feststellung gilt jedenfalls für die ersten Nachkriegsjahre uneingeschränkt. Aber auch zu Anfang der faschistischen Aera änderte sich die italienische Außenpolitik nicht.

---

[81]) Text sämtlicher Belgrader Konventionen in: Giannini, Doc. per la Storia dei rapp. fra l'Italia e la Jugosl. p. 162—307.
Es sind Handels-, Niederlassungs- und Konsularverträge. Ratif. am 14. 11. 1928.

[82]) Text dieser Verträge in: Giannini, a.a.O., p. 308—456. — Auch hier handelt es sich vornehmlich um Wirtschaftsverträge. Ratif. am 14. 11. 1928.

[83]) Text: Tschechosl. Weißbuch Nr. 2, Aktenstücke Nr. 39—41. s. auch C. Sforza, Europe and Europeans, 1936, p. 160/2.

[84]) s. S. 22.

[85]) Ratif. am 21. 8. 1924 in Rom. — Text: NRG 3. s., XIII, 472. — Nach Ablauf 1929 nicht mehr erneuert.
Vgl. Survey of international Affairs for 1924, p. 451/2.

[86]) Text: NRG 3. s., XVIII, 339. Ratif. am 18. 7. 1927 in Rom. — Der Vertrag wurde für 5 Jahre geschlossen und lief daher 1931 ab; seither wurde er bis zum 18. 1. 1934 jeweils für 6 Monate erneuert. s. A. Tamaro, Il trattato italo-rumeno nel quadro della politica italiana, in Gerarchia, 1926 II, p. 559—565.

[87]) In einem Notenwechsel zwischen Mussolini und Averescu vom gleichen Tage wird die noch ausstehende italienische Ratifikation des Bessarabien-Prot. v. 28. 10. 20 in gegenseitigem Einvernehmen aus Opportunitätsgründen noch zurückgestellt. s. Anm. 57.

Es bleibt noch die Stellungnahme Deutschlands zur kleinen Entente und ihren Zielen zu erwähnen. In der von der Kleinen Entente geplanten Organisation des Donauraums findet Deutschland keinen Platz; im Gegenteil, will die Kleine Entente den deutschen Einfluß im Donauraum ausschließen. Daher ihr entschiedener Widerspruch gegen den deutsch-österreichischen Zusammenschluß, der das deutsche Staatsgebiet in den Donauraum vorschieben würde. Diese Tatsachen begründen die ablehnende Haltung Deutschlands gegenüber der kleinen Entente.

Betrachtet man nun die Entwicklung der Kleinen Entente in den ersten Nachkriegsjahren, so muß man unvoreingenommen feststellen, daß sie im Bunde mit Frankreich und mit Unterstützung Italiens den Donauraum beherrscht. Zwar ist es ihr nicht gelungen, Bulgarien und insbesondere Ungarn in ihr System einzubeziehen; durch die Bindung Oesterreichs an die Tschechoslowakei konnte sie aber den Ring um Ungarn schließen. Niemand war im Donauraum und in Europa, der den Organisationsversuch der Kleinen Entente ernstlich gestört hätte. Dies sollte jedoch im Jahre 1926 anders werden. Italien ändert seine Donaupolitik, die bisher die Pläne der Kleinen Entente unterstützt und gefördert, in letzter Zeit vielleicht auch nur geduldet hat: Italien will nun selber den Donauraum beherrschen und zu seinem Nutzen organisieren[88]). Die Kleine Entente ist für Italien nicht mehr das geeignete Instrument zur Bannung der Habsburgergefahr, die übrigens immer kleiner geworden ist: sie ist vielmehr die Organisation im Donauraum, die den italienischen Donauinteressen abträglich erscheint. Italien versucht nun seinerseits eine Organisation des Donauraums in italienischem Sinne durchzuführen.

## 2. Kapitel.

## Der Versuch Italiens.

Die neue italienische Donaupolitik[1]) ist naturnotwendig negativ bestimmt. Denn, um ihr Ziel, die Organisation des Donauraums in italienischem Sinne erreichen zu können, muß sie zuerst den Einfluß der schon bestehenden, wenn auch noch nicht vollendeten, so doch gut entwickelten Organisation der Kleinen Entente aus dem Donauraum verdrängen. Italien mußte bestrebt sein, die außerhalb der Kleinen Entente stehenden Donau-

[88]) Vgl. Survey of internat. Affairs of 1928, p. 147; Paresce, Italia e Jugoslavia, p. 290.

[1]) s. L.V. 318—334, 337—339, 844, 847—849, 851—857, 864, 865, 867, 868, 871, 872, 874—877, 879—881, 884.

und Balkanstaaten ihrem Einfluß zu entziehen und für seine Donauraumpolitik zu gewinnen und dadurch die Kleine Entente zu schwächen und wenn irgendwie möglich durch Gewinnung eines Mitgliedstaates den kleinen Verband zu sprengen. Diese italienische Politik traf naturgemäß Jugoslawien am schwersten und kam dessen Einkreisung gleich. Diese Einkreisung Jugoslawiens ist aber nicht der letzte Zweck der italienischen Donauraumpolitik; vielmehr nur das hauptsächlichste Mittel, das höhere Ziel, den Donauraum zu beherrschen und zu gestalten, zu erreichen. Mit der Kleinen Entente will Italien aber zugleich den französischen Einfluß im Donauraum verdrängen. So wirkt sich die französisch-italienische Gegnerschaft besonders im Donauraum aus. Es ist nun nicht immer leicht, ja oft überhaupt unmöglich, festzustellen, ob ein politisches Vorgehen Italiens im Donauraum Jugoslawien und damit auch die Kleine Entente und Frankreich treffen will und darin seinen Endzweck findet oder ob ein solcher italienischer Vorstoß nur die negative Seite des italienischen Donauplanes darstellt. Jedenfalls wird sich Italien, wenn sich die italienisch-französische Spannung lockert, in seiner Donaupolitik mehr Zurückhaltung auferlegen, während es bei Verschärfung der Spannung rücksichtslos seine Donauraumpläne verfolgen wird.

So sehr die negative Seite der italienischen Politik überwiegen mag, so kann doch nicht übersehen werden, daß Italien darüberhinaus ein Interesse an der Gestaltung des Donauraumes hat. Italien will die Donau- und Balkanstaaten der Kleinen Entente und dem französischen Einfluß nicht bloß entziehen, sondern dieselben für seine Organisationspläne im Donauraum gewinnen. Nachstehende Seiten sollen diesen italienischen Versuch zur Darstellung bringen.

Der erste entscheidende Vorstoß Italiens im Donauraum ist der Pakt mit Albanien vom 27. 11. 1926 [2]). Der Artikel 1 dieses Vertrages bestimmt, daß jede Störung des politischen, juristischen und territorialen Status quo Albaniens den beiderseitigen politischen Interessen zuwiderlaufe. Danach kommt jede Störung des Status quo Albaniens in Betracht, von außen — hiebei ist an Jugoslawien und Griechenland gedacht — und

[2]) Text: NRG 3. s., XVII, 12. — Ratif. am 24. 1. 1927 in Rom. Diesem Vertrag gingen mehrere Wirtschaftsverträge voraus:
1. Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 20. 1. 1924;
2. Niederlassungs- und Konsularvertrag v. 29. 2. 1924;
3. Bank- und Anleihevertrag vom 3. 3. 1925;
4. Handelsvertrag vom 22. 6. 1926.
Der 1. Tirana-Pakt wurde für die Dauer von 5 Jahren geschlossen. Er wurde am 27. 11. 1930 nicht mehr erneuert und lief daher am 27. 11. 1931 ab. Obwohl der italienische Gesandte in Tirana im November 1931 den Erneuerungsantrag stellte, lehnte König Zogu I. mit der Begründung ab, es bestehe ja der Bündnisvertrag von 1927, der den Vertrag von 1926 enthalte. Vgl. J. März, Albanien 1931, Zft. f. Pol. 1931, S. 488.

von innen — hier ist die unsichere Stellung Achmed Zogu's berücksichtigt [3]). Damit hat Italien ein äußerst weitgehendes, ja unbeschränktes Interventionsrecht in Albanien erhalten. Wenn nun Art. 1 die Anlässe zur Intervention bestimmt, so legt Artikel 2 den Umfang derselben fest. Die Parteien verpflichten sich danach im Falle der Störung des Status quo Albaniens zu gegenseitiger Unterstützung und zu herzlicher Zusammenarbeit. Unter gegenseitiger Unterstützung kann verstanden werden neutrale diplomatische Vermittlung, aber auch militärisches Eingreifen. Die Parteien sind ferner übereingekommen, weder einen politischen noch militärischen Vertrag mit anderen Mächten zu schließen, der den in diesem Vertrag bestimmten Interessen abträglich wäre. Dieses relative Vertragsabschlußverbot richtet sich in erster Linie gegen Jugoslawien und soll Albanien über seine italiengebundene Außenpolitik während der Dauer des Vertrages keinen Zweifel lassen [4]).

Dieser erste Tirana-Pakt ist durch den zweiten Tirana-Pakt, ein Defensivbündnisabkommen, vom 22. 11 1927 [5]) bekräftigt und ergänzt worden. Gegenstand dieses Bündnisses ist die Sicherheit der beiden Staaten (Art. 2). Die Parteien verpflichten sich zu ihrer gegenseitigen Garantie und Verteidigung. In Artikel 3 und 4 des Abkommens ist der Bündnisfall genau bestimmt:

1. Im Falle einer nichtprovozierten Kriegsdrohung „wird der andere Teil die wirksamsten verfügbaren Mittel anwenden, nicht nur um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern, sondern auch um dem bedrohten Teile eine gerechte Genugtuung zu verschaffen".
2. Im Falle eines nichtprovozierten Krieges aber wird der andere Teil dem Angegriffenen alle militärischen, finanziellen und sonstigen Hilfsmittel, die ihm zur Ueberwindung des Konfliktes dienlich sein können, zur Verfügung stellen, sofern diese Hilfe von dem bedrohten Teile angerufen wird.

Artikel 5 verbietet den Vertragschließenden einen Sonderfriedensschluß.

Der Vertrag ist für die Dauer von 20 Jahren geschlossen [6]).

---

[3]) Die Bezugnahme auf den politischen Status quo gibt Italien die Möglichkeit, auch bei innenpolitischen Störungen in Albanien zu intervenieren. Vgl. Survey of Intern. Affairs for 1927, p. 175.

[4]) Achmed Zogu hat vorher geschwankt, ob er sich an Italien oder Jugoslawien anlehnen solle. Schließlich hat er die italienische „Freundschaft" gewählt.

[5]) Text: NRG 3. s., XIX, 7. Ratif. am 23. 12. 1927 in Rom.

[6]) Am 3. 9. 1928 — also 2 Tage nach der Errichtung des albanischen Königreiches — bekannte sich das neue Regime in Albanien in einer Note ausdrücklich zu den beiden Tirana-Verträgen:

„L'instauration du régime monarchique en Albanie resserera toujours davantage les liens qui unissent les deux pays et assurera la continuité

Vergleicht man den 1. mit dem 2. Tirana-Pakt, so kann man feststellen, daß das zweite Abkommen das Italien in Albanien eingeräumte Interventionsrecht konkretisiert und in diesem eingeschränkten Umfange für beide Parteien Anwendung findet. Insoweit kann man vielleicht von einem bescheidenen Gewinn Albaniens sprechen: Italien dagegen hat durch die ganz außergewöhnlich lange Geltungsdauer (20 Jahre) des Bündnisabkommens seine Stellung in Albanien erheblich gefestigt. Es ist hier nicht der Raum zu weiteren Vertragsauslegungen: es soll nur noch darauf hingewiesen werden, daß trotz der juristisch gewahrten Parteiengleichheit wenigstens im 2. Tirana-Abkommen das politische Uebergewicht Italiens beiden Verträgen den Stempel aufdrückt. Italien hat dadurch für seine nur zu einem kleinen Teile bei Friedensschluß befriedigten Ambitionen in Albanien einen Ersatz zu schaffen gewußt. Es ist Italien gelungen, den griechischen und vor allem jugoslawischen Einfluß [7]) in Albanien zu verdrängen und dieses Land den italienischen Donauraumplänen völlig dienstbar zu machen. Zwar ist das albanisch-italienische Problem in allererster Linie ein adriatisches. Der Anspruch Italiens auf Beherrschung der Adria diktierte diese Politik gegenüber Albanien. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß dieser italienische Anspruch schon bei Friedensschluß in großem Ausmaße befriedigt worden ist. Italien hat schon damals die Adria strategisch durch seine Stützpunkte Zara, Lagosta, Saseno, Otranto vollkommen beherrscht. Sicherlich sollten nun die beiden albanischen Verträge diese Stellung noch verstärken. Darüber hinaus aber dient die Beherrschung Albaniens der Durchführung des italienischen Donauraumplanes. Italien beginnt nun Albanien nicht bloß militärisch [8]), sondern auch wirtschaftlich [9]) und kulturell [10]) zu durchdringen. So wird Albanien die geeignete Ausgangsstellung Italiens zur politischen, wirtschaftlichen und kul-

---

d'une politique dont l'alliance a été la plus complète expression. Le gouvernement albanais ne manquera pas de consulter son allié pour tout ce qui pourrait regarder leurs communs intérêts et d'agir en accord avec le gouvernement allié »spécialement pour toutes les questions regardant la situation balkanique«.
s. A. Mousset, L'Albanie devant l'Europe (1912—1929), 1930, p. 97.

[7]) Entgegen den Verpflichtungen in den beiden Nichteinmischungsverträgen betr. Albanien vom Juni 1924 (Flucht Zogu's nach Jugoslawien) und vom Januar 1925 (Flucht Fan Noli's nach Italien) hat Italien die beiden Tirana-Verträge abgeschlossen.

[8]) Die italienische Insel Saseno beherrscht militärisch die Bucht von Valona; Straßen- und Eisenbahnbau wird mit italienischem Kapital nach strategischen Gesichtspunkten durchgeführt; Offiziere des albanischen Heeres sind italienisch.

[9]) Vgl. die in Anm. 2 aufgeführten Wirtschaftsverträge. Es wurden zahlreich wirtschaftliche Institute mit italienischem Kapital gegründet; die wichtigsten sind: Società per lo Sviluppo Economico dell'Albania („Svea"); Banca nazionale d'Albania in Durazzo; Credito Italiano mit Münzausgaberecht.

[10]) Z. B. gibt die Universität Bari Stipendien für albanische Studenten aus.

turellen Beeinflussung, Beherrschung und Gestaltung des Donauraumes. Allein vom adriatischen Standpunkt aus läßt sich diese Politik nicht erklären; im Gegenteil, sie weist mit Notwendigkeit auf die italienischen Bestrebungen im Donauraum [11]).

Noch klarer kommt der Gestaltungswille Italiens im Donauraum in der italienisch-ungarischen Freundschaft zum Ausdruck. Am 5. 4. 1927 ist in Rom ein ungarischer Freundschafts- und Schiedsvertrag [12]) unterzeichnet worden, in dem sich die vertragschließenden Parteien zu dauerndem Frieden und ewiger Freundschaft bekennen (Art. 1) [13]). mit diesem Vertrag hat sich Italien zugleich auch hinter die ungarischen Revisionsforderungen gestellt: Italien ist seitdem überhaupt die Großmacht, die sich neben Deutschland für die Revision im Donauraum einsetzt. Diese italienische Revisionspolitik, an deren Aufrichtigkeit man mit Grund zweifeln kann, ist ein taktisches Mittel nicht nur Ungarns Widerstand gegenüber der Kleinen Entente zu stärken, sondern auch um die revisionistischen Donaustaaten um die italienische Fahne zu scharen zum Kampf gegen die Kleine Entente. Zu einer italienisch-österreichischen Annäherung war die Zeit noch nicht gekommen. Italien versuchte deshalb, sämtliche Balkanstaaten außerhalb der Kleinen Entente: Griechenland, die Türkei und Bulgarien seiner Donaupolitik anzuschließen.

Zuerst kam es zu einer italienisch-türkischen Einigung. Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, die dieser Annäherung entgegenstanden. Abgesehen davon, daß die Türkei neben Griechenland den Dodekanes [14]), der in italienischem Besitz war, aus strategischen Gründen beanspruchte [15]), befürchtete diese vor allem die italienischen Ambitionen

---

[11]) Vgl. M. Yanochevitch, La Yougoslavie dans les Balkans, 1936, p. 255.

[12]) Text: NRG 3. s., XVIII, 31. — Ratif. am 8. 8. 1927 in Rom. s. L.V. 847, 876.

[13]) Lange hat Ungarn zwischen einer italienischen und jugoslawischen Freundschaft geschwankt. Im Sinne der letzteren sprach sich Reichsverweser Horthy in Mohacs anläßlich der 400-Jahrfeier der Schlacht bei Mohacs (1526) aus. (Vgl. Anm. 44 zu Teil 2, Kap. I). Ungarn entschloß sich aber schließlich doch zur Begründung der ersteren.

Vgl. A. Tamaro, Il Patto fra l'Italia e l'Ungheria, in Gerarchia 1927 I, 350/2; U. Nani, Oriente Europeo, 1930, p. 143; G. Olah, Ungarn und die Donauraumfrage in Nationale Hefte, 1935/6, S. 546.

[14]) Es handelt sich hier um folgende 12 Inseln im Ägäischen Meere: Rhodos, Karpathos, Kosos, Tilos, Symi, Nisyros, Astropalie, Kos, Kalymnos, Leros, Lipsos, Patmos neben kleineren, meist unbewohnten Inseln.

[15]) Während des Tripoliskrieges im Jahre 1911 hat Italien die türkische Zwölfinselgruppe besetzt. Diese Besetzung wurde aber im Friedensvertrag von Lausanne-Quchy vom 18. 10. 1912 (NRG 3. s., VII, 7) nicht anerkannt; vielmehr sollte Italien den Dodekannes allmählich räumen, wozu es jedoch nicht kam. Inzwischen brach der Weltkrieg aus und im Londoner Geheimvertrag vom 26. 4. 1915 wurde Italien die Oberhoheit über den Dodekanes zugesichert.

in Kleinasien. Trotzdem, oder vielleicht gerade, um die italienischen Expansionsbestrebungen aufzuhalten, einigte sich schließlich die Türkei mit Italien am 30. 5. 1928 in einem Neutralitäts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag [16]).

Einige Monate später, am 23. 9. 1928, gelang es Italien, auch mit Griechenland einen Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag abzuschließen [17]). Auch hier waren erhebliche Schwierigkeiten zuvor zu beseitigen [18]). Wie schon erwähnt, fordert auch Griechenland die Zwölfinselgruppe im Aegäischen Meere als griechischen Volksboden [19]). Diese Streitfrage überging man in dem Abkommen mit Stillschweigen. Griechenland ist aber auch an Albanien interessiert; es beansprucht seit langem schon Südalbanien als das griechische Nordepirus [20]). Italien hat nun die territoriale Integrität in den beiden Trianapakten garantiert und den griechischen Einfluß in Albanien völlig verdrängt. Durch die Anerkennung des unter italienischem Schutz ausgerufenen Königs Achmed Zogu I. hat sich Griechenland auch damit abgefunden. Die italienisch-griechische

---

Nach dem Kriege wurde Italien das Besitzrecht über die Inseln im Vertrag von Sèvres vom 10. 8. 1920 (Art. 122) und im Vertrag von Lausanne vom 24. 7. 1923 (Art. 15) endgültig zugestanden. Näheres bei H. Hummel-Siewert, Der Mittelmeerraum, 1936, S. 106/8; H. F. Armstrong, The New Balkans, p. 95—105; K. Strupp, Die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei von 1820 bis 1930, in Zft. f. VR, 1932, S. 599.

[16]) Text: NRG 3. s., XXIII, 23. Ratif. am 29. 4. 1929 in Rom. Verlängert durch ein Protokoll vom 25. 5. 32 und eine Note vom Juni 1934 auf 8 Jahre (bis 1942). s. Gretschaninow, Pol. Vertr. S. 236, Anm. 2. vgl. Crestovitch, Griechenland—Italien und Türkei, in Ztf. f. Pol. Bd. 18, S. 413 ff.

[17]) Text: NRG 3. s., XXII, 19.

[18]) Es sei nur an die italienische Flottendemonstration vor Korfu 1923 (August—September) erinnert anläßlich der Ermordung des italienischen Generals Tellini, Mitglied der interalliierten Vermarkungskommission der albanisch-griechischen Grenze. s. L.V. 763, 882, 1043.

[19]) Zwar wurde in dem Tittoni-Venizelos-Abkommen vom 29. 7. 1919 zwischen Italien und Griechenland (Text: Toscano, Patto di Londra, p. 195—200) vereinbart, daß Italien den Dodekanes an Griechenland abtrete mit Ausnahme von Rhodos. Das Abkommen wurde jedoch von Italien am 29. 7. 1920 gekündigt (Art. 7) und kam daher nicht zur Durchführung Noch einmal vereinbarten sich Italien und Griechenland über den Dodekanes; (Abkommen vom 10. 8. 20; Text: K. Strupp, a.a.O., S. 400/1), nachdem die Türkei im Vertrag von Sèvres den Dodekanes an Italien abgetreten hatte. Auch diesmal sollte Italien die Inselgruppe mit Ausnahme von Rhodos, das Italien vorläufig behalten sollte, an Griechenland abtreten. Doch auch dieses Abkommen kam nicht zur Ausführung. Bis jetzt ist es zwischen Italien und Griechenland zu einer vertraglichen Einigung über den Dodekanes noch nicht gekommen.

Näheres s. bei J. Seyfullah, Italien im östlichen Mittelmeer, 1930, S. 63/7; H. Rhode, Italien und Frankreich in ihren politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gegensätzen, 1931, S. 130; C. Sforza, Gestalten und Gestalter des heutigen Europa, 1931, S. 183; H. F. Armstrong, a.a.O., p. 102.

[20]) Vgl. Dr. Nikolitch, Les Différends de Frontières de L'Albanie. 1927. p. 173—187.

Annäherung wurde auf der anderen Seite erleichtert durch die griechisch-jugoslawische Spannung. Abgesehen von den fortwährenden Minderheitenstreitigkeiten in Macedonien, hat Jugoslawien von Griechenland eine Erweiterung der Freihafenzone in Saloniki samt der Oberhoheit über die dorthin führende Bahnlinie Gevgeli—Saloniki gefordert [21]). Diesem jugoslawischen Druck glaubte Griechenland entgehen zu können, wenn es sich dem mächtigsten Gegner Jugoslawiens, Italien, anschloß. Auch mögen gemeinsame Interessen im Mittelmeer beim Vertragsabschluß eine Rolle gespielt haben.

Am weitaus schwierigsten gestaltete sich aber die türkisch-griechische Einigung. Mußte doch die neue türkische Regierung im Jahre 1920 griechische Truppen, die Kleinasiatischen Boden besetzt hielten, vertreiben. Verärgerung auf griechischer Seite über die erlittene Niederlage und Mißtrauen auf Seiten der Türkei gegenüber den griechischen Gelüsten auf kleinasiatisches Küstengebiet waren die unausbleibliche Folge. Der Bevölkerungsaustauschvertrag von Lausanne vom 30. 1. 1923 [22]) bereinigte schließlich unter unsäglichen Opfern besonders für die griechische Bevölkerung die Minderheitenfrage. Jedoch gab die Durchführung des Austausches zu widerholten Störungen Anlaß. So kommt es, daß ein griechisch-türkischer Neutralitäts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag erst am 30. 10. 1930 unterzeichnet werden konnte [23]), nachdem schon durch ein Abkommen vom 10. 6. 1930 die in den Verträgen von Lausanne und Athen (30. 1. 1923) noch offenstehenden Fragen liquidiert worden waren [24]).

Die italienischen Bemühungen Bulgarien gegenüber waren nicht geringer. Trotzdem gelang es Italien nicht, Bulgarien von seiner bisher

---

[21]) Die Salonikifrage war der Hauptstreitgegenstand zwischen Jugoslawien und Griechenland. Das Abkommen betr. Saloniki vom 10. 5. 1914 wurde nur von Griechenland am 21. 12. 1922 ratifiziert. Am 10. 5. 1923 schloß man einen neuen Vertrag in Belgrad ab, der von beiden Seiten am 30. 5. 1924 ratifiziert wurde (NRG 3. s., XXI, 691), Jugoslawien aber trotz Einräumung einer „Freizone" in Saloniki nicht vollständig befriedigte. Neue Verhandlungen führten zu den Abkommen 17. 8. 1926, die mit einem Freundschaftsvertrag unterzeichnet wurden, aber infolge des Widerstands des griech. Parlamentes nicht ratifiziert wurden.

Vgl. G. Crestovitch, Jugoslawien, Griechenland und Saloniki, in Ztf. f. Pol. 1926, S. 369; P. B. Dertilis, La zone franche de Salonique et les Accords Gréco-Yougoslaves, 1928, (griech. Stdp.); H. F. Armstrong, a.a.O., p. 114—127; M. Yanochevitch, La Yougoslavie dans las Balkans, 1936, p. 181 ff.

[22]) Text: NRG 3. s., XIII, 422.

[23]) Text: NRG 3. s., XXV, 510.

Am gleichen Tage wurde von den Parteien noch ein Protokoll betr. die Gleichheit der Seerüstung und ein Handelsvertrag unterzeichnet. Sämtliche 3 Abk. wurden 5. 10. 1931 ratifiziert.

[24]) Text: NRG 3. s., XXVIII, 654. Ratif. am 23. 7. 1930 in Athen.

eingehaltenen Politik der freien Hand [25]) abzubringen und für seine Donau- und Balkanpolitik zu gewinnen [26]). Zwar bestanden zwischen Italien und Bulgarien Dank des italienischen Revisionismus denkbar herzliche Beziehungen, die jedoch nie in einem politischen Vertrag ihren Niederschlag fanden. Auch die Heirat des bulgarischen Königs Boris III. [27]) mit der italienischen Prinzessin Johanna aus dem Hause Savoyen am 25. 10. 1930 änderte daran nichts.

Zwar kam ein bulgarisch-türkischer Neutralitäts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag am 6. 3. 1929 zustande [28]), dagegen konnte zwischen Bulgarien und Griechenland nicht einmal eine Annäherung erreicht werden. Standen sich doch zwei ehemalige Feindstaaten gegenüber und der bulgarische Revisionismus richtete sich besonders gegen Griechenland, das ihm den Zugang zum Aegäischen Meere verwehrte [29]) und bedeutende bulgarische Minderheiten in Macedonien besaß [30]).

Inzwischen ist es Italien gelungen, seine Beziehungen zu Oesterreich freundschaftlicher zu gestalten. Am 6. 2. 1930 konnte ein italienisch-österreichischer Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag [31]) unterzeichnet werden. Dieses Abkommen bedeutet den Beginn einer neuen Entwicklung der österreichischen Außenpolitik. Die Tschechoslowakei und damit die Kleine Entente können nun nicht mehr auf die uneingeschränkte Anhänglichkeit Oesterreichs rechnen. Italien hat begonnen, Oesterreich in seine Donauraumpolitik einzubeziehen.

Trotz großer Bemühungen gelang es Italien dagegen nicht, Rumänien der Kleinen Entente zu entziehen, oder auch nur Rumäniens Interessen an derselben dauernd zu mindern. Das italienisch-rumänische Verhältnis war zwar immer durch den schon am 16. 9. 1926 abgeschlossenen Freundschaftsvertrag [32]) gut; die italienisch-jugoslawische Spannung hat die freundschaftlichen Beziehungen nicht berührt; aber nicht einmal die italienische Ratifizierung des sogenannten Beßarabienprotokolls [33]) und die damit ausgesprochene Anerkennung der Einverleibung Beßarabiens durch Rumänien

[25]) s. S. 17.

[26]) In den Jahren 1931/2 wurde Bulgarien der Vorschlag gemacht, mit der Türkei und Griechenland einen Dreierpakt abzuschließen unter Ausschluß Jugoslawiens; Bulgarien lehnte ab. s. A. D. Buroff, Die bulgarische Außenpolitik nach dem Kriege, in Europ. Rev. 1937 I, S. 436.

[27]) Ueber die Person König Boris III. s. L.V. 955/7.

[28]) Text: NRG 3. s., XXVIII, 704.

[29]) Ueber die Mazedonische Frage vgl. L.V. 772, 773.

[30]) Text: Rivista di diritto internazionale, 1931, vol. XXIII, p. 96. — Ratif. am 27. 6. 1930.

[31]) s. S. 24.

[32]) s. Anm. 57 zu Teil 2, Kap. I.

vermochte Rumäniens Politik gegenüber der Kleinen Entente und Frankreich zu ändern.

Ueberschauen wir nun die vertraglichen Beziehungen Italiens zu den Donau- und Balkanstaaten, so kann man feststellen, daß es Italien gelungen ist, die Staaten außerhalb der Kleinen Entente ihrem Einfluß zu entziehen und teilweise sogar der italienischen Donauraumpolitik einzugliedern (Ungarn und Albanien) und damit den Einfluß der Kleinen Entente im Donauraum zu schwächen; Italien war aber nicht imstande, durch Gewinnung Rumäniens die Kleine Entente zu sprengen; zwar kamen Freundschaftsverträge zwischen Italien, Griechenland und der Türkei zustande, Italien konnte aber nicht diesem Freundschaftsdreieck Bulgarien angliedern. Damit hat die italienische Donauraumpolitik ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Die Kleine Entente hat nun zwar in Italien ihren Gegner bei der Organisation des Donauraumes gefunden, aber sie hat dem ersten italienischen Vorstoß Stand gehalten. In dem sie ihre „Verfassung" ausbaute, hat sie die Wiederstandskraft erhöht. So haben am 21. 5. 1929 die Mitgliedstaaten der Kleinen Entente den ersten gemeinsamen Vertrag, einen Vergleichs- und Schiedsvertrag auf der Belgrader Konferenz unterzeichnet [34]). Und auf der Konferenz zu Tschirmersee (Strbské Pleso) gab sich die Kleine Entente am 27. 6. 1930 ein vorläufiges Organisationsstatut [35]). In diesem Statut wurde die bisherige Konferenzpraxis [36]) vertraglich festgelegt und ergänzt:

1. Die Außenminister der Kleinen Entente kommen zusammen, so oft es die Umstände erfordern, mindestens aber einmal im Jahr. Außerordentliche Konferenzen können im Bedarfsfalle vom jeweiligen Präsidenten einberufen werden.

2. Ort der Zusammenkünfte ist abwechselnd in einem anderen Mitgliedstaat; eine fakultative Zusammenkunft findet nach der Völkerbundsversammlung in Genf statt.

3 Präsident der Konferenz ist jeweils der Außenminister, in dessen Land dieselbe abgehalten wird. Er bestimmt Datum, Ort und Tagesordnung der Konferenz.

4. Absolute Gleichheit der Mitgliedsstaaten wird ausdrücklich gegenseitig anerkannt.

5. Gemeinsame Vertretung der drei Mitgliedstaaten ist für den Bedarfsfall ausdrücklich erwähnt.

---

[34]) Text: NRG 3. s., XXI, 751 Ratif. am 16. 11. 1929 in Bukarest.

[35]) Text: A. Giannini, Europa Danubiana e Balcanica, p. 423/4. Ratif. am 25. 11. 1930 in Prag.

[36]) s. S. 13.

Mit diesen beiden Abkommen hat sich die Kleine Entente gefestigt und gezeigt, daß sie gewillt ist, ihre Stellung im Donauraum zu erhalten und ihren Organisationsplan auch künftighin zu verfolgen. Diese innere Festigung der Kleinen Entente war begleitet von einer noch engeren Anlehnung an Frankreich. Insbesondere zögerte seit dem italienischen Vorstoß in Albanien Jugoslawien nicht mehr, den im Vorjahre paraphierten Freundschaftspakt mit Frankreich am 11. 11. 1927 in Paris zu unterzeichnen [37]) und einen eindeutig französischen außenpolitischen Kurs für ein ganzes Jahrzehnt einzuschlagen [38]).

So stehen sich Anfang 1931 zwei Organisationsversuche im Donauraum gegenüber, der Versuch der Kleinen Entente und Frankreichs einerseits und der Versuch Italiens andererseits. Deutschland stand bisher beiseite; nun aber sollte auch Deutschland in die Gestaltung des Donauraumes eingreifen.

## 3. Kapitel.

## Der Versuch Deutschlands.

Als am 21. 3. 1931 der Entwurf eines Zollunionsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich [1]) in der deutschen und österreichischen Presse der Oeffentlichkeit mitgeteilt wurde [2]), waren alle am Donauraum interessierten Mächte aufs höchste überrascht. Zum ersten Mal seit Kriegsende hat Deutschland versucht, entsprechend seiner naturgegebenen Lage im Donauraum gestaltend einzugreifen, während bisher seine Donaupolitik nur eine beobachtende und abwartende gewesen war. Obwohl der Vertragsentwurf zunächst die wirtschaftliche Gestaltung des Donauraumes betrifft, so ist auf diesen Plan hier doch einzugehen, da er von seinen Gegnern in erster Linie politisch gewertet wurde. Weniger seine wirtschaftliche Wirklichkeit als seine politische Möglichkeit wurde beanstandet. Es sei daher der Inhalt des Entwurfes kurz wiedergegeben:

---

[37]) Text: NRG 3. s., XVIII, 347. Ratif. am 2. 12. 1927. Am gleichen Tage wurde ein Schiedsvertrag und eine Militärkonvention unterzeichnet.

Trotzdem wurden die sog. Belgrader Konventionen von 1924 und die Nettuno-Verträge von 1925 am 14. 11. 1928 ratifiziert. s. S. 23/24.

[38]) Der bisherige Plan eines Dreierpaktes zwischen Frankreich, Italien und Jugoslawien wurde damit endgültig begraben.

[1]) Text: Journal Officiel, 1931, p. 1160—1163; Publ. C. P. J. I., Série A/B No 41, p. 92.

[2]) Der vollständige Text wurde erst am 25. 3. 1931 veröffentlicht.

1. Die Deutsch-österreichische Zollunion soll eine regionale Wirtschaftsvereinbarung darstellen, die den Anfang zur Neuordnung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse bilden soll. Die Zollunion soll demnach der erste Schritt sein zur wirtschaftlichen Neuorganisation Europas, insbesondere des Donauraums. (I, 1).

2. Die Zollunion soll also keinen deutsch-österreichischen Wirtschaftsblock, der dritte Staaten ausschließt, bilden, vielmehr erklären sich Deutschland und Oesterreich bereit, mit dritten Staaten in ähnliche Wirtschaftsverhandlungen zu treten (I, 2). Ferner können beide Länder mit anderen Staaten Einzelhandelsverträge, natürlich unter Berücksichtigung der Zollunion, abschließen. (IX).

Beide Länder behalten somit ihre wirtschaftliche Selbständigkeit. Abgesehen von der Möglichkeit zum selbständigen Abschluß von Handelsverträgen, bleiben die Zollverwaltungen selbständig. (V, VI).

4. Die Zollunion schließt in sich:

a) Gemeinsamkeit des Zolltarifs und der Zollgesetze (II, I);
b) Beseitigung der Ein- und Ausfuhrzölle (III, 1);
c) Beseitigung der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote (VII).

Für eine Reihe von Waren werden jedoch für eine Uebergangszeit Zwischenzölle zwischen den beiden Staaten beibehalten, die dann schrittweise bis zur völligen Zoll- und Wirtschaftsangleichung abgebaut werden (III, 2).

Sämtliche interessierten Staaten sahen in diesem Zollunionsentwurf eine Verletzung der in den Friedensverträgen von St. Germain (Art. 88) und Versailles (Art. 80) und in dem Genfer Protokoll Nr. 1 vom 4. 10. 1922 festgelegten Unabhängigkeit Oesterreichs und einen großangelegten Versuch, die bisherige Ordnung im Donauraum umzustoßen und das Donaubecken in deutschem Sinne zu organisieren. Die Mächte, vor allem Frankreich [3]), die Tschechoslowakei [4]) und Italien [5]) befürchteten nicht bloß

[3]) Betr. d. französischen Standpunkt vgl.:
a) Memorandum der französ. Regierung an den Rat des Völkerbundes vom 14. 5. 1931, vorgelegt am 18. 5. 31; Text: Journal Off. 1931, Tome II, p. 1163—72.
b) Erklärungen des franz. Vertreters vor dem Rat des Völkerbundes am 18. 5. 31. s. Journal Off. 1931, p. 1071/2; 1079/80.

[4]) Betr. d. tschechoslowakischen Standpunkt vgl.:
a) Exposé des tsch. Außenministers Benesch in den Außenausschüssen des Abg.hauses und des Senats am 23. 4. 31. s. Quellen und Dok. z. tsch. Zeitgesch. Nr. 6.
b) Erklärungen Benesch's vor dem Völkerbundsrat am 18./19. 5. 31. s. Journal Off. 1931, p. 1075/7.

[5]) Betr. d. italienischen Standpunkt vgl.:
Erklärungen des ital. Vertreters vor dem Rat des Völkerbundes am 18./19. 5. 1931. s, Journal Off. 1931, p. 1072.

eine wirtschaftliche Neuordnung im Südosten, wozu der Wortlaut des Entwurfes allein Anlaß gegeben hätte, vielmehr bangten sie insbesondere um die bestehende politische Ordnung in der Annahme, daß die wirtschaftliche Neuordnung ohne weiteres die politische Organisation beeinflussen, das heißt, den Anschluß nach sich ziehen werde. In dieser Auffassung über den Entwurf waren sich alle beteiligten Mächte einig; nur daß sie die einen mit unerbittlicher, ja geradezu verletzender Offenheit und äußersten Drohungen zum Ausdruck brachten, während andere mit mehr Takt, jedoch gleicher Festigkeit dem Plane entgegen traten; andere wenige aber eine mehr abwartende Haltung einnahmen, um aber schließlich mit den übrigen den Zollunionsentwurf ebenfalls zu verwerfen.

Die britische Regierung beantragte daher in einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes vom 10. 4. 1931, die Zollunionsangelegenheit vor den Rat des Völkerbundes zu bringen [7]). Der Völkerbund trat am 18. 5. 1931 zu seiner 63. Tagung zusammen und verhandelte am 18. und 19. 5. 1931 in der Zollunionsangelegenheit. In der ersten Sitzung schlug der englische Vertreter Henderson vor, da es sich zunächst um eine Rechtsfrage handle, durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag prüfen zu lassen, ob der Entwurf den von Oesterreich übernommenen Verpflichtungen des Art. 88 des Vertrags von St. Germain und denen des Protokolls Nr. 1 vom 4. 10. 22 widerspreche. Die Behandlung der politischen Seite der Angelegenheit sollte einstweilen zurückgestellt werden. Der Rat nahm diesen englischen Vorschlag an und ließ am 19. 5. 1931 durch den Generalsekretär das Gutachten vom Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag einfordern [8]). Dieser hat am 5. 9. 1931 das verlangte Gutachten erstattet [9]) und mit 8 gegen 7 Stimmen festgestellt, daß der Zollunionsentwurf vom 19. 3. 31 mit dem Genfer Protokoll Nr. 1 vom 4. 10. 22 nicht vereinbar sei.

Doch schon vorher (am 3. 9. 1931) sah sich Oesterreich und Deutschland genötigt, auf die Durchführung des Entwurfes zu verzichten [10]). Infolge dieses Verzichtes gelang es Oesterreich, eine neue „Völkerbundsanleihe" zu erhalten. Es mußte jedoch in dem Anleiheabkommen von Lausanne vom 15. 7. 1932 [11]) erneut die anschlußfeindlichen Bestimmungen des

---

[7]) s. Journal Off. 1931, p. 1160.

[8]) s. Journal Off. 1931, p. 1068—1081; Publ. C. P. J. I., Série A/B No 41, p. 38.

[9]) Publ. C. P. J. I., Série A/B, No 41.

[10]) s. Journal Off. 1931.

[11]) Text: NRG 3. s., XXVII, 643.

Vertrages von St. Germain und des Genfer Protokolls Nr. 1 vom 4. 10. 1922 anerkennen.

Damit ist der erste bescheidene Versuch Deutschlands, den Donauraum in deutschem Sinne zu organisieren gescheitert [12]). Es sollte dem nationalsozialistischen Reiche vorbehalten sein, den ersten erfolgreichen Gestaltungsversuch im Donauraum zu unternehmen.

[12]) Die Behauptung, die Zollunionsangelegenheit sei lediglich ein österreichisches Manöver gewesen, um eine neue Anleihe zu erhalten, kann nicht bewiesen werden.

Lit. über die Zollunionsangelegenheit s. L.V. 365, 369, 372, 373, 375/7, 379, 381, 387, 391, 421, 423, 425, 448, 450, 455.

# II. Teil.

# Die Entwicklung seit 1933.

## 1. Kapitel.

## Entwicklung des Organisationsversuches der Kleinen Entente und Italiens und die französisch-italienische Annäherung.

Am 30. Januar 1933 kam der Nationalsozialismus in Deutschland an die Macht. Die ganze Welt und besonders Europa war sich klar darüber, daß dieses Ereignis nicht bloß für die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands, sondern auch in der deutschen Außenpolitik einen Wendepunkt bedeute. An dieser Stelle sind nur die Auswirkungen der Machtergreifung Hitler's, soweit sie den Donauraum betreffen, zu erörtern. Das nationalsozialistische Programm einer Organisierung des Donauraumes und der Versuch seiner Durchführung soll hier allein dargestellt werden. Die Grundsätze einer nationalsozialistischen Außenpolitik hat Adolf Hitler selber in seinem Buche „Mein Kampf" dargelegt [1]). Die allgemeinen außenpolitischen Richtlinien enthalten auch das Gestaltungsprogramm für den Donauraum. Die Forderung der Revision der Friedensverträge ist die negative Seite dieses Programmes und die Gestaltung des Donauraumes nach völkischen Gesichtspunkten ist seine positive Seite. Beide Punkte sind an sich nicht neu. Neu dagegen ist der Wille und Weg zu ihrer Durchführung. Schon bisher war die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk „revisionistisch"; man glaubte jedoch, daß die Revisionsforderungen im Rahmen des Völkerbundssystems schließlich befriedigt würden [2]). Demgegenüber verlangte der Nationalsozialismus Loslösung vom „Versailler System", das im Völkerbund verkörpert sei, und einen Revisionskampf außerhalb desselben [3]). Die Revision sollte auf völkischer Grundlage erfolgen. Der Nationalsozialismus forderte daher den Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich [4]). Diese Forderung bildete sogar den 1. Punkt des

[1]) s. Kap. 13, 14 und 15 des 2. Bandes.

[2]) vgl. E. Koch-Weser, Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1919—1929, 1929, S. 96 ff.

[3]) Deutschland hat am 19. 10. 1933 seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt.

[4]) s. Adolf Hitler, Mein Kampf, S. 1.

nationalsozialistischen Parteiprogrammes. Darüber hinaus sollten aber auch alle übrigen „Grenzlanddeutschen" in einem größeren Deutschland vereinigt werden. Von diesem Grundsatz machte Adolf Hitler eine Ausnahme: er verzichtet auf das deutschsprachige Südtirol, da ihm die Freundschaft und der Friede mit Italien mehr wert ist, als 200 000 Deutsche, an deren Verlust er keine Schuld trage [5]). Für die eigentlichen Auslandsdeutschen fordert der Nationalsozialismus volle Achtung ihrer kulturellen Eigenwerte, wie er auch das Lebensrecht der anderen Völker achtet [6]). Hinter diesen Revisionsforderungen steht der entschlossene Wille sie durchzuführen. Diese Durchführung müßte naturgemäß den schon bestehenden Organisierungsversuchen im Donauraum, dem Versuch der Kleinen Entente und Frankreichs und dem italienischen, Rechnung tragen. Es ist nun im folgenden darzustellen der Kampf der drei Gestaltungssysteme im Donauraum. Es ist aber nicht nur ein Kampf zwischen der deutschen Donaupolitik einerseits und der Kleinen Entente und Italien andererseits. Nach wie vor bestehen die Gegensätzlichkeiten zwischen der Kleinen Entente und der italienischen Donaupolitik fort. Und gerade letzterer Gegensatz wirkte sich in den ersten Monaten nach Hitler's Machtergreifung noch stärker aus, als die deutschen Bestrebungen im Donauraum. Die Kleine Entente und Italien suchten ihre Stellung im Donauraum weiter auszubauen, zunächst weniger in Erwartung des deutschen Vorstoßes als in alter Gegnerschaft.

So unterzeichneten am 16. Februar 1933 die Außenminister der Mitgliedstaaten der Kleinen Entente Benesch, Jeftitch und Titulescu in Genf den sog. Organisationspakt [7]), der die Mitglieder der Kleinen Entente noch enger als bisher zusammenschließen sollte [8]). Man könnte versucht sein, im Abschluß dieses Dreierabkommens die erste Rückwirkung auf den neuen Kurs in Deutschland zu sehen. Dies trifft jedoch nicht zu [9]). Das Abkommen vom 16. 2. 1933 bedeutet nichts anderes als den vorläufigen Abschluß einer langsamen, aber zielbewußten Entwicklung und die politisch mögliche Durchführung eines großangelegten Planes. Mag sein, daß die immer mehr zutagetretende Unzulänglichkeit des Völkerbundes und dessen

[5]) s. Adolf Hitler, Mein Kampf, S. 707/11.

[6]) In seiner Rede vom 22. 3. 1933 erklärte er:
„Das Schicksal der Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiches, die als besondere Volksgruppen innerhalb fremder Völker um die Wahrung ihrer Sprache, Kultur, Sitte und Religion kämpfen, wird uns stets bewegen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die den deutschen Minderheiten garantierten internationalen Rechte einzutreten".

[7]) Text: NRG 3. s., XXVIII, 323. Ratif. am 30. 5. 1933 in Prag.

[8]) Lit. über diesen Organisationspakt s. L.V. 478, 481, 485, 489, 495, 504, 507, 508, 510, 513, 514, 519, 524, 526.

[9]) s. Survey of international Affairs for 1933, p. 203/4.

teilweises Versagen in den letzten Jahren, das Zustandekommen des Paktes beschleunigt hat, jedenfalls stellt das Vertragswerk nur die endgültige juristische Formbindung des schon längst bestehenden Zustandes dar, dessen organisatorischer Inhalt zum Teil schon auf der Konferenz von Tschirmersee 1930 [10]) satzungsmäßig vorläufig festgelegt war.

In der Präambel des Paktes bekennen sich die unterzeichneten Staaten erneut zur Aufrechterhaltung und „Organisierung" des Friedens. Sie wollen unter allen Umständen den Status der Friedensverträge aufrechterhalten und die „évolution vers une stabilisation définitive des conditions de l'Europe Centrale" sichern. In jedem Fall aber soll den gemeinsamen Interessen der drei Staaten Achtung verschafft werden. Das Hauptziel der Kleinen Entente wird also damit noch deutlicher, aber auch entschiedener zum Ausdruck gebracht [11]).

Auch das andere Ziel der Kleinen Entente, das in der Präambel aufgeführt ist, die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Donaustaaten. ist nicht neu, sondern die wirtschaftliche Neuordnung des Donauraumes war von Anfang an ein Ziel der Kleinen Entente [12]).

Zur Erreichung dieser beiden Ziele soll nun die Kleine Entente eine entwicklungsfähige und solide Grundlage (base organique et stable) bilden (Präambel). Die Kleine Entente konstituiert sich daher als eine „Gruppe", die eine internationale. den drei Mitgliedstaaten übergeordnete Einheit darstellen soll [13]). Diese „Gruppe" steht im Gegensatz zum exklusiven „Block" anderen interessierten Staaten gemäß der Tendenz der Kleinen offen.

Die Gruppe erhält eine Organisation, die weitgehend schon im Vertrag vom 27. 6. 1930 festgelegt war. Als leitendes Organ (organe directeur) der gemeinsamen Politik der Kleinen Entente ist der Ständige Rat (conseil permanent) gebildet. Er besteht aus den drei Außenministern, tritt mindestens dreimal im Jahre zusammen [14]) und entscheidet mit Stimmenein-

[10]) s. S. 33/34.
[11]) s. S. 12/13.
[12]) Vgl. Art. 2 des Marienbader Abkommens vom 31. 8. 1922. s. LV. 484, 488, 501, 527.
[13]) Ueber die rechtliche Bedeutung der Kleinen Entente als „unité internationale supérieure" vgl. V. Bruns, Le Pacte et l'organisation de la Petite Entente, in Zft. f. ausl. R. u. VR. Bd. III, 2, S. 556; A. Hobza, a.a.O., p. 235; W. Küster, Der völkerrechtliche Status der Kleinen Entente, in Niemeyer's Zft. f. int. R. 1935, S. 1; V. M. Radovanovitch, La Petite Entente, in Révue gèn. de Droit int. 1933, p. 770.
[14]) Eine Tagung findet abwechslungsweise in einem Mitgliedstaat statt und eine Tagung nach der Völkerbundsvollversammlung. Im übrigen bestimmt der Präsident den Ort der Tagung und die Zeit des Zusammentritts. Art. 2, 3. Der Rat kann aber auch öfters als dreimal im Jahr zusammentreten, falls eine außerordentliche Tagung erforderlich ist.

heit [15]) unter dem Vorsitz eines Präsidenten [16]), der die Tagesordnung und die zu fassenden Beschlüsse vorbereitet. (Art. 1—4). Dem Ständigen Rat ist als beratendes Hilfsorgan ein Wirtschaftsrat beigeordnet, der sich aus erfahrenen Wirtschaftlern, Handelsspezialisten und Finanzmännern zusammensetzt. (Art. 7) [17]). Weitere ständige, wie zeitliche Nebenorgane, Kommissionen und Komitees können zur Bearbeitung von Sonderfragen vom Ständigen Rat eingesetzt werden (Art. 8). Ein Ständiges Sekretariat ist am Sitze des jeweiligen Präsidenten eingerichtet und eine Abteilung dieses Sekretariats befindet sich in Genf (Art. 9) [18]). Der Rat der Kleinen Entente kann sich — diese Möglichkeit ist übrigens schon im Vertrag von Tschirmersee vorgesehen — durch einen Delegierten oder die Delegation eines einzigen Staates vor einem internationalen Forum vertreten lassen (Art. 5) [19]).

Noch mehr wie bisher soll die allgemeine Außenpolitik der drei Staaten der Kleinen Entente vereinheitlicht werden (Präambel, Art. 1, 10). Die Sonderinteressen der Vertragschließenden werden zwar durch diese Verpflichtung nicht berührt: ihre Geltendmachung bleibt vielmehr den einzelnen Mitgliedern überlassen. Jedoch besteht gerade in dieser Hinsicht eine erhebliche Einschränkung zugunsten einer einheitlichen Außenpolitik: Die Zustimmung des Ständigen Rates der Kleinen Entente ist für jeden politischen Vertrag eines Mitgliedstaates erforderlich. Dasselbe gilt für jeden Einzelakt, soweit er die gegenwärtige politische Lage eines Mitgliedstaates bezüglich eines dritten Staates ändert. Ebenso bedarf auch jedes wirtschaftliche Abkommen, soweit es bedeutende politische Folgen nach sich zieht, die Zustimmung des Ständigen Rates. Damit ist eine größtmögliche Vereinheitlichung der Außenpolitik der drei Donaustaaten überhaupt erreicht [20]). Keiner dieser Staaten kann eine außenpolitische Entscheidung von Bedeutung treffen, die die beiden anderen Mitglieder zuvor

---

[15]) Die geforderte Stimmeneinheit bringt den Gleichheitsgedanken zum Ausdruck, der in Art. 4 besonders noch hervorgehoben ist.

[16]) Der Präsident ist jeweils der Außenminister des Landes, in dem die jährliche obligatorische Tagung stattfindet; er führt sein Amt ein Jahr lang und bestimmt Ort und Zeit der Tagungen.

[17]) Auf der Prager Konferenz (29. 5. — 2. 6. 1933) wurde in einer Sitzung am 1. 6. 33 die Zusammensetzung und das Verfahren des Wirtschaftsrates festgelegt. s. LDI, I, 39.

[18]) Zusammensetzung und Verfahren des Ständigen Sekretariats wurde ebenfalls auf der Prager Konferenz 1933 geregelt. s. LDI, I, 39.

[19]) Hier ist vor allem an die Vertretung vor dem Völkerbundsrat gedacht.

[20]) Die bisherigen Verträge mit dritten Staaten sollen soweit als möglich vereinheitlicht werden. Art. 6, Abs. 2.

nicht gebilligt hätten [21]). Doch liegt in dieser negativen Bestimmung auch schon die Grenze der Vereinheitlichung der Außenpolitik der drei Staaten. Denn eine positive gemeinsame außenpolitische Haltung, die sich nicht bloß auf den allgemeinen Grundsatz der Aufrechterhaltung der Friedensverträge bezieht, sondern auch auf konkrete Einzelfragen erstreckt, konnte auch der neue Pakt den Mitgliedstaaten nicht vorschreiben. Hat doch jedes Mitglied der Kleinen Entente ein außenpolitisches Nachbarproblem, an dem die beiden anderen Mitglieder nicht interessiert sind oder sogar entgegenstehende Interessen glauben wahrnehmen zu müssen. So sympathisierte die Tschechoslowakei seit jeher mit Rußland, während Rumänien mit Polen gegen dasselbe sich verbündet hat und Jugoslawien sich aufs entschiedenste widersetzt hat, die Sowjet-Union anzuerkennen. Während des jugoslawisch-italienischen Streites bestand zwischen Italien und Rumänien ein freundschaftliches Verhältnis und auch die Tschechoslowakei hätte gerne seine Beziehungen zu Italien verbessert. Andererseits konnte die Tschechoslowakei in Rumänien und Jugoslawien nie für seine heikle Lage gegenüber Deutschland das gewünschte Interesse finden [22]).

Trotz dieser offensichtlichen Lücken im System der Kleinen Entente, wäre es verfehlt, die Bedeutung des Organisationspaktes unterschätzen zu wollen. Der Pakt hat die Kleine Entente befähigt, in der politischen und wirtschaftlichen Organisation des Donauraumes mit neuer Kraft fortzufahren und dem italienischen Gestaltungsversuch mit Erfolg entgegen-

---

[21]) Die bisher abgeschlossenen Einzelabkommen samt dem gemeinsamen Vergleichs- und Schiedsvertrag sind auf unbegrenzte Zeit erneuert worden. Eine Kündigung des Organisationspaktes ist nicht vorgesehen (Art. 11). Das Organisationsstatut von Tschirmersee vom 27. 5. 30 ist natürlich durch den neuen Organisationspakt ersetzt. Darnach setzt sich die juristische Grundlage der Kleinen Entente aus folgenden Verträgen zusammen:

1) Bündnisvertrag zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei vom 14. 8. 1920;
   Bündnisvertrag zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei vom 31. 8. 1922;
2) Bündnisvertrag zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei vom 23. 4. 1921;
3) Bündnisvertrag zwischen Rumänien und Jugoslawien vom 7. 6. 1921;
4) Vergleichs- und Schiedsvertrag zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien vom 21. 5. 1929;
5) Organisationspakt vom 16. 2. 1933 (mit nicht veröffentlichten Ausführungsvereinbarungen über die Zusammensetzung und das Verfahren der im Organisationspakt vorgesehenen Organe).

   Dazu kommen:

6) Militärabmachungen, die nicht veröffentlicht sind;
7) Handels- und Wirtschaftsabkommen.

[22]) Vgl. U. Nani, Oriente Europeo, 1930, p. 164/5; J. O. Crane, Little Entente, p. 103.

zutreten. In diesem Kampf der Kleinen Entente mit Italien war ein unbestreitbarer Erfolg der ersteren die Schaffung der Balkanentente [23]).

Kaum ein Jahr nach der Unterzeichnung des Organisationspaktes der Kleinen Entente am 9. Februar 1934, unterzeichneten die Bevollmächtigten Jugoslawiens, Rumäniens, Griechenlands und der Türkei in Athen den sogen. Balkanpakt [24]). Auch auf den Abschluß dieses Abkommens hatte der Nationalsozialismus keinen Einfluß. Die Idee eines Balkanbundes ist ja nicht neu und war vor dem Kriege bereits verwirklicht [25]). Schon bald nach dem Weltkriege wurde die Gründung eines Bundes aller Balkanvölker und -staaten literarisch erwogen und diskutiert. Die politische Lage nach dem Kriege war allerdings hiezu nicht besonders günstig. Zwar waren Jugoslawien und Rumänien in der Kleinen Entente freundschaftlich verbunden. Dagegen bestanden zwischen Jugoslawien und Griechenland tiefe Meinungsverschiedenheiten über die Salonikifrage [26]) und die macedonischen Minderheiten [27]). Auch die griechisch-türkischen Beziehungen waren mehr als gespannt [28]). Bulgarien aber hatte gegen Griechenland, Rumänien und Jugoslawien gewichtige Revisionsforderungen. Unter diesen Umständen gehörte daher schon viel Optimismus dazu, an die Verwirklichung der Idee eines Balkanbundes zu glauben. Doch schließlich sollten die Hoffnungen wenigstens teilweise erfüllt werden. Die Schaffung des Balkanbundes wurde jedoch nicht nur literarisch vorbereitet. Entscheidend für das Gelingen war der gute Wille der betreffenden Staatsregierungen.

---

[23]) Vgl. den Artikel Mussolini's im „Popolo d'Italia" vom 13. 4. 1933: Piccola Intesa e Pace Europea, in dem dieser sich unter anderem heftig gegen den Großmachtanspruch der Kleinen Entente ausspricht. s. Scritti e Discorsi, vol. 8, p. 169—174.

[24]) Text: NRG 3. s., XXIX, 1. Das Abkommen trat nach Art. 3 mit der Unterzeichnung in Kraft; trotzdem noch ratif. von: Türkei am 8. 3. 34; Griechenland am 12. 4. 34; Jugoslawien und Rumänien am 16. 6. 34.

Am gleichen Tage wurde noch ein Protokoll unterzeichnet, das den Hauptvertrag erläuternd ergänzt (Text: Zft. f. ausl. öff. R. u. VR. 1934, S. 327 und Gretschaninow, Pol. Verträge, S. 390). Am 17. 3. 1934 soll diesen beiden Vereinbarungen ein weiteres Protokoll hinzugefügt worden sein, das aber noch nicht amtlich veröffentlicht wurde (Text: Zft. f. ausl. öff. R. u. VR. 1934, 609 und Gretschaninow, a.a.O., S. 390, Anm.). Ebenfalls geheim ist ein angebliches Protokoll vom 3. 6. 1934.

Ueber den Balkanbund s. L.V. 530—550.

[25]) Vgl. den Balkanbund zwischen Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien in Form eines Militärbündnisses gegen die Türkei im Jahre 1912.

[26]) s. Anm. 21 zu Teil 2, Kap. II.

[27]) s. Anm. 30 zu Teil 2, Kap. II.

[28]) Gegenüber Griechenland: Westthrazien u. Geb. v. Adrianopel;
gegenüber Rumänien: Süddobrudscha;
gegenüber Jugoslawien: einige strategisch wichtige Grenzgebiete.

Freundschaftsverträge [30]) brachten die Balkanstaaten einander näher. Die seit 1930 jährlich abgehaltenen halbamtlichen Balkankonferenzen [31]) bereiteten einen Balkanpaktentwurf [32]) vor, der die Grundlage für die amtlichen Besprechungen zwischen den Staatsvertretern [33]) geben sollte. So fanden sich schließlich Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei in einem Balkanbund zusammen. Ein gemeinsames Ziel, die Aufrechterhaltung des Friedens, des Status quo auf dem Balkan, hat die vier Balkanstaaten zusammengeführt.

Die vier Staaten verpflichteten sich daher die bestehenden Verträge und damit auch die gegenwärtige territoriale Ordnung im Balkan zu achten (Präambel). Sie garantieren sich gegenseitig die Sicherheit „ihrer Balkangrenzen" [34]) (Art. 1). In Vollziehung dieser Garantie verpflichteten sie sich

---

[30]) Am 27. 3. 1929 wurde zwischen Jugoslawien und Griechenland ein Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag (NRG 3. s., XII, 339) geschlossen, nachdem schon am 17. 3. 1929 in Genf 6 Protokolle, die Jugoslawien eine Freizone in Saloniki einräumten (NRG 3. s., XXI, 710) unterzeichnet worden waren. s. Anm. 21 zu Teil 2, Kap. II.

Am 30. 10. 1930 kam zwischen der Türkei und Griechenland ein Neutralitäts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag (NRG 3. s., XXV, 510) zustande, der am 14. 9. 1933 durch einen Freundschaftsvertrag ersetzt wurde (NRG 3. s., XXX, 40). s. auch S. 31.

Jugoslawien und die Türkei hatten schon am 28. 10. 1925 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag (NRG 3. s., XV, 478) geschlossen, der durch den Freundschafts-, Nichtangriffs-, Vergleichs- und Schiedsvertrag vom 27. 11. 1933 (NRG 3. s., XXXI, 388) erweitert wurde. Vgl. M. Yanochevitch, La Yougoslavie dans les Balkans. 1936. p. 198 ff.

Am 17. 10. 1933 unterzeichneten Rumänien und die Türkei in Ankara einen Freundschafts-, Nichtangriffs-, Vergleichs- und Schiedsvertrag (NRG 3. s., XXX, 665). Zwischen Rumänien und Griechenland war schon am 21. 3. 1928 ein Nichtangriffs- und Vergleichsvertrag (NRG 3. s., XXI, 335) zustandegekommen.

Bulgarien dagegen hat nur mit der Türkei am 6. 3. 1929 einen Neutralitäts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag (NRG 3. s., XXVIII, 704) geschlossen, der den Freundschaftsvertrag vom 18. 10. 1925 (NRG 3. s., XX, 345, 349) ersetzt hat und der am 23. 9. 1933 verlängert wurde.

[31]) Diese Balkankonferenzen hatten halbamtlichen Charakter, da an ihren Sitzungen inoffiziell Regierungsvertreter teilnahmen. Es fanden folgende Konferenzen statt:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1. | Balkankonferenz | in Athen | vom 5.—12. 10. 1930; |
| 2. | „ | in Konstantinopel | „ 20.—26. 10. 1931; |
| 3. | „ | in Bukarest | „ 22.—26. 10. 1932; |
| 4. | „ | in Saloniki | „ 5.—12. 11. 1953; |
| 5. | „ | wurde sine die vertagt, da nach Ansicht Jugoslawiens u.a. mit Abschluß des Balkanpaktes der Konferenzzweck erreicht sei. | |

[32]) Text: Kerner-Howard, L.V. 534, p. 200.

[33]) Im einzelnen aufgezählt bei K. J. Peeff, Balkanpakt und Balkanbund, 1937, S. 26, Anm. 2.

[34]) Unter „leurs frontières balkaniques" sind nicht sämtliche Grenzen der Mitgliedstaaten gemeint, sondern garantiert werden nur solche Grenzen, die zwei Balkanstaaten miteinander gemeinsam haben. Dies ergibt sich aus Punkt 2

im Falle der Verletzung ihrer Interessen, wie sie in diesem Pakt bestimmt sind, also der Verletzung des Status quo auf dem Balkan, zur Konsultation über die zu ergreifenden Maßnahmen. Die Mitglieder des Balkanbundes verpflichteten sich ebenfalls zu gegenseitiger Konsultation vor jeder politischen Aktion gegen einen Balkanstaat, der nicht Mitglied ist. Die Zustimmung der Balkanentente ist aber erforderlich, falls ein Mitglied gegenüber einem anderen Balkanstaat, — ob Mitglied oder Nichtmitglied ist gleichgültig — eine politische Verpflichtung eingeht (Art. 2).

Die antirevisionistische Zweckbestimmung, hielt außer Albanien dessen Beitritt zum Balkanbund Italien widersprochen hatte, vor allem Bulgarien ab, sich den vier übrigen Balkanstaaten anzuschließen. Denn mit der Unterzeichnung des Balkanpaktes hätte Bulgarien zwangsläufig auf seine Revisionsansprüche verzichtet. In der Hoffnung, Bulgarien werde dem Bunde doch noch beitreten, ließ man den Beitritt in den Balkanbund offen (Art 3).

Der Balkanpakt will somit nichts anderes, als die Durchführung der bulgarischen Revisionsforderungen mit allen Mitteln verhindern. Dieses Ziel hat nun aber der Balkanbund mit der Kleinen Entente gemeinsam. Darin liegt auch die Bedeutung der Balkanentente für die Organisation des Donauraumes. Denn damit, daß der Balkanbund den Revisionsbestrebungen Bulgariens entgegentritt, unterstützt sie das Organisierungswerk der Kleinen Entente im Donauraum. Da sich der Balkan mit dem Donauraum überschneidet, mußte der Balkanbund zu den politischen Gestaltungsversuchen im Donauraum Stellung nehmen; er hat sich eindeutig für die Kleine Entente entschieden [35]). Diese Entscheidung war dadurch bedingt, daß der Bal-

---

des Zusatzprotokolles vom 9. 2. 34, wonach die Balkangrenzen nur gegen Angriffe seitens eines Balkanstaates garantiert werden, nicht aber Angriffe von Nichtbalkanstaaten unter den Schutz des Paktes fallen, es sei denn, daß ein Balkanstaat (Bulgarien) sich mit einem angreifenden Nichtbalkanstaat verbündet (Punkt 3 des Prot. v. 9. 2. 34 und Punkt 5 des Prot. v. 17. 3. 34). Der Casus foederis ist also eng begrenzt. Trotzdem ging diese Garantiepflicht der Türkei und Griechenland noch zu weit. So will angeblich die Türkei von jeder Verpflichtung befreit sein, wenn Sowjet-Rußland im Bunde mit einem Balkanstaat (Bulgarien) gegen ein Mitglied des Balkanbundes Krieg führen sollte. Griechenland soll seinerseits bei der Tagung des Ständigen Rates des Balkanbundes in Belgrad (4./6. 5. 1936) zwei Vorbehalte gemacht haben:
1) Griechenland will in keinen Konflikt mit einem Nichtbalkanstaat hineingezogen werden, auch wenn dieser im Bunde mit einem Balkanstaat die garantierten Balkangrenzen verletzen sollte; 2) Die Grenzen Albaniens sollen infolge des italienischen Protektorates nicht als Balkangrenzen i. S. des Paktes gelten; denn Albanien könne im politischen Sinne nicht mehr zu den Balkanstaaten gerechnet werden.
Vgl. Zft. f. ausl. öff. R. u. VR. 1934, S. 608 ff; 1936, S. 582, 585; M. Yanochevitch, a.a.O., p. 228 ff.

[35]) Diesen Zusammenhang zwischen der Kleinen Entente und dem Balkanbund hebt Benesch in seinem Exposé vor der Abg.kammer und dem Senat

kanbund zwei Mitgliedstaaten der Kleinen Entente umschließt, die ohne die Zustimmung der Tschechoslowakei keinen politischen Vertrag mit dritten Staaten schließen durften [36]). Dadurch wurde aber nicht nur die Zielsetzung des Balkanbundes bestimmt, sondern auch die Organisation desselben ist der Kleinen Entente getreu nachgebildet. Das Organisationsstatut der Balkanentente vom 2. 11. 1934 [37]) stimmt sogar nahezu wörtlich mit dem der Kleinen Entente überein. Auch die Balkanentente hat einen Ständigen Rat, bestehend aus den Außenministern der Mitgliedstaaten (Art. 1—4), einen beratenden Wirtschaftsrat (Art. 5 und besonderes Statut [38])) und ein Ständiges Sekretariat.

Bei dieser Uebereinstimmung der beiden Verbände in den politischen Grundsätzen wie auch in der Organisation kann man mit Recht von einer „Verlängerung der Kleinen Entente" [39]) oder von einer „quasi-confusion" [40]) sprechen. Durch die Mitgliedschaft Rumäniens und Jugoslawiens ist auch in Zukunft der Einfluß der Kleinen Entente im Balkanbund gesichert.

Abschließend kann gesagt werden, daß die Schaffung des Balkanbundes ein unbestreitbarer Erfolg der Kleinen Entente ist, der es dadurch gelungen ist, die Türkei und Griechenland dem italienischen System im Donauraum zu entziehen und für ihre Ziele zu verpflichten.

Wenn auch die nationalsozialistische deutsche Außenpolitik weder den Abschluß des Organisationspaktes der Kleinen Entente noch die Gründung des Balkanbundes beeinflußt hat, so war der Einfluß des Nationalsozialismus im Donauraum doch bald zu bemerken. Wie vorauszusehen war, hat durch die Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland die Oesterreichische Nationalsozialistische Arbeiterpartei einen ungeheuren Aufschwung genommen. Die christlich-soziale Regierung Dollfuß suchte dieser Tatsache zu begegnen, indem sie dem rassebedingten nationalsozialistischen Deutschen Reiche die Idee eines deutschen christlichen Ständestaates Oesterreich entgegenstellte. Damit standen einander zwei Weltanschauungen gegenüber, deren Einigung unmöglich war. Während die bisherigen österreichischen Regierungen sich wenigstens grundsätzlich zum Anschluß an das

---

vom 2. 7. 34 ausdrücklich hervor (S. 29): „Là est la profonde connexion de cette politique avec celle de la Petite Entente, fondée sur les mêmes principes et visant aux mêmes buts, là aussi l'étroite parenté de ces tendances et de ces efforts avec ceux de la politique française".

Vgl. auch Communiqué des Ständigen Rats der Kleinen Entente in Bukarest vom 20. 6. 1934, lit. g) (LDI, I. 63).

[36]) s. Art. 6. des Organisationspaktes der Kleinen Entente vom 16. 2. 1933.

[37]) Text: Giannini, Trattati ed accordi dell' Europa danubiana e balcanica, 1936, p. 632/3.

[38]) Text: Giannini, a.a.O., p. 633/4.

[39]) s. E. W. Eschmann, Die Außenpolitik des Faschismus, 1934, S. 74.

[40]) s. V. M. Radovanovitch, a.a.O., p. 688—735.

demokratische Deutsche Reich bekannten, mußte sich Bundeskanzler Dollfuß folgerichtig der Eingliederung Oesterreichs in das Dritte Reich widersetzen. Bisher empfand man in österreichischen Regierungskreisen die Bestimmungen des Vertrages von St. Germain (Art. 88) und der Protokolle vom 4. 10. 1922 und 15. 7. 1932 als eine nahezu untragbare Diskrimination; seit Hitlers Machtergreifung tritt die österreichische Bundesregierung offiziell für die Selbständigkeit Oesterreichs ein und empfindet diese Bestimmungen als willkommene Hilfe der europäischen Großmächte.

Bisher war die Wiedereinsetzung der Habsburgerdynastie der Traum weniger Legitimisten, nun sieht die österreichische Regierung in der Habsburgerrestauration eine geeignete Garantie der Unabhängigkeit Oesterreichs [42]).

Der Kampf zwischen dem Nationalsozialismus und der österreichischen Regierung war unvermeidbar; mit der nationalsozialistischen Erhebung am 25. 7. 1934, der Bundeskanzler Dollfuß zum Opfer fiel, fand dieser Kampf seinen vorläufigen Abschluß zugunsten der Bundesregierung [43]). Während dieses Kampfes hat Reichskanzler Hitler wiederholt erklärt [44]), daß

---

[42]) Obwohl die Bundesregierung die Habsburgerfrage für inaktuell erklärt hatte, so hatte sie doch schon Maßnahmen getroffen, „die das Unrecht, das dem Habsburgerhause nach dem Kriege angetan worden sei, wiedergutmachen" sollten. So hob das Bundesges. vom 4. 7. 1935 (Bundesgesbl. 1935, S. 1355, Nr. 299) die durch Gesetz vom 3. 4. 1919 (St.G.Bl. Nr. 209) und Bundesverfassungsges. vom 1. 10. 20, Art. 149 (B.G.Bl. Nr. 1) verfügte Landesverweisung wieder auf und erstattete einen Teil des Hausvermögens, das 1919 vom österreichischen Staat übernommen war, dem Hause Habsburg-Lothringen. Gegenüber dieser restaurationsfreundlichen Haltung der österreichischen Regierung nahmen die interessierten Mächte verschieden Stellung (Vgl. O. F. de Bataglia, Restauration der Habsburger, in Europ. Gespr. 1930, S. 567/8). Ablehnend verhielten sich die Kleine Entente (vgl. Communiqué der Tagung des Ständ. Rats in Bukarest vom 20. 6. 1934 lit. d., LDI, I, 63) und selbstverständlich das Deutsche Reich. Italien widersprach grundsätzlich nicht mehr (vgl. S. 21) und Frankreich befürwortete eine den Anschluß verhindernde Restauration mit Zurückhaltung mit Rücksicht auf den gegensätzlichen Standpunkt der Verbündeten der Kleinen Entente. Unter diesen Umständen hielt es die österreichische Regierung noch für verfrüht, die Restauration durchzuführen, wenn sie auch juristisch nicht mehr gebunden war (Der Vertrag von Lany war schon längst abgelaufen; s. S. 15/16).

[43]) Näher auf diesen zähen und erbitterten Kampf einzugehen, verbietet der Zweck dieser Untersuchung. s. L.V. 804, 833, 560—562, 569, 574, 577, 583, 594, 596.

[44]) In der Reichstagsrede vom 22. 3. 1933:
„Gegenüber unserem Brudervolk in Oesterreich empfinden wir alle das Gefühl der innersten Anteilnahme an seinen Sorgen und Nöten".

In der Reichstagsrede vom 30. 1. 1934:
„Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen ist absurd und kann durch nichts belegt oder erwiesen werden. Allein es ist selbstverständlich, daß eine die ganze deutsche Nation erfassende und sie aufs tiefste be-

er zwar daran nicht desinteressiert sei, daß jedoch die nationalsozialistische Reichsregierung keinen Angriff unternehme oder plane. Tatsächlich hat die deutsche Reichsregierung auch nicht versucht, den Anschluß gewaltsam zu verwirklichen.

Die Neuorientierung der österreichischen Politik, die durch den nationalsozialistischen Vorstoß im Donauraum bedingt wurde, hatte zwei für die Organisierung des Donauraumes bedeutsame Folgen, die italienisch-österreichische Freundschaft und die italienisch-französische Annäherung.

Da Italien zu den entschiedensten Anschlußgegnern gehörte, stand bisher die anschlußfreundliche Haltung der österreichischen Regierungen einer österreichisch-italienischen Freundschaft entgegen. Der Vergleichs- und Schiedsvertrag vom 6. 2. 1930 verbesserte die gegenseitigen Beziehungen wieder erheblich[45]), doch in der Zollunionsangelegenheit im Jahre 1931 stieß Oesterreich auf den schärfsten italienischen Widerspruch[46]). Seit dem nun Oesterreich selber seine Unabhängigkeit gegenüber dem Deutschen Reiche verteidigte, bestand für ein engeres italienisch-österreichisches Zusammengehen außer der Südtirolerfrage kein nennenswertes Hindernis mehr: im Gegenteil, Oesterreich mußte. da es seine Schwäche nicht verkannte, dankbar die wirtschaftliche und politische Unterstützung Italiens annehmen. Italien wußte diese Gelegenheit zu benützen und versuchte Oesterreich in sein Gestaltungssystem im Donauraum einzugliedern. Da das Verhältnis zwischen Ungarn und Italien seit dem Freundschaftsabkommen von 1927 das denkbar beste war[47]) und auch die österreichisch-ungarischen Beziehungen auf dem Freundschafts-, Vergleichs und Schiedsvertrag vom 26. 1. 1931[48]) beruhten, stand einer Dreiecksvereinbarung zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn nichts mehr im Wege. Nach

---

wegende Idee nicht vor den Grenzpfählen eines Landes haltmachen wird, das nicht nur seinem Volk nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Ostmark viele Jahrhunderte hindurch ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war, ...

... Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einsatz äußerster staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen und für sie einstehen ...

Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von seiten des Reiches aus irgend ein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen".

[45]) s. S. 32.

[46]) s. S. 36.

[47]) s. S. 29.

[48]) Text: NRG 3. s., XXV, 495.

langen Verhandlungen seit 1933 und häufigen Staatsbesuchen [49]) der leitenden Staatsmänner konnten am 17. 3. 1934 drei Protokolle in Rom von Mussolini, Dollfuß und Gömbös unterzeichnet werden [50]). Das erste Protokoll dieser Vereinbarung ist ein politischer Vertrag, während die beiden anderen Protokolle Wirtschaftsabmachungen enthalten. Hier interessiert vornehmlich das politische Protokoll. Naturgemäß nimmt Italien als Großmacht den beiden kleinen Vertragspartnern gegenüber eine führende Stellung in dem Vertragswerk ein. Dieses italienische Uebergewicht kommt schon rein äußerlich darin zum Ausdruck, daß Italien entgegen der sonst bei Kollektivverträgen üblichen alphabetischen Reihenfolge in der Präambel zuerst aufgeführt wird und auch der italienische Regierungschef als erster unterzeichnet hat.

Grundgedanke und Ziel des Abkommens ist „die Aufrechterhaltung des Friedens und der wirtschaftliche Wiederaufbau in Europa auf der Grundlage der Achtung, der Unabhängigkeit und der Rechte eines jeden Staates". Der Ausdruck „Aufrechterhaltung des Friedens" darf hier keinesfalls als Bekenntnis zum Status quo der Friedensverträge verstanden werden, so wenig mit der Forderung der Achtung der Rechte eines jeden Staates die formaljuristischen „Rechte" der Friedensverträge gemeint sind, sondern im Gegenteil das moralische Recht der Vertragsschließenden auf Revision der ungerechten Friedensbestimmungen. Dieser italienisch-österreichisch-ungarische Revisionismus wird aber eingeschränkt durch die andere Forderung zur Aufrechterhaltung des Friedens, durch das Bekenntnis zur Unabhängigkeit der drei Staaten. Wenn die Aufnahme der Revisionsforderung in das Protokoll vor allem den ungarischen Wünschen entgegenkam, so hat die Forderung der Achtung der Unabhängigkeit eines jeden Staates insbesondere Oesterreichs damalige Lage geboten.

Das Abkommen sollte ferner dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und insbesondere dem der drei Staaten dienen. Diesem Ziele dienen die Protokolle Nr. 2 und 3, die auf dem italienischen Memorandum vom

---

[49]) Im November 1932: Gömös in Rom; Dollfuß in Budapest.
Im März 1933: Kanya in Wien; im Mai 1933: Kanya in Rom; im Juni 1933: Dollfuß in Rom; im Juli 1933: Gömbös und Kanya in Rom; Gömbös in Wien; im August 1933: Dollfuß in Riccione; im Oktober 1933: Gömbös in Wien; im November 1933: Wirtschaftsverhandlungen zwischen Stockinger und Kallay in Wien und am Semering, an denen auch Dollfuß teilnahm.
Im Januar 1934: Suvich in Wien; im Februar 1934: Suvich in Budapest; Dollfuß in Budapest.

[50]) Text: NRG 3. s., XXX, 4.
Daß die Protokolle nur von den Regierungschefs geschlossen sind, mindert die politische Bedeutung der Vereinbarung nicht.
s. L.V. 854, 885, 886.

29. 9. 1933[51]) aufbauen und den italienischen Versuch einer wirtschaftlichen Neuordnung im Donauraum darstellen[52]).

Zur Erreichung dieser Ziele verpflichteten sich die drei Staaten, eine gemeinsame Außenpolitik zu führen. Zu diesem Zwecke sind sie übereingekommen, „über alle Probleme, die sie besonders interessieren, und auch über Fragen allgemeiner Ordnung sich zu besprechen". Danach besteht eine uneingeschränkte Konsulationspflicht über politische Fragen. Auszuschließen sind lediglich Wirtschaftsfragen, soweit diese nicht wieder infolge der gegenseitigen Bedingtheit von Wirtschaft und Politik als politische Fragen zu besprechen sind. Die gemeinsamen Beratungen finden statt, wenn wenigstens einer der Vertragschließenden Staaten eine Konsultation für notwendig hält. Italien hat sich dadurch die Möglichkeit geschaffen, sich über die österreichische und ungarische Politik jederzeit zu orientieren, und bei den Konsultationen seinen Einfluß geltend zu machen, während dies Oesterreich und Ungarn trotz der formellen Gleichberechtigung infolge ihrer politischen Minderrangigkeit gegenüber der italienischen Großmacht schwerlich gelingen dürfte.

Mit den Römischen Protokollen hat Italien seinen Einfluß im Donauraum erheblich verstärkt und erweitert. Italien ist es damit gelungen, die beiden revisionistischen Donaustaaten unter seiner Führung zusammenzuschließen. Wenn Italien sich bisher auf eine negative Donaupolitik beschränken mußte; so bildet das Römische Dreieck den ersten positiven Versuch Italiens, den Donauraum zu organisieren. Dieses Dreieck soll „die tatsächlichen Voraussetzungen für eine breitere Zusammenarbeit mit anderen Staaten schaffen" (Präambel). Damit wird nichts anderes erstrebt, als daß das römische Dreieck genau so wie die Kleine Entente den Kern bilde zur künftigen Gestaltung des Donauraumes. Wenn Italien noch vor kurzem seinen Einfluß im südlichen Balkan zu Gunsten der Kleinen Entente schwinden sah, so konnte es durch den Abschluß dieses Dreierabkommens diesen Verlust wieder völlig ausgleichen Das Römische Dreieck ist aber nicht nur in Gegensätzlichkeit zur Kleinen Entente geschaffen, sondern es hat zugleich die Aufgabe, die deutschen Bestrebungen im Donauraum aufzuhalten, den Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich zu erschweren. Nicht bloß der ungarische Antirevisionismus, der sich gegen die Kleine

---

[51]) Text: NRG 3. s., XXX, 7.

[52]) In Ausführung des Protokolls Nr. 2 kamen am 14. 5. 34 Wirtschaftsvereinbarungen zwischen Italien und Oesterreich (öst. B.G.Bl. v. 14. 7. 1934, S. 273) und zwischen Oesterreich und Ungarn (NRG 3. s., XXXIV, 613) zustande.

In Ausführung des Protokolls Nr. 3 schloß Italien am 14. 5. 1934 mit Oesterreich bezüglich des Hafens Triest (B.G.Bl. v. 14. 7. 1934, S. 297) und am 24. 11. 1934 mit Ungarn bezgl. des Hafens Fiume ein Handelsabkommen.

Entente richtet, ist der Zweck des Römischen Dreiecks, sondern auch Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs. Gerade diese letztere Zielsetzung aber hatte das Römische Dreieck mit Frankreich und der Kleinen Entente gemeinsam; so ist es auch erklärlich, daß sowohl Frankreich, aber auch die Kleine Entente trotz sonstiger politischer Bedenken [53]) die Schaffung des Dreiecks ohne Widerspruch hinnahmen, ja sogar begrüßten [54]); man wollte sogar eine Formel finden, die das italienische System mit dem Organisierungsplane der Kleinen Entente verbinden sollte. Man versuchte, das Trennende zu vergessen, um sich leichter zu gemeinsamem Kampfe gegen den nationalsozialistischen Vorstoß im Donauraum zusammenfinden zu können.

Diese gemeinsame Gegnerschaft ermöglichte die französisch-italienische Annäherung. Am 7. Januar 1935 wurde zwischen Italien und Frankreich, in Rom ein Abkommen unterzeichnet [55]), das u. a. die Wiederaufrüstung Deutschlands verurteilt, aber auch Bestimmungen über das österreichische Problem enthält [56]). Letztere interessieren hier allein. Frankreich und Italien empfehlen hier den Abschluß eines Nichteinmischungspaktes zwischen Oesterreich und den besonders an Oesterreich interessierten Staaten. Die an Oesterreich unmittelbar angrenzenden Staaten, Italien, Jugoslawien, Ungarn, die Tschechoslowakei und Deutschland, mit Ausnahme der Schweiz, sollten das Abkommen unterzeichnen, während Frankreich, Polen, Rumänien und auch anderen Staaten der Beitritt zu dem Vertrag offen stünde. Bis zum Abschluß dieses allgemeinen Paktes verpflichteten sich Frankreich und Italien für den Fall der Bedrohung der Unabhängigkeit Oesterreichs, sich über die zu ergreifenden Maßnahmen untereinander und mit Oesterreich zu beraten.

---

[53]) Gefährdung der österreichischen Unabhängigkeit gem. Art. 88 des Vertrages von St. Germain und der ungarischen Selbständigkeit nach Art. 73 des Vertrages von Trianon.

[54]) Vgl. Benesch in seinem außenpolitischen Exposé vom 2. 7. 1934:
„Les accords de Rome sont en effet essentiellement un essai d'assurer une certaine aide économique à l'Autriche pour écarter le danger imminent de l'Anschluß. Il est vrai que ces accords ont eu aussi pour but d'assurer à l'Italie pour l'avenir une influence politique et des avantages économiques en Europe Centrale. Mais du fait que l'essai ainsi tenté a été une réponse à l'essor meneçant de l'idéologie nationalsocialiste en Europe centrale, ... et une défence de l'indépendance menacée de l'Autriche ..."

[55]) Die amtliche Verlautbarung der französischen Regierung vom 9. 1. 1935 unterrichtet über den Inhalt der zwischen Frankreich und Italien am 7. 1. 1935 abgeschlossenen Verträge, die nur insoweit veröffentlicht sind, als sie die afrikanische Kolonialfrage betreffen. s. L.V. I., I, 187/8.

[56]) s. V. Gayda, Des Accords de Rome à l'ordre européen, in Esprit International. 1935, p. 175; L. Marcovitch, La Politique extérieure de la Yougoslavie, 1935, p. 306—318.

In einer Erklärung vom 3. 2. 1935[57]) anerkannte auch England die Grundsätze des französisch-italienischen Abkommens vom 7. 1. 1935, soweit sie die Konsultationspflicht über die österreichische Frage betreffen.

Als am 16. 3. 1935 Deutschland die Allgemeine Wehrpflicht wiedereinführte, kam es nicht nur zu einer Verurteilung des Deutschen Schrittes durch den Völkerbund am 17. 3. 1935, sondern Frankreich, Italien und England fanden sich einen Monat später in Stresa zur Besprechung der neugeschaffenen Lage in Europa ein. Auf dieser Konferenz (vom 11. bis 14. 4. 1935) wurde auch das österreichische Problem diskutiert. Das Ergebnis der Konferenz fand seinen Niederschlag in der Dreimächteerklärung vom 14. 4. 1935[58]). Darin erklärten sich Frankreich, Italien und England für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs, wie schon in den Erklärungen vom 17. 2. 1934 und 27. 9. 1934 zum Ausdruck gekommen war. Die drei Konferenzmächte kamen ferner überein, sich im Falle der Bedrohung dieser Unabhängigkeit gemeinsam über die zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten, wie es schon im französisch-italienischen Abkommen vom 7. 1. 1935 und der englisch-französischen Erklärung vom 3. 2. 35 vorgesehen war, und machen den Vorschlag, daß möglichst bald der im römischen Pakt vom 7. 1. 1935 vorgesehene Donaupakt abgeschlossen werde[59]). Stresa hat also gegenüber dem französisch-englischen Protokoll vom 7. 1. 35 und der französisch-englischen Erklärung vom 3. 2. 35 im Wesentlichen nichts Neues gebracht, sondern die bisherigen Vereinbarungen nur bestätigt.

Das Römische Protokoll vom 7. 1. 1935 und die Stresaerklärung vom 14. 4. 1935 bildeten nun einen Ansatzpunkt zu einem gemeinsamen französisch-italienischen Vorgehen im Donauraum, zu einer gemeinsamen Organisation des Donauraumes. Diese französisch-italienischen Verbindunbarungen waren allerdings nur Ansatzpunkte und stellten keinesfalls schon einen gemeinsamen Gestaltungsversuch im Donauraum dar[60]).

---

[57]) Text: LDI, I, 188/9.

[58]) Text: LDI, I, 206/7.

[59]) Am 15. 4. 1935 wurde Rom als Konferenzort bestimmt und der Beginn derselben auf 20. 5. 1935 festgesetzt. Aber schon am 16. 4. 1935 wurde dieser Termin — nach einer italienischen Meldung — auf 25. 5. 35 verlegt und am 23. 4. 1935 dieser wieder — nach einer französischen Meldung — auf Juni 1935 verschoben. Aber auch im Juni fand die Donaukonferenz nicht statt. Im Juli sollen Frankreich und Italien der rumänischen, jugoslawischen, tschechoslowakischen, österreichischen und ungarischen sowie der englischen Regierung einen Entwurf eines Donaupaktes vorgelegt haben. Ueber den vermuteten Inhalt dieses Entwurfes vgl. Le Temps vom 28. 7. 1935 und Frankfurter Zeitung vom 29. 7. 1935 (Morgenbl. Nr. 382).

[60]) Die französisch-italienische Annäherung wurde in der Tschechoslowakei freudig begrüßt, in Rumänien mit Gleichmut hingenommen, in Jugoslawien war man dagegen um das französisch-jugoslawische Bündnis besorgt. Immerhin bekannte sich die Kleine Entente in einem auf der Laibacher Tagung des Stän-

## 2. Kapitel.

## Achse Berlin—Rom.

Im Oktober 1935 begann der italienisch-abessinische Krieg. Dieses italienische Unternehmen hatte vor allem drei Folgen, die nur für die Gestaltung des Donauraumes bedeutsam wurden. Einmal wurde dadurch die Stresafront erschüttert; Italien wurde sodann im Donauraum in die Verteidigung zurückgedrängt und letztlich entwickelte sich langsam die deutsch-italienische Freundschaft.

Der abessinische Krieg löste die Sanktionen des Völkerbundes nach Artikel 16 der Satzung aus, die vor allem England betrieb, dem sich Frankreich und die Staaten der Kleinen Entente anschließen mußten. Damit aber hatte die Stresafront eine Belastungsprobe zu bestehen, die sie nicht aushielt. An eine gemeinsame französisch-italienische Gestaltung des Donauraumes im Sinne der Stresaerklärung war seit Einleitung der Sanktionen nicht mehr zu denken. Die in Stresa auf den Sommer in Aussicht gestellte Donaukonferenz wurde auf unbestimmte Zeit vertagt [1]). Die so mühselig erreichte französisch-italienische Annäherung fand damit ihr Ende.

Während des Feldzuges in Abessinien mußte Italien naturgemäß sein Hauptaugenmerk auf die erfolgreiche militärische und diplomatische Durchführung dieses Unternehmens richten. Italien war infolgedessen nicht mehr in der Lage im Donauraum dieselbe politische Aktivität zu entfalten wie bisher. So begannen auch schon die politischen Bindungen zu den italiengerichteten Donaustaaten sich zu lockern. Oesterreich vertraute nicht mehr ausschließlich auf seine eindeutig italienisch ausgerichtete Außenpolitik, sondern glaubte künftighin wie früher auch die Tschechoslowakei ohne Schaden für den Staat nicht übergehen zu dürfen [2]). Dieser österreichischen Emanzipation aus dem italienischen System begegnete Italien mit dem Ausbau des römischen Dreiecks zur römischen Gruppe. Durch die am 24. 3. 1936 erfolgte Unterzeichnung der sogen. Römischen Ergänzungs-

---

digen Rates am 11. 1. 1935 ausgegebenen Communiqué (LDI, I, 188) zu dem Römischen Abkommen und versprach Mitarbeit. Ungarn fürchtete für den revisionistischen Kurs Italiens. Diese ungarischen Besorgnisse konnten auch nicht durch eine Erklärung (Trinkspruch) Mussolini's vom 5. 1. 1935 (s. Scritti e Discorsi, vol. 9, p. 158) zerstreut werden, in der er sich zu der Auffassung bekannte, daß die Lebensinteressen und Lebensnotwendigkeiten der Donaustaaten mit den Erfordernissen einer allgemeinen europäischen Ordnung in Einklang zu bringen seien.

[1]) s. Anm. 59 zu Teil II, Kap. 1.

[2]) Vgl. A. Frey, Le Compromis austro-allemand, in Nouv. Revue de Hongrie 1936, p. 401.

protokollen [3]) wurde die römische Gruppe (gruppo) konstituiert. Die Gruppe erhielt ein ständiges Konsultationsorgan, bestehend aus den drei Außenministern; sie tritt periodisch zusammen, wenn es sämtliche drei Regierungen für zweckmäßig erachten (Prt. Nr. 1 u. 3). Die bisherige ausgedehnte Konsultationspflicht wird erneut stipuliert und dadurch bekräftigt. Neu ist die Verpflichtung, nur zweiseitige Wirtschaftsabkommen zu schließen (Prot. Nr. 2), die offensichtlich gegen die wirtschaftlichen Organisierungspläne der Kleinen Entente gerichtet ist und den Beitritt Oesterreichs verhindern soll. Durch die Schaffung der römischen Gruppe hat Italien seine Beziehungen zu Ungarn, aber insbesondere zu Oesterreich gefestigt und nun auch schon äußerlich seine Gegnerschaft zur Kleinen Entente, die sich bekanntlich ebenfalls als Gruppe konstituiert hat [4]), zum Ausdruck gebracht.

Auch in Albanien drohte, der italienische Einfluß zu schwinden. Erlaubte sich doch Albanien, sich der Erneuerung des 1936 abgelaufenen ersten Tiranapaktes von 1926 zu widersetzen. Die italienisch-albanische Spannung kennzeichnet genügend die Flottendemonstration vor Durazzo Ende Juni 1934 [5]). Doch bald gelang es Italien mit Hilfe von Druckmitteln wie Sperrung der Anleihen, seinen bedrohten Einfluß wieder zu sichern. So wurden Anfang März 1936 mehrere Verträge zwischen Italien und Albanien geschlossen, die den wirtschaftlichen und militärischen Einfluß Italiens sogar erweitert haben sollen [6]).

Damit ist es Italien nochmals gelungen, seine bedrohte Stellung im Donauraum zu bewahren, wenn auch nicht zu erweitern.

Die dritte und für die Zukunft bedeutendste Folge des Abessinischen Krieges war die deutsch-italienische Annäherung. Infolge des ausbleibenden Warenverkehrs mit den „Sanktionsmächten" sah sich Italien gezwungen, die Handelsbeziehungen zu Deutschland, das an den Sanktionen gegen Italien nicht teilnahm, erheblich auszubauen. Diese Tatsache mußte sich bald auch auf die politischen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland zunächst im Sinne einer Lockerung der bisherigen Spannung auswirken, sodann zu einer freundschaftlichen Annäherung und beiderseits bekundeten Freundschaft führen. Am 1. November 1936 sprach Musso-

---

[3]) Text: NRG 3. s., XXXII, 654.

[4]) s. S. 40.

[5]) s. Zft. f. ausl. öff. R. u. VR. 1934, S. 878/9.
Ueber die italienisch-albanische Spannung im allgemeinen vgl. M. Yanochevitch, Les Yougoslaves dans les Balkans, p. 151 ff.

[6]) Inhaltsangabe in Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1936, S. 474/5. s. auch Le Temps vom 25. 5. 36; Frankfurter Zeitung vom 26. 3. 36 (Reichsausgabe) und Berliner Tageblatt vom 25. 3. 1936.

lini zum ersten Mal von der „Achse Berlin—Rom“ [7]). Daß diese Achse in erster Linie gesamteuropäisch gesehen werden muß, braucht nicht besonders betont zu werden. Ihre Bedeutung für den Donauraum darf aber dabei nicht übersehen werden. War doch gerade die Ueberschneidung der deutschen und italienischen Ansprüche im Donauraum (Oesterreich) die Ursache der bisherigen Spannung. Es war anzunehmen, daß mit der Lockerung dieser Spannung auch ein Ausgleich in der österreichischen Frage stattfinden werde. Entweder mußte das nationalsozialistische Reich dessen unverrückbarer außenpolitischer Grundsatz es war, Oesterreich in das Deutsche Reich einzugliedern [8]), von der Verwirklichung seines Anspruches zurücktreten oder aber mußte das faschistische Italien, dessen Duce sich immer wieder gegen den deutsch-österreichischen Anschluß ausgesprochen hat, seine Außenpolitik ändern, um diesen Ausgleich zu vollziehen.

Am 11. Juli 1936 kam nun ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich zustande [10]), das die bisherigen Spannungen lockern und schließlich beseitigen sollte [11]). In diesem Abkommen anerkannte die Deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des österreichischen Bundesstaates und damit Oesterreichs Recht auf Unabhängigkeit. Daß die Reichsregierung ihr Desinteressement an der österreichischen Innenpolitik einschließlich der österreichischen Nationalsozialistischen Partei erklärte, ist eine Folge dieser Anerkennung. Oesterreich dagegen erklärte seinerseits, daß es in seiner Außenpolitik der Tatsache, daß Oesterreich ein deutscher Staat ist, Rechnung tragen werde. Die Römischen Protokolle sollen hievon jedoch nicht berührt werden. Damit hat Deutschland nicht nur die Unabhängigkeit Oesterreichs formell anerkannt und auf die Vollziehung des Anschlusses — wenigstens vorläufig — verzichtet; sondern zugleich in der letzten Bestimmung des Abkommens den italienischen Gestaltungsplan im Donauraum gut geheißen. Die deutsch-italienische Freundschaft hat dadurch an Festigkeit gewonnen.

Außer diesen drei Folgen des Abessinischen Krieges, Auflösung der Stresafront, Zurückdrängung Italiens in die Verteidigungsstellung im Donauraum und die Bildung der Achse Berlin—Rom, ist für diese Zeit noch eine weitere Tatsache für die Organisation des Donauraumes von größter

---

[7]) Scritti e Discorsi, vol. 10, p. 206/7.
„... questa verticale Berlino-Roma, non è un diaframma, è piutosto un asse attorno al quale possono collaborare tutti gli Stati europei animati da volontà di collaborazione e di pace“.

[8]) s. S. 38/39.

[10]) Text: NRG 3. s., XXXII, 643. s. L.V. 389, 429, 452.

[11]) In Ausführung dieses Abkommens wurde die Tausend-Mark-Sperre aufgehoben. Vgl. die Abkommen über Reiseverkehr, Paßerleichterungen und Zahlungen im Warenverkehr vom August 1936. NRG 3. s., XXXII, 644/9.

Bedeutung, der Kurswechsel in der Außenpolitik Jugoslawiens [13]). Im Mai 1935 wurde Milan Stojadinowitsch [14]) zum jugoslawischen Ministerpräsidenten und Außenminister ernannt. Stojadinowitsch will nun eine „jugoslawische" Außenpolitik machen: er verläßt den einseitig französisch ausgerichteten Kurs der jugoslawischen Außenpolitik und ist bereit, auch mit Deutschland und Italien ein freundschaftliches Verhältnis zu begründen. Ohne die alten Verbündeten, Frankreich und die Kleine Entente, aufgeben zu wollen, wünscht er auch ein gutes Einvernehmen mit den übrigen Mächten. So war Stojadinowitsch nicht nur einer Annäherung an die deutsch-italienische Achse nicht abgeneigt, er war auch der Mann, die schon einige Jahre währenden bulgarisch-jugoslawischen Verhandlungen [15]) zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Am 24. 1. 1937 konnte in Belgrad ein bulgarisch-jugoslawischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet werden [16]). Dieser Vertrag besteht — abgesehen von Artikel 2, der die Ratifikationsklausel enthält, — nur aus einem einzigen Artikel, in dem beide Staaten erklären, daß „ein unverletzlicher Friede und eine aufrichtige und ewige Freundschaft" zwischen den beiden Königreichen bestehen werde. Der buchstäbliche, juristische Vertragsinhalt ist gering. Man kann in dem Bekenntnis zur Unverletzlichkeit des Friedens einen Verzicht Bulgariens auf die gewaltsame Geltendmachung seiner Revisionsansprüche sehen, einen Verzicht auf diese selbst hat Bulgarien jedenfalls nicht ausgesprochen. Wenn der Ausdruck „Unverletzlichkeit des Friedens" die negative Vertragsbindung enthält, so soll die gegenseitige Versicherung „aufrichtiger und ewiger Freundschaft" die positive Verpflichtung enthalten. Daraus einzelne juristische Verbindlichkeiten abzuleiten, ist nicht möglich. Dies war auch nicht der Zweck dieses Abkommens; vielmehr sollte dieser Freundschaftsvertrag nur die zwei Jahrzehnte dauernde

[13]) s. L. Marcovitch, L'orientation nouvelle de la Yougoslavie, in Esprit Internat. 1937, p. 291—315; H. N. Howard, Les nouvelles perspectives dans les Balkans, in Esprit International 1937, p. 486—505; J. März, Jugoslawien beschreitet neue Wege, in Geopolitik, 1937, April.

[14]) Ueber die Person Stojadinowitsch's s. L.V. 1085.

[15]) Wegbereitend für die bulgarisch-jugoslawische Aussöhnung waren:
Die Zusammenkünfte hoher kirchlicher orthodoxer Würdenträger beider Staaten: am 3. 5. 1933: Konferenz im Kloster Rilo; am 14. 9. 1936: sog. Ochrida-Konferenz. Ausschlaggebend aber waren die zahlreichen gegenseitigen Besuche der beiden Staatsoberhäupter:
am 19. 9. 1933: Boris in Belgrad;
am 2. 10. 1933: Alexander I. und Boris in Euxinograd;
am 29. 10. 1933: Boris und Carol in Rustschuk;
am 10. 12. 1933: Boris in Belgrad;
am 25. 1. 1934: Boris und Carol in Bukarest und Sinaja;
am 5. 3. 1934: Boris und Alexander in Oplenats;
am 27. 9. 1934: Boris und Alexander I. in Sofia.

[16]) Text: NRG 3. s., XXXIII, 647. Ratif. am 25. 1. 1937 in Belgrad.

Spannung zwischen beiden Staaten lockern, und die Grundlage zu weiteren konkreten Vereinbarungen bilden. Ein Freundschaftsvertrag soll ja nicht einen Abschluß darstellen, sondern die Voraussetzung für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der staatlichen Beziehungen.

Welche Bedeutung kommt nun diesem bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspakt für die Organisation des Donauraumes zu? Es wird oft behauptet, daß der Pakt das System der Kleinen Entente und noch mehr den Balkanbund geschwächt, letzteren sogar nahezu ganz unterhöhlt habe [17]). Daran ist jedenfalls soviel richtig, daß der Vertrag den Verpflichtungen Jugoslawiens, der Kleinen Entente wie dem Balkanbunde gegenüber widerspricht; denn im Falle eines Angriffs Bulgariens gegen ein Mitglied dieser Verbände ist Jugoslawien verpflichtet, einerseits dem Angegriffenen gegen Bulgarien beizustehen [18]), andererseits aber Bulgarien die Freundschaft zu halten, die Bulgarien ja gegenüber Jugoslawien nicht verletzt hätte. Ferner ist durch den bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag die Revisionsgefährdung Jugoslawiens seitens Bulgarien sehr gemindert, sodaß Jugoslawien an dem Bündnis der Kleinen Entente und des Balkanbundes nicht mehr im gleichen Maße interessiert ist wie die übrigen Mitgliedstaaten [19]). Auch darin liegt zweifellos eine Schwächung des Organisationsversuches der Kleinen Entente und der Balkanentente. In diesem bulgarisch-jugoslawischen Vertragswerk allein schon eine Unterhöhlung dieses Systems zu erblicken, dürfte jedoch zu weit gehen. Denn nach wie vor bestehen die Revisionsansprüche Bulgariens, denen entgegen zu treten, Zweck der Kleinen Entente wie des Balkanbundes ist. Solange Bulgarien auf diese Revisionsforderungen, wenigstens gegenüber Jugoslawien, nicht verzichtet oder aber Jugoslawien sie nicht befriedigt, wird auch die antirevisionistische Front mit Jugoslawien Bestand haben.

Der mittelbare Nutznießer dieses bulgarisch-jugoslawischen Ausgleiches war Italien. Jede Schwächung der Kleinen Entente und des Balkanbundes bedeutet eine Stärkung der italienischen Donauraumorganisation. Es kann daher nicht verwundern, daß schon 2 Monate später, am 25. 3. 1937, durch die Unterzeichnung eines politischen Abkommens [20]) in Belgrad auch

[17]) s. V. Janic, Der jugoslawisch-bulgarische Freundschaftspakt, in Europ. Revue 1937, S. 277; J. Gounaud, Le pacte d'amitié bulgaro-yougoslave, in Europe centrale vom 9. 1. 1937.

[17]) s. L. Marcovitch, a.a.O., p. 296 ff; H. N. Howard, a.a.O., p. 499.

[18]) Nach Art. 1 des Abkommens vom 7. 6. 1921 und nach Art. 1 des Balkanpaktes vom 9. 2. 1934.

[19]) Der Nichtangriffspakt zwischen Bulgarien und der Balkanentente vom 31. 7. 1938 (Text: Monatsh. f. ausw. Pol. Sept. 1938) hat die Gefahr einer bulgarischen Revision mit gewaltsamen Mitteln auch zugunsten der übrigen Mitgliedstaaten der Balkanentente gemindert. Jedoch ist damit noch keine völlige Interessengleichheit gegenüber Bulgarien erreicht worden.

[20]) Text: NRG 3. s., XXXIV, 330. Ratif. am 27. 3. 1937 in Belgrad.

der italienisch-jugoslawische Ausgleich zustande kam. Zwar hat die italienisch-jugoslawische Spannung schon seit längerer Zeit etwas nachgelassen [21]); ohne die Bereitschaft Stojadinowitschs zu einer Uebereinkunft mit Italien und ohne das Ruhebedürfnis Italiens wäre der Ausgleich noch nicht vollzogen worden. Die Neuorientierung der jugoslawischen Außenpolitik sowie das Entgegenkommen Italiens bestimmten auch den Inhalt des Paktes.

1. Die Vertragschließenden verpflichten sich in Artikel 1, Satz 1 des Vertrages ihre gemeinsamen Land- und Seegrenzen zu achten. Italien anerkennt sonach nicht die Unverletzlichkeit sämtlicher Grenzen Jugoslawiens; die Bestimmung bedeutet daher eine Einschränkung gegenüber Artikel 10 der Völkerbundssatzung, wonach die Bundesmitglieder alle ihre Grenzen respektieren. In Ergänzung dieser Verpflichtung sind die Parteien in Artikel 4 weiter übereingekommen, im eigenen Lande keine Organisation zu dulden, die gegen die Unverletzlichkeit des Gebietes wie gegen die innere gegenwärtige politische Ordnung gerichtet ist, oder die den Freundschaftlichen Beziehungen der Parteien schaden könnte. Damit hat insbesondere Italien sich verpflichtet, kroatische Organisationen auf italienischem Boden nicht mehr zu dulden.

2. Im Falle eines nichtprovozierten Angriffs der einen Partei enthält sich die andere jeder Unterstützung des Angreifers (Art. 1, Satz 2).

3. Die Parteien verzichten auf den Krieg als Mittel der internationalen Politik (Artikel 3).

4. Es wurde ferner gegenseitige Konsultationspflicht zwischen Italien und Jugoslawien vereinbart für den Fall internationaler Verwicklungen, die nach Ansicht der Vertragschließenden ihre gemeinsamen Interessen berühren. Selbst wenn man diese Bestimmung eng auslegt, so kann diese Konsultationspflicht doch zu Unzuträglichkeiten führen im Hinblick auf die gleiche Verpflichtung Jugoslawiens gegenüber der Kleinen Entente [22]), Frankreich [23]) und dem Balkanbund [24]), deren Politik Italien gerade in

[21]) So sagte Mussolini in seiner Rede vom 18. 3. 1934:
„Con la Jugoslavia le relazioni sono normali cioè diplomaticamente corrette". Scritti e Disc. vol. 9, p. 36.
In seiner Mailänder Rede vom 1. 11. 1936 konnte er über die italienisch-jugoslawischen Beziehungen schon sagen:
„In questi ultimi tempi l'atmosfera tra i due Paesi è grandemente migliorata".
„... oggi ormai esistono le condizioni necessarie e sufficienti di ordine morale, politico ed economico per mettere su nuove basi di una congreta amicizia i rapporti fra questi due Paesi". Disc. e Scritti, vol. 10, p. 206.

[22]) bes. nach dem Organisationsstatut der Kleinen Entente vom 16. 2. 1933.

[23]) Nach Art. 3 des französisch-jugoslawischen Vertrages vom 11. 11. 1927.

[24]) Nach Art. 2 des Balkanpaktes vom 9. 2. 1934.

entscheidenden Punkten nicht billigt. Diese jugoslawische Doppelverpflichtung kann auch Artikel 6 des Vertrages nicht vereinfachen, der bestimmt, daß die veröffentlichten internationalen Verpflichtungen der beiden Länder mit diesem Vertrag nicht in Widerspruch stünden.

5. Das albanische Problem und die Minderheitenfrage ist in dem italienisch-jugoslawischen Abkommen übergangen [25]).

Mit der Unterzeichnung dieses Paktes hat Italien seine zehn Jahre währende Donaupolitik aufgegeben, die die Kleine Entente durch die Einkreisung Jugoslawiens erledigen wollte. Trotzdem bedeutet das italienisch-jugoslawische Abkommen keineswegs eine grundsätzliche Aenderung der italienischen Stellungnahme gegenüber der Kleinen Entente. Das Ziel der italienischen Donaupolitik ist dasselbe geblieben, nur die Methode ist geändert. Bisher suchte Italien durch die Isolierung Jugoslawiens die Kleine Entente zu schädigen, jetzt will es diese schwächen, indem es Jugoslawien aus dem Dreiverbande loszulösen versucht. Dies ist Italien dank dem jugoslawischen Kurswechsel teilweise gelungen; Jugoslawien war bereit, einen Vertrag zu unterzeichnen, der keineswegs mehr dem üblichen „antirevisionistischen" Vertragstypus entspricht. Mag Italien auch einige Zugeständnisse Jugoslawien gemacht haben, jedenfalls hat Italien seine Donaustellung im wesentlichen behauptet.

Deutschland schien seit dem Juliabkommen mit Oesterreich im Donauraum politisch wenig aktiv zu sein. Doch irrte sich jeder, der glaubte, das Abkommen vom 11. 7. 1936 sei der endgültige, bedingungslose Verzicht auf den Anschluß. Da das Abkommen nicht die Erwartungen erfüllte, die man darauf gesetzt hatte, nahm die Spannung zwischen Oesterreich und Deutschland wieder zu, bis es zu den dramatischen Märztagen des Jahres 1938 kam, die am 13. 3. 1938 ihren überraschenden Abschluß fanden mit der Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Reiche im Einverständnis mit Italien und unter Bewährung der Achse Berlin—Rom [26]) [27]).

---

[25]) 3 Geheimabkommen haben auch diese Fragen geregelt.

Vgl.. L. Marcovitch, a.a.O., p. 296; H. N. Howard, a.a.O., p. 499; E. Heymann, Balkan, S. 308 ff.

[26]) Ueber den Grund der Aenderung der italienischen Außenpolitik in der Anschlußfrage vgl. die Kammerrede Mussolinis vom 16. 3. 1938, in „Völkerbund", März 1938.

[27]) Die Gesetze zur Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche sind abgedruckt in Zft. f. ausl. öff. R. u. VR. 1938, S. 360 ff.

s. L.V. 398, 801.

Die politischen Auswirkungen dieses Ereignisses im einzelnen abzuschätzen, ist heute noch nicht möglich[28]; jedenfalls bedeutet die Vollziehung des Anschlusses den ersten erfolgreichen Versuch Deutschlands, den Donauraum zu organisieren.

Nun stehen einander drei Organisationsversuche im Donauraum gegenüber: der Versuch der Kleinen Entente und Frankreichs, der italienische und der deutsche Versuch. Welcher Versuch wird zur Vollendung kommen?

[28]) Die Zukunft wird zeigen — und hat es schon gezeigt, was die Lösung der Sudetendeutschenfrage anlangt, — welche Bedeutung dem Anschluß zukommt; es ist noch verfrüht, wenn auch vielleicht interessant, die mutmaßlichen Folgen des Anschlusses darzulegen.

## Inhalt (zum Literaturverzeichnis):


Seite

A. Quellen:

I. Vertragssammlungen . . . . . 63—64
II. Offizielle Veröffentlichungen . . . . . 64—65

B. Schrifttum:

I. Handbücher und Handwörterbücher . . . . . 65—66
II. Völkerrecht und Diplomatie . . . . . 66—67
III. Geschichte . . . . . 68—69
IV. Friedenskonferenz und Friedensverträge . . . . 69—70
V. Donauraum (einschl. Balkan) . . . . . 70—76
VI. Die Donau . . . . . 76
VII. Grenzprobleme im Donauraum: . . . . . 76—82
1. Die österreichisch-italienische Grenze (Südtirol, Kanaltal) . . . . . 76—78
2. Die österreichisch-jugoslawische Grenze (Kärnten, Steiermark) . . . . . 78—79
3. Die österreichisch-ungarische Grenze (Burgenland) 79
4. Die jugoslawisch-italienische Grenze (Adriafrage) 79—80
5. Die tschechische Grenze (Teschen, Orava, Zips und Hultschin) . . . . . 80—81
6. Die rumänisch-russische Grenze (Beßarabien) . . 81—82
VIII. Anschlußfrage . . . . . 82—87
IX. Habsburgerfrage . . . . . 87—88
X. Die Kleine Entente . . . . . 88—90
XI. Der Balkanbund: . . . . . 91—92
XII. Die Donaustaaten: . . . . . 92—102
1. Oesterreich . . . . . 92—94
2. Ungarn . . . . . 94—96
3. Tschechoslowakei . . . . . 96—98

Seite

4. Rumänien . . . . . 98—99
5. Jugoslawien . . . . . 99—101
6. Bulgarien . . . . . 101—102

XIII. Die übrigen am Donauraum interessierten Staaten: 102—111

1. Albanien . . . . . 102—103
2. Griechenland . . . . . 103—104
3. Türkei . . . . . 104
4. Polen . . . . . 104—105
5. Deutschland . . . . . 105—107
6. Frankreich . . . . . 107
7. Italien . . . . . 107—109
8. England . . . . . 109—110
9. Rußland . . . . . 110—111

XIV. Für den Donauraum politisch wichtige Persönlichkeiten der Nachkriegszeit . . . . . 111—122

XV. Zeitschriften . . . . . 122—123

## A. Quellen:

### I. Vertragssammlungen.


1. Adriaticus: La Question Adriatique. Recueil de documents officiels. Paris 1920.
2. La Documentation Internationale politique, juridique et économique. 1 ère Année, 1934 et suiv.
3. Documents on Internanional Affairs, 1928—1936. Ed. by J. W. Wheeler-Bennet and St. Heald. London.
4. Dokumente der deutschen Politik, hrsg. von Paul Meier-Benneckenstein. Berlin.
   1 Band: Die nationalsozialistische Revolution 1933. Bearb. von A. Friedrichs. 1935.
   2. Band: Der Aufbau des deutschen Führerstaates. Das Jahr 1934. Bearb. von A. Friedrichs. 1936.
   3. Band: Deutschlands Weg zur Freiheit, 1935. Bearb. von A. Friedrichs. 1937.
   4. Band: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht. Bearb. von A. Friedrichs. 1937.
   5. Band: Von der Großmacht zur Weltmacht 1937. Bearb. von Hans Volz. 1938.
5. Dokumente zur Weltpolitik der Nachkriegszeit. — In Gemeinschaft mit W. Bertram hrsg. von Otto Hoetzsch. Leipzig und Berlin.
   Heft 6: Der europäische Osten. 1933.
   Heft 7: Südosteuropa und naher Orient. 1933.
* 6. Documents pour servir à l'histoire du droit des gens. par Karl Strupp. Tomes I—V. Bln. 1923.
7. Giannini, A.: Trattati ed Accordi per l'Europa Danubiana. Roma 1923.
8. Giannini, A.: Trattati ed Accordi per l'Europa Danubiana e Balcanica. Roma 1936.
9. — —: Trattati ed Accordi per la Pace Adriatica. Roma 1924.
10. — —: Documenti per la storia dei rapporti fra l'Italia e la Jugoslavia. Roma 1934.
11. Ivanoff, J.: Les Bulgares devant le congrès de la paix. Documents historiques, enthnographiques et diplomatiques. Berne 1919.

12. Kraus, H.: Das Recht der Minderheiten. Materialien. Bln. 1927.
13. Nouveau Recueil Général de Traités et autres actes relatifs aux rapports de droit international. Continuation du grand Recueil de G. Fr. Martens par Heinrich Triepel. 3 ième Série. Leipzig.
14. Politische Verträge. Eine Sammlung von Urkunden. Hrsg. von Viktor Bruns. Band 1: Garantiepakte, Bündnisse. Abkommen über politische Zusammenarbeit. Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge der Nachkriegszeit. Bearb. von G. v. Gretschaninow. Bln. 1936.
15. Recueil de Textes de Droit International Public par Louis Le Fur et Georges Chklaver. Paris 1934.
16. Trampler, K.: Deutschösterreich 1918/19. Ein Kampf um Selbstbestimmung. — Eine Dokumentensammlung. Bln. 1935.
17. The Treaty of St. Germain. A Documentary History of its Territorial and Political Clauses. — Selected and edited by Nina Almond and Ralph Haswell Lutz. Stanford and London 1935.
* 18. Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Bd. 1—4. Hrsg. v. Niemeyer und Strupp. (Jhb. d. Völkerr. Bd. III—VIII).
19. Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1934/35. Teil 1: Internationale Politik, bearb. von Michael Freund. Essen 1936.

## II. Offizielle Veröffentlichungen.

20. Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Oesterreich, ab 1. Mai 1934.
21. Deutschösterreichs Antwort auf die Friedensbedingungen. Die Note der Deutschösterreichischen Friedensdelegation an den Präsidenten der Friedenskonferenz vom 6. August 1919, Wien 1919.
22. Documents diplomatiques concernant les tentatives de Restauration des Habsbourg sur le Trône de Hongrie. — Août 1919 — Novembre 1921. — Recueil de Documents diplomatiques du Ministère des Affaires Etrangères de la République Tchécoslovaque. No 1. Prague 1922.
23. Documents diplomatiques relatifs aux Conventions d'Alliance conclues par la République Tchécoslovaque avec le Royaume des Serbes, Croates et Slovènes et le Royaume de Roumanie. — Décembre 1919 — Août 1921. — Recueil de Documents diplomatiques du Ministère des Affaires Etrangères de la République Tchécoslovaque. No 2. Prague 1922.
24. The Hungarian Peace Negociations. — An Account of the Work and Report of the Activity of the Hungarian Peace Delegation at Neuilly sur Seine, from January to March 1920.

Published by the Royal Hungarian Ministry of Foreign Affairs. Vol. I—III B. Budapest 1920/22.

25. Mémoire, présenté à la Conférence de la Paix, à Paris, concernant les Revendications du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes.
26. Observations of the Bulgarian Delegation on the Conditions of Peace with Bulgaria. Paris 1919.
27. Publications de la Cour Permanante de Justice Internationale.
    Série A/B: No 41,
    Série B: No 8, 9,
    Série C: No 4, 5 II.
28. La Roumanie devant la Congrès de la Paix. — Le territoire revendiqué par les Roumains au Nord-Ouest de la Transylvanie proprement dite. Paris.
29. Société des Nations. — Journal Officiel. IIère Année, 1920 ss.
30. Société des Nations. — Recueil des Traités et des Engagements Internationaux enregistrés par le Secrétariat de la Société des Nations. Vol. I, 1920/21, ss. Genève.
31. Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920, übersetzt und mit einer Enleitung herausgegeben von Hermann Raschhofer. — Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Heft 24. Berlin 1937.

## B. Schrifttum:

### I. Handbücher und Handwörterbücher:

32. Banse, E.: Lexikon der Geographie. 2 Bände. 2. Aufl. Leipzig 1933.
33. Bömer, K.: Handbuch der Weltpresse. Eine Darstellung des Zeitungswesens aller Länder. Bln. 1934.
34. Gothaischer Hofkalender. Genealogisches Taschenbuch der Fürstlichen Häuser. 175. Jahrg. 1938
35. Gothaisches Jahrbuch für Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft. 169. Jahrg. 1932.
36. Handwörterbücher des Grenz- und Auslanddeutschtums, hrsg. von Petersen, Scheel, Ruth und Schwalm. 1. Band. Breslau 1933.
37. Nobel, A.: Handbuch des Staatsmanns. Mchn. 1923.
38. Politisches Handwörterbuch. Unter redaktioneller Mitwirkung von Kurt Jagow, herausgegeben von Paul Herre. 2 Bände. Leipzig 1923.

39. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Herausgegeben von Ulrich Thürauf. Neue Folge: Jahrg. 35 (1919) ff.
40. Winkler, W.: Statistisches Handbuch der europäischen Nationalitäten. Wien, Leipzig 1931.
* 41. Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie. Begonnen von Hatschek, fortgesetzt und herausgegeben von Karl Strupp. 3 Bände. Berlin und Leipzig 1924/29.

## II. Völkerrecht und Diplomatie:

42. Anzilotti, D.: Lehrbuch des Völkerrechts. Band 1: Einführung — Allg. Lehren. Durchgesehen und übersetzt n. d. 3. Aufl. von Bruns und Schmid. Bln. und Leipzig 1929.
43. Barandon, P.: Das System der politischen Staatsverträge seit 1918. Handbuch des Völkerrechts IV, 2. Stuttgart 1937.
44. Berger, W.: Die politisch-militärischen Pakte der Nachkriegszeit. Erlangen 1936.
45. Bockhoff, E. H.: Völkerrecht gegen Bolschewismus. Bln., Leipzig 1937.
46. Bruns, V.: Völkerrecht und Politik. Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, I, 10. Berlin 1934.
47. Flachbarth, E.: System des internationalen Minderheitenrechts. Budapest 1937.
48. Göppert, Otto: Der Völkerbund. Organisation und Tätigkeit des Völkerbundes. Handb. des völkerrechts IV, 1 B. Stuttgart 1938.
49. Hold-Ferneck, A.: Lehrbuch des Völkerrechts. 2 Teile Leipzig 1930/32.
50. Höxter, W.: Bevölkerungsaustausch als Institut des Völkerrechts. Leipzig 1932.
51. Huber, H.: Die Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge. Diss. Tübingen. 1936.
52. Korowin, E. A.: Das Völkerrecht der Uebergangszeit. Grundlagen der völkerrechtlichen Beziehungen der Union der Sowjetrepubliken. Ins Deutsche übertragen v. J. Robinson-Kaunas. Bln. 1929.
53. Mandelsloh, A. Graf von: Politische Pakte und völkerrechtliche Ordnung. Berlin 1937.
54. Mirkovitch, VI.: Des rapports entre l'article 10 et l'article 21 du Pacte de la Société des Nations. Thèse Paris. 1932.
55. Nicolson, H.: Some Remarks on the Practice of Diplomacy. In: Lord Curzon, Appendix.

56. Niemeyer, Th.: Völkerrecht. Bln., Lpz. 1923.
57. Orue y Arregui, José Ramon de: Le régionalisme dans l'organisation internationale. In: Recueil des Cours de l'Acad. de Droit internat. Vol. 53 (1935 III), p. 1—95.
* 58. Phillipson, C.: Termination of war and Treaties of Peace. London 1916.
59. Politis N.: Les nouvelles tendances du droit international. Paris 1927.
60. Satow, E.: A Guide to Diplomatic Practice. 2 vols. 2d ed. London 1922.
61. Scelle, G.: Précis de Droit des Gens. Principes et Systématique. Vol. 1. Paris 1932.
62. Schecher, L.: Deutsches Außenstaatsrecht. Berlin 1933.
63. Schmid, K.: Die Rechtsprechung des Ständigen internationalen Gerichtshofs in Rechtssätzen dargestellt. Tübinger Abhandlungen zum öffentl. Recht, Heft 29/30. Stuttgart 1932.
64. — —: Einige Gedanken zum Problem einer allgemeinen internationalen Gerichtsbarkeit. ,In: The New Commonwealth Quaterly. 1938, p. 342—355.
65. Schmitt, C.: Nationalsozialismus und Völkerrecht. Schr. d. deutschen Hochsch. f. Pol. Heft I, 9. Berlin 1934.
6. Schönborn, W.: Staatensukzessionen. Handb. des Völkerrechts, II, 5. Stgt. 1913.
67. Schücking, W. und Wehberg, H.: Die Satzung des Völkerbundes. — Kommentar. 2. Aufl. Bln. 1924. 3. Aufl. Bln. 1931, 1. Band.
68. Séfériadès St.: L'échange des populations. In: Acad. de droit internat., Recueil des Cours, 1928 IV (Vol. 24), p. 307—439.
*69. Strupp, K.: Eléments du Droit international public, universel, européen et américain. 3 vols. Paris 1930.
70. Verdross, A.: Völkerrecht. Bln. 1937.
70. — —: Minderheitenrecht und Volksgruppenrecht. In: The New Commonwealth Quaterly, 1937, p. 126.
72. Walz, G. A.: Revisionsmöglichkeiten im Rahmen der Völkerbundssatzung. In: Deutsche Jur. Ztg. 1931, Spalte 596—601.
73. Wambaugh, S.: Plebiscites since the World War. — With a collection of official documents. Vols. 1, 2. Washington 1933.
74. — —: La pratique des plébiscites internationaux. In: Recueil des Cours de l'Académie de Droit internat. Vol. 18 (1927 III), pp. 149—258.
75. Zechlin, W.: Diplomatie und Diplomaten. Stuttgart 1935.

## III. Geschichte:


76. Antonoff, V.: Bulgarien vom Beginn seines staatlichen Bestandes bis auf unsere Tage (679—1917). Bln. 1917.
77. Aulneau, J.: Histoire de l'Europe Centrale. Paris 1926.
78. Brandis, Cl. Graf zu: Die Habsburger und die Stephanskrone. Zürich—Leipzig—Wien 1937.
79. Burckhardt, Jacob: Weltgeschichtliche Betrachtungen. Mit Nachwort herausgegeben von Rudolf Marx. Leipzig, (ohne Jahreszahl).
80. Domanovszky, A.: Die Geschichte Ungarns. Mchn.—Lpz. 1923.
81. Eckhardt, F.: Histoire de la Hongrie, Paris 1932.
82. Diehl, Ch.: Histoire de l'Empire byzantin. Paris 1920.
83. Haller, J.: Von den Karolingern zu den Staufern. Die altdeutsche Kaiserzeit (900—1250). Berlin Leipzig 1934.
84. — —: Von den Staufern zu den Habsburgern. Auflösung des Reichs und Emporkommen der Landesstaaten (1250—1519). Bln., Lpz. 1935
85. Jirecek, C. J.: Geschichte der Bulgaren. Prag 1876.
86. — —: Geschichte der Serben. Band 1 und 2,1 (bis 1537; unvoll.). Gotha 1911/18.
87. Maur, G. in der: Die Jugoslawen einst und jetzt. 1. Band: Aus der Geschichte der Südslawen. Leipzig und Wien 1936.
88. Jorga, N.: Geschichte des Rumänischen Volkes im Rahmen seiner Staatsbildungen. 2 Bände. Gotha 1905.
89. — —: Geschichte des osmanischen Reiches. Nach den Quellen dargestellt. 5 Bände. Gotha 1908/13.
90. — —: Histoire des Etats balkaniques jusqu'à 1924. Paris 1925.
91. Jung, J.: Römer und Romanen in den Donauländern. (Historisch-ethnographische Studien). 2. Aufl. Innsbruck 1887.
92. Kober, H. A.: Europäische Fürstenhöfe — damals. Band III: Zwischen Donau und Bosporus. Frankfurt/Main 1938.
93. Krofta, K.: Geschichte der Tschechoslowakei. Berlin 1932.
94. Krones, F. von und Uhlirz, K.: Oesterreichische Geschichte. Band 1—4. Leipzig 1906/23.
95. Lamouche, Col.: Histoire de la Turquie depuis les origines jusqu'à nos jours. Paris 1934.
96. Mommsen, Th.: Römische Geschichte. Band V. Berlin 1894.
97. Putzger, F. W.: Historischer Schulatlas.
98. Rizoff, D.: Die Bulgaren in ihren historischen und politischen Grenzen. Atlas mit 40 Karten. Berlin 1917.

99. Rolloff, G.: Das Habsburger-Reich. — Von seiner Entstehung bis zu seinem Untergang (ca. 1278—1919). Bln. und Lpz. 1936.
100. Roth, K.: Geschichte der christlichen Balkanstaaten (Bulgarien, Serbien, Rumänien, Griechenland). Lpz. 1907.
101. — —: Geschichte des Byzantinischen Reiches. Lpz. 1919.
102. Schweckendiek, A.: Grundzüge der Staatenbildungen auf der Balkanhalbinsel. In: Vergangenheit und Gegenwart, 1937, Heft 4.
103. Seton-Watson, R. W.: A History of the Roumanians, from Roman times to the completnon of unity. Cambridge 1934.
104. Spruner-Menke: Handatlas für die Geschichte des Mittelalters und der neueren Zeit. Gotha 1880.
105. Stanojevic, St.: Histoire de Yougoslavie. Belgrade 1936.
106. Temperley, H. W. V.: History of Serbia. London 1917.
107. Uhlirz, K. und M.: Handbuch der Geschichte Oesterreichs und seiner Nachbarländer Böhmen und Ungarn. Band I, II, 1. Graz, Wien, Lpz. 1927, 1930.

## Friedenskonferenz und Friedensverträge.

108. A. R. H.: The Boundaries of Cechoslovakia. In: The Geographical Journal 1919 (Bd. 54, 2. Tl.), p. 185—188. Mit Karte.
109. A. R. H.: The new boundaries of Austria. In: The Geographical Journal, 1919 (Bd. 54, 1. Tl.), p. 288—296. Mit einer Karte.
110. Alberti, A.: L'Italia e la fine della guerra mondiale. Roma 1924.
111. Apponyi, A.: The Peace-Treaty proposed to Hungary. — East-European Problems No 1. London—New-York—Budapest 1920.
112. Baker, R. St.: Woodrow Wilson and World Settlement. 3 vols. 1922/23.
113. Both, B. K.: La Tchécoslovaquie à la Conférence de la paix. — Les Cartes et Mémoires Tchécoslovaques présentés par la Délégation Tchèque. In: Nouvelle Revue de Hongrie, 1937, p. 102—110.
114. Bruns, V.: Die Behandlung der Sudetendeutschen Frage auf der Friedenskonferenz. In: Europ.-Revue, 14. Jg. (1938), S. 173—181.
115. Buday, L. von: Ungarn nach dem Friedensschluß. Berlin, Leipzig 1922
116. Churchill, W. S.: Nach dem Kriege. Deutsche Uebersetzung von C. Zell. Zürich—Lpz.—Wien 1930.
117. Czako, St.: Wie entstand der Trianoner Friedensvertrag mit Ungarn? Budapest 1934.

118. Desbons, G.: La Bulgarie après le Traité de Neuilly. Paris 1930.
119. Genoff, G. O.: Der Vertrag von Neuilly vom 27. November 1919. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 33—46.
120. Hugelmann, K. G.: Der Staatsvertrag von St. Germain en Laye. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 19.
121. Lansing, R.: Die Versailler Friedensverhandlungen. — Persönliche Erinnerungen. — Bln. 1921.
122. — —: The Big. Four.
123. Laun, R.: Deutschösterreich im Friedensvertrag von Versailles (Artikel 80 des Friedensvertrags). - Kommentar nebst einschlägigen Noten. Berlin 1921.
124. Nicolson, H.: Die Friedensmacher. Deutsche Uebersetzung.
125. Oszvald, G.: La vallée du Danube et le traité de Trianon. In: Nouvelle Revue de Hongrie, 1937, p. 111.
126. Smodlaka, M.: Les Revendications territoriales Yougoslaves. Paris 1919.
127. Sofronie, G.: La Lettre Millerand (6 mai 1920) et la valabilité juridique des clauses territoriales du Traité de Trianon. In: Rev. de Transylv. Vol. I, 1934/5, pp. 180—200.
128. — —: En marge de l'interview du président Al. Millerand accordée au journal „Az Est" de Budapest. In: Revue de Transylvanie, Vol. I, 1934/5, pp. 502/5.
129. Tardieu, A.: La Paix. Paris 1921.
130. Temperley, H. W. V.: A History of the Peace Conference of Paris. Vols. I—V. London 1920/1.
131. Toscano, M.: Il Patto die Londra. Storia diplomatica dell' intervento italiano (1914—15). Bologna 1934.
132. Zanotti-Bianco, U. und Caffi, A.: La Pace di Versailles. Note e Documenti. Roma 1919.

V. Donauraum (einschließlich Balkan):

133. Ammende, E. (Hrsg.): Die Nationalitäten in den Staaten Europas. Wien 1931.
134. Ancel, J.: Peuples et Nations des Balkans. — Géographie politique. — Paris 1930.
135. Ancona, U.: Gli eredi dell'Impero Austro-Ungarico. Roma 1922.
136. Armstrong, H. F.: The New Balkans. London und New-York 1926.

137. Astier, E. d': Le problème danubien et les relations franco-allemandes. In: Nouvelle Revue de Hongrie, 1937, Sept. p. 205.
138. Auer, P. de: The Problem of Danubian Co-operation. In: The New Commonwealth Quaterly, Vol. 3, 1937, p. 37.
139. Bauer, V.: Zentraleuropa ein lebendiger Organismus. Brünn-Lpz. 1936.
140. Berkes, Th.: Bataille um Südosteuropa. In: Zft. f. Pol. 1932. S. 369.
141. — —: Die Aussichten der Donauföderation. In: Zft. f. Pol. 1932, S. 698.
142. Berra, L.: Vinti e Vincitori nell'Europa Danubiana. Milano 1937.
143. Berri, G.: I Balcani inquieti. Milano 1924.
144. Boehm, H. M.: Europa irredenta. Eine Einführung in das Nationalitätenproblem der Gegenwart. Berlin 1923.
145. Bohemicus: Donaupolitik. In: Deutschen-Spiegel, 1925, S. 641.
146. Bourgeois E.: Les nouvelles frontières de l'Europe Centrale. In: Eisenmann, Les Problèmes de l'Europe Centrale, Paris 1923, p. 35.
147. Brichta, K.: Mitteleuropäische Raumpolitik. In: Zft. f. Geop. 1928, II, S. 922 und 1036.
148. Brockhausen, K.: Donauföderation, In: Europ. Gespräche 1925, S. 161.
149. Buday, K. de: La reconstruction de l'Europe danubienne. In: Esprit internat. 1933, p. 608.
150. Cambons, J.: Les problèmes politiques de l'Europe Centrale. In: Eisenmann: Problèmes de l'Europe Centrale, Paris 1923, p. 108.
151. Caniglia, R.: La pace sul Danubio. In: Gerarchia, 1933, p. 725.
152. — —: Danubio in armi. Roma 1935.
153. Coudenhove-Kalergi, R. N.: Donau-Union. In: Paneuropa, 1932, S. 127.
154. Dammert, R.: Deutschlands Nachbarn im Südosten. Völker und Mächte im Donauraum. Lpz. 1938.
155. Daneff, S.: Les grandes puissances et les Balkans. In: Esprit internat. 1933, p. 256.
156. Demorgny, G.: Danube et Adriatique. Paris. 1934.
157. — —: Danube et Adriatique en 1935. — L'ère des pactes — L'Autriche. Paris 1935.
158. Diels, P.: Die Slawen. Lpz. und Bln. 1920.
159. Eisenmann L.: Le problème historique de l'Europe centrale. In: Eisenmann, Les problèmes de l'Europe centrale, Paris 1923, p. 1.

160. Erényi, G.: Das Wiedererwachen Mitteleuropas. In: Zft. f. Pol. 1931, S. 233.
161. — —: Mitteleuropa nach dem Tardieuplan. In: Zft. f. Pol. 1932, S. 182.
162. Fournol, E.: Les problèmes politiques de l'Europe centrale. In: Eisenmann, Les Problèmes de l'Europe centrale, Paris 1923, p. 81.
163. — — L'Europe centrale et l'hitlérisme. In: Monde Slave, juin 1934.
164. Gayda, V.: Des accords de Rome à l'ordre européen. In: Esprit Internat. 1935, p. 175.
165. Gedye, G. E. R.: Heirs to the Habsburgs. Bristol 1932.
166. Glaise-Horstenau, E. von: Die Katastrophe. — Die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns und das Werden der Nachfolgestaaten. Zürich, Leipzig, Wien 1929.
167. Gratz, G.: Coopération économique et politique des Etats danubiens. In: Esprit Internat. 1932, S. 364.
168. Hagemann, W.: Probleme des Großbalkan. In: Hochland, Jg. 28, II, 1931, S. 28.
169. Hantos, E.: Die geopolitischen Grundlagen eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Mitteleuropa. In: Zft. f. Geop. 1928, II, S. 916 und 1011.
170. — —: Die Neuordnung des Donauraums. Bln., Wien 1935.
171. Hassinger: Oesterreich und seine Nachfolgestaaten. In: Kjellén-Haushofer, Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege. Abschn. CII, S. 200. Lpz. und Bln. 1935.
172. Haushofer, K.: Zur Geopolitik der Donau. In: Volk und Reich, 1925, S. 161.
173. Heimburg, W. von: Entwicklungen im Donauraum. Stuttgart und Bln. 1936.
174. Hempel, E.: Das politische Kräftespiel im Donauraum. In: Osteuropa, Dezember 1935.
175. Hennig, R.: Geopolitik. — Die Lehre vom Staat als Lebewesen. Lpz., Bln. 1931.
176. Heymann, E.: Balkan. Kriege, Bündnisse, Revolutionen. 150 Jahre Politik und Schicksal. Berlin 1938.
177. Hobus, G.: Raumverwandtschaft der Südostvölker. In: Zft. f. Geop. 1937, S. 455, 568, 645.
178. Hoffmann, W.: Südost-Europa. Bulgarien — Jugoslawien — Rumänien. Ein Querschnitt durch Politik, Kultur und Wirtschaft. Lpz. 1932.
179. Howard, H. N.: Les nouvelles Perspectives dans les Balkans. In: Esprit Internat. 1937, p. 486.

180. Hugelmann, C. G.: Das Abendland und der deutsche Nationalstaat. In: Abendland, Jg. I, 1925/6, S. 227.
181. — —: Das Protokoll von Lausanne und Mitteleuropa. In: Volk und Reich, 1932, S. 862.
182. Hummel H.: Südosteuropa und das Erbe der Donaumonarchie. Macht und Erde, H. 4. Lpz. u. Bln. 1937.
183. Janeff, J.: Das Mächtespiel auf dem Balkan. In: Nationale Hefte, 2. Jg., 1935/6, S. 321.
184. — —: Die Wende auf dem Balkan. Zürich 1936.
185. — —: Aufstand gegen Europa. Bln. 1937.
186. Janovsky, K.: Deutsches Mitteleuropa oder Slawische Wirtschaftsentente? In: Volk und Reich, 1929, S. 414.
187. Kaszonyi, F.: Rassenverwandtschaft der Donauvölker. Zürich—Lpz.—Wien 1931.
188. Krainz, O.: Hexenkessel Donauraum. Schicksalsfragen an Europa. Görlitz 1936.
189. Lindeiner-Wildau, H. E. von: Der Kampf um die Vorherrherrschaft auf dem Balkan. In: Zft. f. Geop. 1927, I, S. 366.
190. Lubenoff, G.: Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan. In: Zft. f. ausl. öffentl. Recht u. Völkerrecht, Band IV, 1934, S. 118, 319, 608.
191. — —: Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan: In: Zft. f. ausl. R. u. Vr., Band VI, 1936, S. 95.
192. — —: Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan. In: Zft. f. ausl. R. u. VR. Band VII, 1937, S. 96.
193. — —: Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan. In: Zft. f. ausl. R. u. VR. Band VII, 1937, S. 550.
194. — —: La situation internationale dans les Balkans. In: Esprit Internat. 1938, p. 417.
195. Matitch M.: Projet d'Union Danubienne. Le Point de vue Yougoslave. Thèse Paris 1933.
196. Mousset A.: L'Europe balkanique et danubienne de 1925 à 1928. In: Année politique française et étrangère. III. 1. 1928, p. 96.
197. Nani, U.: Oriente Europeo. Foligno 1930.
198. Naumann, Fr.: Mitteleuropa, Berlin 1915.
199. Opocensky J.: Umsturz in Mitteleuropa. — Der Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns und die Geburt der Kleinen Entente. Hellerau bei Dresden 1931.
200. Osusky, St.: La position de l'Europe Centrale dans la Politique Européenne. In: Centre Européen de la Dotation Carnegie, Bulletin 1933, p. 731.

201. — —: Le Bassin du Danube et la Paix de l'Europe. In: The New Commonwealth Quaterly, 1938, p. 316.
202. Ouvrier, H. und Selitsch, R.: Donauraum oder Südosteuropa? In: Zft. f. Geop. 1936, Heft 8, S. 493.
203. Palacky Franz: Oesterreichs Staatsidee. Prag 1866.
204. — —: Politisches Vermächtnis. Prag 1872.
205. Papenhusen, Fr.: Das politische Problem der Balkanhalbinsel. In: Zft. f. Geop. 1925, I, S. 404.
206. Pernot, M.: Balkans nouveaux. Paris 1929.
207. — —: Enquête aux pays du Danube I. Le sort de l'Autriche. II. Présent et Avenir de la Hongrie. III. Quelques aspects du problème danubien. In: Revue des Deux Mondes, 1933, II, 15. IX.: III, 1. X.; I: 1. IX.
208. Pietri P.: Progetti d'unione degli Stati danubiani. In: Gerarchia, 1932, p. 214.
209. — —: La politica dei blocchi nell'Europa Danubiana. In: Gerarchia, 1933, p. 839.
210. Pittard, E.: Les Peuples des Balkans. — Esquisses anthropologiques. Paris-Neuchâtel o. J.
211. Prochazka, R.: Zehn Jahre Nachfolgestaaten. In: Europ. Revue, Jg. 4, S. 580.
212. Rappaport, A.: Die machtpolitischen Verschiebungen in Südosteuropa seit den Pariser Friedensverträgen 1919. In: Berliner Monatsh., Okt. 1938, S. 875.
213. Ratzel, Fr.: Völkerkunde. 2. Band. Lpz. und Wien 1895.
214. Rohan, K. A. Prinz: Der Mitteleuropapakt. In: Europ. Revue, 1935, S. 192.
215. — —: Das diplomatische Spiel um die Donau. In: Europ. Revue, 11. Jg., 1935, S. 688.
216. — —: Grundfragen der Neugestaltung Mitteleuropas. In: Deutsches Volkstum, April 1937.
217. Romier, L.: Le carrefour des Empires Morts. Du Danube au Dniestre. Paris 1931.
218. Roos, H. E.: Die Donauländer in der europäischen Politik. In: Europ. Gespräche, 1931, S. 221.
219. — —: Mitteleuropa. In: Europ. Gespräche, 1932, S. 245.
220. Schacher, G.: Der Balkan im europäischen Wirtschaftssystem. In: Magazin der Wirtschaft, 1931, S. 1009.
221. Schneefuß, W.: Das Gesetz der Nachbarfeindschaft. In: Geop. 1930, I, S. 483.

222. Schumacher, R. von: Der Strukturwandel des Südostraums. In: Zft. f. Geop. 1934, II, S. 540.
223. — — : Die Schöpferkraft des Südostens. In: Zft. f. Geop. April 1937.
224. Severus: Tendenzen der südosteuropäischen Entwicklung. In: Südd. Monatsh. Jan. 1935.
225. Spellanzon, C.: La questione d'Oriente. — Vinti e Vincitori nei Balcani. Milano 1926.
226. Springenschmid, K.: Der Donauraum. Oesterreich im Kraftfeld der Großmächte. Geopolitische Bildreihe. Lpz. 1935.
227. Steed, H. W.: La révision des traités. In: Esprit Internat. 1933, p. 355.
228. Stolper, G.: Die Problematik der Donaumonarchie. In: Europ. Gespräche, 1927, S. 81.
229. Török, A.: Das Staatenproblem des Donaubeckens. In: Zft. f. Geop. 1928, II, S. 236.
230. — — : Die Donaufrage vom Mittelpunkt (Ungarn) aus gesehen. In: Zft. f. Geop. 1936, August, S. 495.
231. Topf, E.: Zur Konferenz von Sinaia. In: Zft. f. Geop. 1930, II, S. 615.
232. Toynbee, A. J.: The Inclination towards Isolation in Greece and in Rumania. In: Survey of international Affairs 1936, p. 516.
233. Trampler, K.: Die Krise des Nationalstaats. — Das Nationalitätenproblem im neuen Europa. München 1932.
234. — — : Die Staaten der europäischen Schütterzone. In: Haushofer, Jenseits der Großmächte. 1932.
235. Vibraye, R. de: Die Ostpaktpläne des Jahres 1934. In: Europ. Revue, 1935, S. 151.
236. Vienne, L. de: L'Europe centrale et les Puissances. Nouv. Revue de Hongrie, 1936, S. 396.
237. Vogel, W.: Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen. Bonn und Lpz. 1925.
238. Weygand, Général: Les nouvelles frontières de l'Europe centrale. In: Eisenmann, Problèmes de l'Europe centrale, Paris 1923, p. 69.
239. Welte, A.: Der Donauraum. In: Zft. f. Geop. 1934, I, S. 147.
240. Wiesner, Fr. von: Mitteleuropäische Politik. In: Europ. Revue, Jg. 4, S. 569.
241. Wirsing, G.: Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft. Jena 1932.
242. Wolfer, E.: Entwicklungen in Südosteuropa. In: Nationale Hefte, Jg. 1 (1934/5), S. 364.
234. Ziegler, W.: Die Revisionsbewegung im Donauraum. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 1.

244. Zingarelli I.: Der Großbalkan. Zürich und Lpz. 1927.
245. — —: Das Erbe von Versailles. Wien 1930.
246. — —: Intorno alla Conferenza danubiana. In: Nuova Antologia, 16 Aprile 1932.
247. — —: I Paesi Danubiani e Balcanici. Milano 1938.
248. x x x: Le rapprochement des Etats danubiens. In: Revue des Deux Mondes, 15. avril 1932.

## VI. Die Donau.

249. Buch, F. F.: Das Recht der Donauschiffahrt auf Grund des Versailler Vertrages. Diss. Würzburg 1927.
250. Hajnal, H.: The Danube: its Historical, Polical and Economic Impotance. The Hague 1920.
251. Hantos, E.: Das Donauproblem. In: Magazin der Wirtschaft, 1927. S. 736.
252. Heiderich, F.: Die Donau als Verkehrsstraße. In: Zft. der Ges. f. Erdkunde, 1916, S. 265.
253. Muthesius, V.: Das Schicksal des Rhein-Main-Donau-Projekts. In: Mag. d. Wirtschaft, 1927, S. 1128.
254. Schwarz, J.: Die neue Donauordnung von 1921. Diss. Würzburg 1932.
255. Sieger, R.: Donauweg und Rheinstraße. Zur Geographie des Wiener Beckens. In: Heiderich-Festschrift, Wien 1923, S. 186.
256. Solms-Braunfels, F. Prinz zu: Die völkerrechtliche Stellung der Donau. Diss. Erlangen, 1934.
257. Steinke, H.: Die Donau als internationale Wasserstraße. Diss. Breslau 1934.
258. Toynbee, A. J.: The Definitive Statute of the Danube. In: Survey of International Affairs 1920—23, p. 328.
25. Vogel W.: Rhein und Donau als Staatenbildner. In: Zft. f. Geop. 1924, I, S. 63, 135.

## VII. Grenzprobleme im Donauraum:

1. Die österreichisch-italienische Grenze (Südtirol und Kanaltal):

260. Barnes, H. E.: Italienische Wirtschaftsmethoden der Unterdrükkung Südtirols. In: Zft. f. Geop. 1927, II, S. 861.

261. Brunialti, A.: Trento e Trieste. — Dal Brennero alle rive dell' Adriatico. Torino 1916.
262. Deutschsüdtirol. In: Schriften des Instituts für Statistik der Minderheitsvölker an der Univ. Wien, hrsg. von W. Winkler, Band 4 u. 5. Lpz. u. Wien 1925, 1926.
263. Diplomaten, von einem: Rund um den Sicherheitspakt. Die Brennerfrage. In: Das neue Reich 1925/6, Jg. 8, S. 36.
264. Dresler, A.: Die „strategische" Brennergrenze. In: Südd. Monatshefte 1925/6, Jg. 23, S. 18.
265. Granichstaedten-Czerva, R.: Die staatsrechtliche Stellung Tirols, Innsbruck 1919.
266. Herre, P.: Die Südtiroler Frage. Entstehung und Entwicklung eines europäischen Problems der Kriegs- und Nachkriegszeit. Mchn. 1927.
267. — — Südtirol unter italienischer Herrschaft. In: Der Weg zur Freiheit, 1927, S. 65.
268. Klotz, A.: Italien, Deutschland und Südtirol. In: Das Neue Reich Jg. 8, 1925/6, S. 439.
269. Krebs, N.: Das österreichisch-italienische Grenzgebiet. In: Geograph. Zft. 1915, S. 537.
270. Pfaundler, R. von: Die Ansprüche Italiens auf Deutschsüdtirol. Flugblätter für Deutschösterreichisches Recht, hrsg. von Wotawa. Nr. 1, Wien 1919.
271. Reimesch, Fr. H.: Versinkendes Deutschtum am Südhang der Alpen. In: Deutsche Arbeit, Jg. 25, 1925/6, S. 73, 98.
272. Reut-Nicolussi, E.: Tirol unterm Beil. Mchn. 1928.
273. — —: Zur Frage der Rechtsgleichheit in Südtirol. In: DJZtg. 1928, Sp. 482.
274. Rosgart, I.: Tirol unterm Beil. In: Weg zur Freiheit, 1929, S. 172.
275. Schulte, H.: Ettore Tolmei. In: Tat, Mai 1924.
276. Toynbee, A. J.: The Treatment of the German Population in the Territory transferred from Austria to Italy under the Treaty of St. Germain, and the effect upon Italian Relations with Austria and Germany. In: Survey of Internat. Affairs 1927, p. 185.
277. Veiter, Th.: Das Gebiet von Tarvis (Kanaltal). In: Die südostdeutsche Volksgrenze. Volk u. Reichbücherei, Band 6, Bln. 1934, S. 224.
278. Verdross, A.: Die rechtliche Lage Deutschsüdtirols. In: Voltelini: Deutschsüdtirol, 1925.
279. — —: Das Unrecht der Brennergrenze und das Recht Deutschsüdtirols. In: D. Jur.-Ztg. 1926, Sp. 334.

280. Weingartner, J.: Südtirol. In: Hochland. Jg. 1928/9, S. 399.
281. Zorn, Ph.: Südtirol. In: D. Jur.-Ztg. 1926, Sp. 266.

2. Die österreichisch-jugoslawische Grenze (Kärnten und Steiermark):

282. Bois, Fr. du: Marburg und seine Umgebung. Flugbl. f. Deutsch-Oesterr. Rechts. Nr. 23. Wien 1919.
283. — —: Warum Pettau und Umgebung zu Deutschösterreich gehören müssen. Flugbl. f. Deutschösterr. Recht. Nr. 30, Wien 1919.
284. Bruckner, H.: Der deutsch-slovenische Grenzraum. In: Die südostdeutsche Volksgrenze. Volk und Reichbücherei, Band 6, 1934, S. 178.
285. Casti, H.: Die Zertrümmerung der Steiermark. In: Volk und Reich, 1935, S. 584.
286. Hülgerth, L.: Der Kärntner Freiheitskampf 1918—1819. In: Carinthia I. 1921, S. 1.
287. Kleinwächter, Fr. F. G.: Die slowenische Kulturautonomie in Kärnten. In: Zft. f. Geop. 1, 1928, I, S. 245.
288. Lukas, G. A.: Kärnten und Steiermark. — Ein Beitrag zur Geographie der Heimatliebe. In: Geograph. Zft. 1921, S. 1.
289. Paschinger, V.: Kärnten als geographische Einheit. In: Südd. Monatsh. Jg. 24, 1926/7, 2. Halbbd., S. 3.
290. Perkonig, J. Fr.: Der Freiheitskampf in Kärnten. In: Deutscher Geist in Oesterreich, Mchn. 1933, S. 153.
291. Pirchegger, H.: Das steirische Draugebiet. Flugbl. f. Deutsch-österr. Recht, Nr. 25, 1919.
292. — — Die Steiermark. In: Südd. Monatsh. Jg. 24, II. 1926/7, S. 15.
293. Pfaundler R. von: Die Staatsgrenzen Deutschösterreichs in Steiermark. Flugbl. f. Deutschösterr. Recht. Nr. 2, Wien 1919.
294. — —: Die Staatsgrenzen Deutsch-Oesterreichs auf Kärntner Gebiet. Flugbl. f. Deutschösterr. Recht. Nr. 3. Wien 1919.
295. Schumy, V.: Kärntner Wirtschaftsfragen. In: Südd. Monatsh. Jg. 24, II, 1926/7, S. 12.
296. Wutte, M.: Kärntens Kampf um die Volksabstimmung. In: Carinthia I, 1921, S. 28.
297. — —: Die Ergebnisse der Volksabstimmung in Kärnten. Mit einer geographischen Darstellung. In: Carinthia I, 1921, S. 65.
298. — —: Kärntens Freiheitskampf. Klagenfurt 1922.
299. Wutte, M.: Das Grenzland Kärnten. In: Südd. Monatsh. Jg. 24. II, 1926/7, S. 5.

300. Wutte, M.: Kärntens Südgrenze. In: Zft. f. Geop. 1927, Nr. 11.
301. — —: Mießtal und Unterdraubburg. In: Die südostdeutsche Volksgrenze. Volk und Reichbücherei, Band 6. Bln. 1934, S. 201.

3. Die österreichisch-ungarische Grenze (Burgenland):

302. Brunner, O.: Das Burgenland. In: Bekenntnis zu Oesterreich. Volk und Reichbücherei, Band 4, Bln. 1932, S. 40.
303. Burgenland—Westungarn: In: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtum, I, S. 659—746.
304. Chervin, A.: De Prague à l'Adriatique. Considérations géographiques, ethniques et économiques sur le territoire (Corridor) faisant communiquer les Tchèques avec les Yougoslaves. Paris 1919.
305. Eitler, P.: Das Burgenland. In: Volk und Reich. 1935, S. 590.
306. Isbert, O.A.: Der deutsch-magyarische Grenzraum. In: Die südostdeutsche Volksgrenze. Volk und Reichbücherei, Band 6. Bln. 1934, S. 136.
307. Miltschinsky, V.: Das Burgenland. In: Südd. Monatsh. Jg. 24, II, 1926/7. S. 32.
308. Pfaundler, R. von: Die Zukunft der Deutschen in Westungarn. Flugbl. f. Deutschösterr. Recht, Nr. 8. Wien 1919.
309. Sieger, R.: Vom Burgenland. In: Deutsche Rundschau, 1923, S. 266.
310. Thirring, G.: West-Hungary. East-European Problems No 6. London, New-York, Budapest 1920.
311. Toynbee, A. J.: The Disposal of German West Hungary. In: Survey of internat. Affairs 1920—23. p. 304.

4. Die jugoslawisch-italienische Grenze (bes. die Adriafrage):

312. Ancel, J.: La frontière adriatique. In: Esprit Internat. 1933, p. 232.
313. Benedetti G.: Fiume, Porto Baros e il Retroterra. Roma 1922.
314. — —: La Pace di Fiume. Dalla Conferenza di Parigi al Trattato di Roma. Bologna 1924.
315. Darday, D.: The solution of the Fiume Question. East-European Problems No. 3. London, New-York, Budapest 1920.
316. Friedrichs K.: Italien und die Italiener in Dalmatien. In: Nation und Staat, Jg. 2, 1928/9, S. 611.
317. Giannini, A.: Fiume nel Trattato del Trianon. Roma 1921.

318. Gmelin: Serbokroatisch-italienische Differenzpunkte. In: Wörterb. d. VR. u. Dipl., Band II, S. 526—533.
319. Kogon, E. M.: Albanien. Zum italienisch-jugoslawischen Gegensatz. In: Zft. f. Pol. 1928, S. 150.
320. Marcovitch, L.: La France, l'Italie et Yougoslavie. In: Esprit Internat. 1930, p. 175.
321. — —: Das italienisch-jugoslawische Problem im Lichte der europäischen Politik. In: Zft. f. Pol. 1929, 721.
322. März, J.: Die Adriafrage. Berlin 1933.
323. Melchiori, A.: Mussolini e la questione adriatica. Roma 1935.
324. Ormesson, W. d': Rome, Belgrade, Tirana et l'Europe. In: Revue de Paris, vol. 34, II, p. 795.
325. Paresce, G.: Italia e Jugoslavia. Dal. 1915 al 1929. Firenze 1935.
326. Potchek, S.: La Question Adriatique. Thèse Paris 1933.
327. Reckling, Fr.: Ein halbes Jahr nach Marseille. Italiens Vormarsch im Südosten. In: Deutsches Volkstum, 1935, II, S. 337.
328. Roos, E. H.: Italien und Jugoslavien in der Adria. In: Europäische Gespräche, 1929, S. 542.
329. Rubic, I.: Les Italiens sur le Littoral du Royaume de Yougoslavie. Split 1931.
330. Scheichelbauer, B.: Der Kampf um die jugoslavische Küste. In: Zft. f. Geop. 1928, II, S. 737.
331. Sforza, C.: Italians and Yugoslavs. In: Contemporary Review, 1936, S. 319.
332. — —: Italie et Yougoslavie. In: Esprit Internat. 1930, p. 364.
333. Siewert, W.: Italiens europäische Front. In: Zft. f. Geop. 1936, I, S. 159.
334. Susmel, E.: Mussolini e il problema adriatico. Roma 1929.
335. Tchiritch, Sl. M.: La Question de Fiume. Thèse Paris 1924.
336. Toynbee, A. J.: The Settlement of the Fiume Question (1921—1924). In: Survey of Intern. Affairs 1924, p. 408.
337. Toynbee, A. J.: Italy, Jugoslavia and Albania (1926—1927).
338. — —: Italy and South-Eastern Europe. — Relations between Italy and Jugoslavia. In: Survey of Internat. Affairs 1928, p. 152.
339. Zingarelli, I.: Die Abkommen von Nettuno. In: Das Erbe von Versailles, S. 338.

5. Die tschechische Grenze (Teschen, Orava, Zips, und Hultschin):

340. Bollacher, E.: Das Hultschiner Ländchen im Versailler Friedensvertrag. Stuttgart 1930.

341. Fechner, P.: Die Teschen-Frage in der polnischen Außenpolitik. In: Osteuropa, 1935, S. 687.
342. Kremar, J.: Les bases juridiques de la question de Javorina. In: Revue générale de droit intern. public, 1923, p. 402.
343. Leppmann, W.: Das polnisch-tschechische Grenzproblem und seine Entwicklung nach dem Weltkrieg. In: Osteuropa, Jg. 3, 1927/8, S. 481.
344. Macartney, C. A.: Relations between Poland and Czechoslovakia (1924—25). In: Survey of intern. Affairs 1925, II, p. 247.
345. Schellin, G.: Das Hultschiner Ländchen. Eine Landeskunde. Diss. Königsberg 1933.
346. Szvatko, P.: Les rapports polono-tchécoslovaques. In: Nouvelle Revue de Hongrie, 1936, p. 402.
347. Tapie, V. L.: Le pays de Teschen et les rapports entre la Pologne Tchécoslovaquie. Paris 1936.
348. Toynbee, A. J.: The Polish-Czechoslovak Boundary Dispute over the Javorzina District (1920—24). In: Survey of intern. Affairs 1924, p. 457.
349. Twardowski, von: Jaworina-Fall. In: Wörterb. des VR. u. d. Dipl. Bd. I, S. 602 und Bd. III, S. 939.
350. Witt, K.: Die Teschener Frage. Volk und Reichbücherei. Bd. 7. Bln. 1935.
351. — —: Polen und die Tschechoslowakei. — Die Entwicklung ihrer Beziehungen in jüngster Zeit. — In: Osteuropa, März 1937.
352. Das ostmährisch-schlesische Industriegebiet (M.-Ostrau — Teschen — Bielitz) eine selbständige, neutrale Republik! Flugbl. f. Deutsch-österr. Recht. Nr. 22. Wien 1919.

### 6. Die rumänisch-russische Grenze (Beßarabien):

353. Beßarabien. In: Handwörterb. des Grenz- und Auslandsdeutschtums, I, S. 391—422.
354. Bevione, G.: La ratifica (italiana) della Bessarabia. In: Gerarchia 1927, p. 184.
355. Block, H.: Beßarabien. In: Zft. f. Geop. 1925, II, S. 626.
356. Clark, Ch. U.: Bessarabia. — Russia and Rumania on the Black Sea. New-York 1927.
357. Lazar, J. H.: UdSSR, Rumänien und die beßarabische Frage. In: Osteuropa, 1933, S. 12.
358. Runge, G.: Die Beßarabische Frage. In: Osteuropa, Dez. 1935.

359. Runge, G.: Beßarabien — Rumäniens Grenzmark gegen den Bolschewismus. In: Zft. f. Geop. April 1937.

360. Tittoni, T.: Bessarabia, la Rumania e l'Italia. In: Nuova Antologia, 1927.

361. Toynbee, A. J.: The Russo-Rumanian Negotiations and the Question of Bessarabia (1924). In: Survey of intern. Affairs 1924.

362. — —: The Status of Bessarabia 1917—23. In: Survey of internat. Affairs 1920—23.

363. Uhlig, C.: Die Beßarabische Frage. Eine geopolitische Betrachtung. Breslau 1926.

## VIII. Anschlußfrage.

364. Alberti-Poja, A.: L'Austria non si tocca. Brescia 1934.

365. Anderson, Chandler P.: The Basis of an Advisory Opinion by the World Court on the proposed Austro-German Customs Union. In: Americ. Journal of Intern. Law, 1931, p. 504.

366. Andreas, W.: Oesterreich und der Anschluß. Bln. 1927.

367. Auerbach, B.: Le rattachement de l'Autriche à l'Allemagne. Paris 1927.

368. Bavaricus: Der monarchistische Verrat des Anschlußgedankens. In: Deutsche Einheit, 1927, 49.

369. Benesch, E.: Das österreichisch-deutsche Abkommen. Exposé des Ministers der Auswärtigen Angeleg. in den Außenausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Senats am 23. April 1931 über die Vorschläge zur Lösung der europäischen Volkswirtschaftskrise. Prag. 1931. — Quellen und Dokumente zur tschechosl. Zeitgeschichte Nr. 6.

370. Becker, O.: Bismarck und der großdeutsche Gedanke. In: Weg z. Freiheit, 1929, S. 38.

371. Berber, Fr.: Völkerrechtliche Probleme des Anschlusses. In: Monatsh. f. Ausw. Pol. 1938, S. 305.

372. Berkes Th.: Südosteuropa und die Zollunion. In: Zft. f. Pol. 1931, S. 81.

373. Bernus P.: Le projet austro-allemand d'Union douanière et l'Europe. In: Esprit Intern. 1931, p. 364.

374. — —: L'Anschluß et le moyen de l'empêcher. In: Revue de Paris 15. XI. 1928.

375. Bilfinger, C.: Der Streit um die deutsch-österreichische Zollunion. — Ein Beitrag zum Problem des politischen Völkerrechts. — In: Zft. f. ausl. R. u. VR., III, 1; 1933, S. 163.

376. — —: Die Deutsch-Oesterreichische Zollunion vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag. In: D. Jur.-Ztg. 1931, Sp. 1206.

*377. Borchard, E. M.: The Customs Union Advisory Opinion. In: Americ. Journ. of Intern. Law, 1931, p. 711.

378. Breuer, R.: Anschluß durch das Volk. In: Deutsche Rep. 1927, II, S. 528.

379. Brierly, J. L.: The Advisory Opinion of the Permanent Court on the Customs Régime between Germany and Austria. In: Zft. f. ausl. R. u. VR. III, 1; 1933, S. 68.

380. Brockhausen, K.: Groß-Deutschland — Groß-Südslawien. In: Weg zur Freiheit, 1929, 143.

381. Brown, Ph. M.: The Anschluß and the Permanent Court of International Justice. In: Americ. Journ. of Intern. Law. 1931 (vol. 25), p. 508.

382. Bruns, V.: Oesterreichs „Unabhängigkeit". In: Deutsches Recht 1938, S. 146.

383. Cantalupo, R.: L'Anschluß. In: Nuovo Antologia, 1929, I, S. 78.

384. Chroust, A.: Die österreichische Frage. Würzburg 1920.

385. Coudenhove-Kalergi, R. U.: Anschluß. In: Paneuropa, 1928, S. 1.

386. Danubius: Deutsch-österreichischer Zollverein. In: Abendland, 2. Jg., 1926/7, S. 259.

387. Elissalde L.: Union douanière austro-germanique. In: Revue de Droit Intern. de Sc. dipl. et pol. 1931, p. 14.

388. Förster, Fr. W.: Prinzipielles zu „Anschlußfrage". In: Friedenswarte, 1927, S. 167.

389. Frey, A.: Le compromis austro-allemand. In: Nouvelle Revue de Hongrie, 1936, p. 394.

390. Gerlach, H. von: Pazifismus und Anschlußfrage. In: Friedenswarte. 1927, S. 131.

*391. Grabowsky A.: Der deutsch-österreichische Wirtschaftsplan. In: Zft. f. Pol. 1931, p. 1.

392. Graner, H.: Im Kampf um das großdeutsche Ziel. Gesammelte Aufsätze. Teil 1: Aus den Werdejahren der Anschlußbewegung 1920—22. Stuttg. 1928.

393. Graner, H.: Der Weg der großdeutschen Befreiung. — Vom Zusammenbruch zur großdeutschen Aufbauarbeit. Stuttgart 1927.
394. Grundei, H.: Die deutschen Katholiken und das österreichische Anschlußproblem. In: das Neue Reich, Jg. 8. 1925/6, S. 659.
395. Günther, A.: Die wirtschaftliche Seite der deutschösterreichischen Anschlußfrage. In: Schmollers Jahrb. Jg. 50, I, S. 183.
396. — —: Die soziale Seite der deutsch-österreichischen Anschlußfrage, in: Schmollers Jahrb. Jg. 50, I, S. 123.
397. — —: Der Anschluß. In: Zeitwende, 1927, I, S. 489.
398. Gürke, N.: Oesterreichs Weg zur Wiedervereinigung. In: Deutsches Recht, 1938, S. 156.
399. Hagemann, W.: Anschlußkrise? In: Volk und Reich 1933, S. 41.
400. Harder, H. A.: Italien und die Anschlußfrage. In: Deutsche Einheit, 1926, S. 658.
401. Hartmann, L. M.: Großdeutsch oder Kleindeutsch? Gotha 1921.
402. Headlam-Morley, J. W.: L'Autriche et la question de l'Anschluß. In: Esprit Intern. 1929, p. 198.
403. Heile, W.: England. Rußland und der Anschluß. In: Oesterreich—Deutschland, 1929. Heft 3.
404. Heiß und Ziegfeld: Bekenntnis zu Oesterreich. Bln. 1922.
405. Herkner, H.: Deutschland und Deutsch-Oesterreich. Leipzig 1919.
406. — —: Die Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet. In: Umschau, 1919. S. 209.
*407. Hertz, Fr.: Austro-German Union. In: The Nation. 1928, No 3311, p. 696.
408. Hugelmann, K. G.: Der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland. Flugbl. f. deutschösterr. Recht, Nr. 18, Wien 1919.
409. — —: Der Wiederaufstieg des deutschen Volkes und der Anschluß. In: Deutschlands Erneuerung, 1929, S. 72
410. — —: Das deutschösterreichische Schicksal und der Anschluß in geschichtlicher Betrachtung. In: Weg zur Freiheit, 1927, S. 8.
411. — —: Oesterreich, Preußen. Deutschland. In: Abendland, 2. Jg., 1926/7, S. 108.
412. — —: Der großdeutsche Gedanke und die deutsche Zukunft. In: Hochland, Jg. 19, I, 1921/22, S. 521.
413. — —: Neue Anschlußstimmen in Oesterreich. In: Deutsche Arbeit, Jg. 24 (1924/5), S. 230.
*414. Kelsen, H.: Die staatsrechtliche Durchführung des Anschlusses Oesterreichs an das Deutsche Reich. In: Zft. f. öfftl. R. 1927, S. 329.

415. Kolbenheyer, E. G.: Die volksbiologische Grundlage des deutsch-österreichischen Anschlußgedankens. In: Deutsches Volkstum, 1928. I, S. 172.
416. Kleinwächter, F. F. G.: Anschluß. Anschlußbewegung. In: Polit. Handwörterbuch v. Herre, Band I, S. 63.
417. Kleinwächter und Paller: Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung. Wien—Lpz. 1930.
418. Kroyer, Stefan: Oesterreichertum oder Deutschtum? In: Deutscher Geist in Oesterr. 1933, S. 143.
419. Laun, R.: Großdeutschland in der äuswärtigen Politik. In: Südd. Monatsh., Jg. 1926/7, I, S. 266.
420. — —: Deutschland und Deutschösterreich. Bl. 1921.
421. L'Homme J.: L'union douanière austro-allemande. In: Revue Générale de Droit Intern. Publ., 1931, S. 466.
422. Löbe, P.: Die deutsch-österreichische Anschlußbewegung im letzten Jahre. Jahrb. f. ausw. Pol., hrsg. v. Frh. v. Richthofen. 1. Jg. 1929. Bln. S. 163.
423. Louter, J. de: Der Haager Spruch zur Zollunion. In: D. Jur.-Ztg. 1931, Sp. 1418.
424. Matras, F.: Deutschösterreichs Wille. In: Deutsche Arbeit. Jg. 1924/5, S. 197.
425. Martin, W.: L'Union douanière austro-allemande et la Suisse. In: Neue Schweizer Rundschau, 1931, S. 392.
426. Merkl, A.: Das angebliche Anschlußverbot für Oesterreich und der Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund. In: Deutsche Jur.-Ztg. 1926, Sp. 1388.
427. — —: Der Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich als Rechtsproblem. In: Zft. f. öfftl. R. 1927, 535.
428. Molden, B.: Die österreichische Erbschaft. In: Zft. f. Pol. 1926, Bd. 15, S. 358.
429. Morreale, E.: L'accordo austro-germanico. In: Gerarchia, 1936, p. 530.
430. Münz, S.: Oesterreich und Deutschland. In: Deutsche Einheit. 1923, S. 834.
*431. Ofner, J. Fr.: Die Anschlußfrage. In: Deutscher Geist in Oesterr. 1933.
432. Papenhusen, F.: Geopolitische Erwägungen zum deutsch-österreichischen Anschlußgedanken. In: Zft. f. Geop. 1927, I, S. 319.
433. Pasvolsky, L.: Obstacles to the Union of Austria with Germany. In: Current History, Dec. 1929.

434. Perreux, G.: La lutte pour l'indépendance de l'Autriche. In: Centre Européen de la Dotation Carnegie, Bull. 1935, p. 423.

435. Proksch, A.: Heim ins Reich. In: Deutscher Geist in Oesterr. 1933, S. 137.

436. Quessel L.: Europa und der Anschluß Oesterr. an Deutschland. In: Soz. Monatsh. 1928, S. 658.

437. Räuscher, J.: Deutschland und Oesterreich. In: Hochland, Jg. 1928/9, I, S. 1.

438. — —: Paneuropa und Anschlußfrage. In: Hochland, Jg. 1928/9, I, S. 296.

*439. Redlich, J.: German Austria and Nazi Germany. In: Foreign Affairs (Americ. Quat.), oct. 1936.

440. Revue des Deux Mondes, 15. III. 1926. Le Rattachement de l'Autriche à l'Allemagne.

441. Richthofen, H. von: Die anderen Staaten im Jahre 1929 und ihre Beziehungen zu Deutschland. In: Jahrb. f. Ausw. Pol. 1930, S. 103.

442. Riezler, K.: Deutschland und der Anschluß Oesterreichs. In: Deutscher Volkswirt, Jg. 1, I, S. 1379.

443. Rohan, K. A. Prinz: Ergebnisse und Möglichkeiten des 11. Juli. In: Deutsches Volkstum, Febr. 1937.

444. Scala, O. E. von: Die wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen vom Wiener Kongreß bis zum Zusammenbruch. In: Kleinwächter-Paller, Anschlußfrage, S. 19.

445. Schopfer: Das ungelöste österreichische Problem und die Siegerstaaten. In: Das Neue Reich, Jg. 1924/5, S. 937.

446. Schüßler, W.: Oesterreich und das deutsche Schicksal. Eine histor.-pol. Skizze. Lpz. 1925.

447. Sieger, R.: Das neue Oesterreich. In: Akad. Turnbdsbl. 1926, S. 50.

448. Sievers, W.: Die Widerstände der fremden Mächte gegen die Zollunion des Deutschen Reiches mit Oesterreich vom Jahre 1931. Diss. Erlangen 1934.

449. Stössinger, F.: Für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs. In: Soz. Monatsh. 1925, S. 333.

450. Toussaint, A.: Der Plan einer deutsch-österr. „Zollunion" in seiner völkerrechtlichen Bedeutung. In: Revue de droit internat. de Sc. dipl. et pol., 1931, p. 161.

451. Toynbee, A. J.: The Project for an Austro-German Customs Union. In: Survey of Intern. Affairs 1931, p. 297.

452. Toynbee, A. I.: Relations between Austria and Germany and the Conclusion of the 11 th July, 1936. In: Survey of Intern. Affairs 1936, p. 446.
453. Ullmann, H.: Die Entwicklungsstufen der Anschlußbewegung. In: Deutsche Arbeit, 1926, 204.
454. Winkler, W.: Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung Deutschösterreichs und der Anschluß an Deutschland. Flugbl. f. deutschöst. Recht Nr. 31. Wien 1919.
455. Wirsing, G.: Vorstoß Zollunion. In: Tat, Juni 1931.
*456. Wolf, J.: Le projet austro-allemand d'Union douanière et l'Europe. In: Esprit Intern. 1931, 356.
457. Zeßner-Spitzenberg: Der Anschluß und Oesterreichs Sendung. In: Das Neue Reich, Jg. 1924/5, S. 940.
458. Zingarelli, I.: Die Anschlußbewegung. In: Das Erbe von Versailles, S. 204.

## IX. Habsburgerfrage:

459. Agathon: Zita, Rupprecht und der Anschluß. In: Weltbühne, 1927, S. 122.
460. Bernatzik, E.: Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen. Band III der „Studienausgabe Oesterr. Ges." veranst. von A. Löffler. Wien 1911.
461. Deutschösterreicher, von einem: Habsburg: Die Vorbereitung. In: Südd. Monatsh. Jg. 1933/4, S. 602.
462. Forst de Battaglia, O.: Restauration der Habsburger? In: Europ. Gespräche, 1930, S. 562.
463. Gedye, G. E. R.: The Kingdom without a King. In: Heirs to the Habsburgs, p. 125.
464. Grenzdörfer, F.: Die deutschen Volksgruppen und der Legitimismus in Oesterreich. In: Südd. Monatsh. Jg. 1933/4. S. 595.
465. Gunther, J.: Hapsburg again? In: Foreign Affairs (Americ. Quat.). July 1934
466. Jaffé Fr.: Habsburg im deutschen Bewußtsein. In: Südd. Monatsh. Jg. 1933/4, S. 573.
467. L., E. von: Habsburgs Schatten über Europa. In: Nationale Hefte, Jg. 1937/8, S. 29.
468. Lindner, M.: Der Legitimismus in Oesterreich. In: Volk und Reich, 1935, S. 366.
469. Loiseau, Ch.: Les Habsbourg et l'Italie. In: Europe centrale, 21. XI. 1936.

470. Schramm, H.: Habsburgs Rückkehr: Wege und Widerstände. In: Nat.-soz. Monatsh. Jan. 1935.

471. Severus: Habsburg und die gesamtdeutsche Geschichtsauffassung. In: Südd. Monatsh. Jg. 1933/4, S. 584.

472. Sofronie „G.: Considérations sur le caractère international du problème des Habsbourg. In: Revue de Transylvanie, Tome II, p. 137.

473. Török, A.: Ungarn, Habsburg und Frankreich. In: Europ. Gespräche 1931, S. 575.

Siehe auch Nr. 1005, 1006, 1051, 1095, 1096.

## X. Die Kleine Entente:

474. Aulneau, J.: La Petite Entente et le nouvel équilibre de l'Europe Centrale. VIIe partie de l'ouvrage: Histoire de l'Europe Centrale, Paris 1926.

475. Bénès, E.: La Petite Entente. In: Esprit Intern. 1927, p. 300.

476. — —: Litlle Entente. In: The Encyclopaedia Britannica, 14. Ed., Vol. 14, 1929, p. 219.

477. Brunhes, J.: Préface au Volume „La Petite Entente" de A. Mousset, 1923, p. 3—16.

478. Bruns, V.: Le Pacte d'organisation de la Petite Entente. In: Zft. f. ausl. öfftl. R. u. Vr., Bd. III, 2, 1933, S. 556.

479. Codresco, F.: La petite Entente. 2 tomes. Paris 1930.

480. Cosma, A.: La Petite Entente. Thèse Paris 1926.

481. Coudenhove-Kalergi, R. N.: Die neue Großmacht. In: Paneuropa, 1933, S. 48.

482. Crane, J. O.: The Little Entente. New-York 1931.

483. Desthieux, F. J.: La paix n'est pas faite. Tome 2: La Petite Entente. Paris 1922.

484. Develle, Ph.: La Petite Entente Economique. In: Nouvelle Revue de Hongrie, Déc. 1935, p. 502.

485. Eschmann, E. W.: Im Rücken der Kleinen Entente. In: Tat, Jg. 1933/4, S. 604.

486. Gratz, G.: Die Kleine Entente und Ungarn. In: Europ. Gespräche 1928, S. 437; mit Berichtigung S. 627.

487. Grigorie, P.: La Petite Entente des étudiants et la politique révisionniste. In: Revue de Transylvanie, Vol. I, 1934/5, p. 224.

488. Hildebrandt, W.: Die Kleine Wirtschaftsentente als Instrument der tschechoslowakischen Politik. In: Osteuropa, Bd. 12, 1936/7, S. 714.
489. Hobza, A.: La Petite Entente. In: Revue de droit intern. et de législ. comp. 1933, p. 235.
490. Jancoulesco, V.: La Petite Entente et l'Union européenne. Thèse Paris 1931.
491. Jonesco, T.: La Petite Entente. In: Revue de France, 1. XI. 1921.
492. Kirsch: „Die Kleine Entente". In: Allgemeine Rundschau, 1920, S. 556.
493. Klein, Fr.: Kleine Entente. In: Polit. Handwörterb. I, 984.
494. Klein, H.: Der Pakt der Kleinen Entente. In: Deutsche Wirtschaftszeitung, 30. Jg., S. 274.
495. Küster, W.: Der völkerrechtliche Status der Kleinen Entente. In: Niemeyer's Zft. f. int. R., 1935, S. 1.
496. Macartney, C. A.: Proceedings of the Little Entente (1925). In: Survey of Intern. Affairs 1925, vol. II, p. 250.
497. Machray, R.: The Little Entente. London 1929.
498. Malynski, E.: Les problèmes de l'Est et de la Petite-Entente. Paris 1931.
499. Mousset, A.: La Petite Entente. Paris 1923.
500. — —: La „Petite Entente" entre Rome, Berlin et Moscou. In: Revue de France, 15. 12. 36.
501. Niederle, M.: Deux années de Petite Entente économique. In: Europe Centrale, 1936, No 7, 8, 9.
502. Opocensky, J.: Die Entstehung der Kleinen Entente und der Untergang der Habsburger. In: Der Umsturz in Mitteleuropa, 1931, S. 439.
503. Osusky, St.: Th Little Entente and the League of Nations. In: International Affairs, 1934 (vol. 13), p. 378.
504. Ottow, R.: Die Kleine Entente. Diss. Greifswald 1935.
505. Petrie, Ch.: Italy and the Little Entente. In: Hungarian Quaterly, 1938, p. 3.
506. Pierre, R. J.: La Petite Entente. In: Journal des Economistes, Années 92, p. 583.
507. Pietri, P.: Il nuovo Patto della Piccola Intesa. In: Gerarchia, Marzo 1933.
508. Radovanovitch, V. M.: La petite Entente. In: Revue générale de droit int. p. 1933, p. 716.
509. Rappaport, A.: Die Kleine Entente als Problem der Bündnispolitik. In: Europ. Gespräche, 1926, p. 366.

510. Saritch, B.: La Petite Entente, facteur de paix en Europe. Paris 1933. — Thèse.

511. Schacher, G.: The Little Entente between the two Fascisms. In: Contemp. Review, Aug. 1936.

512. Seton-Watson, R. W.: La Petite Entente. In: Esprit Intern. 1931, p. 592.

513. — —: The Little and Balkan Entente. In: The Slavon. and Eats European Review, 1937, 553.

514. Tosta-Teôn, Graf H. de: Der Pakt der Kleinen Entente. In: Allgemeiner Rundschau ,1933, S. 180.

515. Toynbee, A. J.: The formation of th „Little Entente". In: Survey of intern. Affairs 1920—1923.

516. — —: The Little Entente 1924. In: Survey of intern. Affairs 1924. p. 440.

517. — —: The Little Entente (1926). In: Survey of intern. Affairs 1926. p. 147.

518. — —: The Little Entente and its Neighbours (1927). In: Survey of intern. Affairs 1927, p. 201.

519. — —: The Little Entente Pact and the Four-Power Pact. In: Survey of internat. Affairs 1933, p. 203.

520. — —: The Little Entente vis-à-vis Hungary and Austria. In: Survey of internat. Affairs 1936, p. 507.

521. Twardowski, von: Kleine Entente. In: Wörterb. des VR. u d. Dipl., Band I. 1924.

522. Vienne, L. de: La Petite Entente est-elle un moyen ou une fin? In: Nouvelle Revue de Hongrie, 1936, p. 197.

523. Zingarelli I.: Die Kleine Entente. In: Das Erbe von Versailles, S. 234.

524. — —: La nuova Piccola Intesa. In: Nuova Antologia, 1933, II, p. 249.

525. La Petite Entente depuis 1930. In: Monde Slave, juin et juillet 1934.

526. Il nuovo statuto della Piccola Intesa. In: Gerarchia 1933, Marzo, p. 190.

527. The Economic Little Entente. In: The Economist, Vol. 118, 1934, p. 805.

528. Statut der Kl. E. der Presse. Europ. Gespräche, 1926, S. 46.

529. Die Kleine Entente. In: Histor.-polit. Blätter für das kathol. Deutschland, .1920, II, S. 677.

## XI. Der Balkanbund:


530. Bajkic, V.: Der Balkanpakt. Ein Beitrag zu den Friedensbestrebungen der Balkanstaaten. In: Weltwirtsch. Archiv, Band 42, S. 284.

531. Crestovitch, G.: Griechenland—Italien—Türkei. In: Zft. f. Pol. 1928, S. 413.

532. Curato, F.: Realizzazioni e problemi dell' Intesa balcanica. In: Gerarchia, 1936, p. 198.

533. Groß, H.: Grundlagen und Ziele der Balkankonferenz. In: Zft. f. Pol. 1932, S. 19.

534. Kerner, R. J. and Howard, H. N.: The Balkan Conferences and the Balkan Entente 1930—35. — A Study in the Recent History of the Balkan and the Near Eastern Peoples. — California 1936.

535. Loiseau, Ch.: La conférence d'Athènes et l'Union balkanique. In: Monde Slave, Déc. 1930.

536. März, J.: Der Balkanpakt. In: Zft. f. Geop. 1934, S. 176.

537. — —: Die neue Lage auf dem Balkan. In: Zft. f. Geop. 1938 S. 739.

538. Merkatz von: Die Tragweite der Beistandsverpflichtungen aus dem Balkanpakt auf der Belgrader Tagung des Ständigen Rates der Balkanentente. In: Zft. f. ausl. öfftl. R. u. VR. Band VI 1936, S. 582.

539. Mitrany, D.: Die Möglichkeiten eines Balkan-Locarno. In: Europ. Gespräche, 1926, p. 473.

540. Papanastasiou, A.: La première Conférence balkanique. In: Esprit Intern. 1931, p. 3.

541. — —: La deuxième Conférence balkanique. In: Esprit Intern. 1932, p. 209.

542. — —: Vers l'Union Balkanique. Les Conférences balkaniques. In: Centre Européen de la Dotation Carnegie, Bulletin No 1—3. 1934.

543. Peeff, K. J.: Balkanpakt und Balkanbund. Eine völkerrechtliche Studie. Diss. München 1937.

544. Pétrovitch, St.: L'Union et la Conférence balkanique. Paris 1934.

545. Radovanovitch, V. M.: L'Entente balkanique devant le droit international. In: Revue de droit intern. 1935, 688.

546. Spiropoulos J.: Die Unionsbestrebungen auf dem Balkan. In: Niemeyers Zft. f. intern. R. 1932, S. 193.

547. Toynbee, A. J.: The Balkan Conference (October 1930). In: Survey of intern. Affairs 1930, p. 145.
548. — —: The Second Balkan Conference. In: Survey of intern. Affairs 1931, p. 324.
549. — —: The Balkan Pact and the Position of Bulgaria. In: Survey of intern. Affairs 1934, p. 508.
550. Vulcan, C.: Le Pacte Balkanique. In: Revue Générale de Droit intern. publ. 1934, p. 419.

## XII. Die Donaustaaten:

### 1. Oesterreich.

551. Adamovich, L.: Grundriß des österreichischen Staatsrechts. Wien 1935.
552. Bajcsy-Zsilinszky, A.: Les trois solutions de la question autrichienne. In: Nouvelle Revue de Hongrie, 1936, p. 298.
553. Begus, O.: Die österreichischen Heimwehren — eine vaterländische Notwendigkeit. In: Deutschlands Erneuerung 1929, S. 153.
554. Benedikt, E.: Austria after the Compromise. In: Contemp. Review, Nov. 1936.
555. Fillunger, H.: Das Lana-Abkommen und die Wiener Politik. Mchn. 1922.
556. Frauenfeld, A. E.: Der Aufstieg des Gaues Wien der N.S.D.A.P. In: Deutscher Geist in Oesterreich, 1933, S. 281.
557. Freund, R.: Die Genfer Protokolle. — Ihre Geschichte und Bedeutung für das Staatsleben Deutsch-Oesterreichs. Soz.-wissensch. Forschungen Abt. V, Heft 2. Bln. u. Lpz. 1924.
558. Gedye, G.E.R.: Austria's Fascists. In: The Nation. Vol. 127, 1928, p. 420.
559. — —: Austria — Enter Fascismo. In: The Nation, 1928, p. 584.
560. Gürke, N.: Die Verfassung Oesterreichs. In: Jahrb. d. öfftl. R. d. Gegenw., Bd. 22, 1935, S. 339.
561. — —: Die Verfassung Oesterreichs. In: Jahrb. d. öfftl. Rechts d. Gegenw. Bd. 24, 1937, S. 166.
562. Haintz, R.: Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei (N.S.D.A.P.). In: Deutscher Geist in Oesterreich, 1933, S. 251.
563. Hugelmann, K. G.: Die Unabhängigkeit Oesterreichs und das Protokoll von Lausanne. In: Verwaltungsarchiv, Band 38, S. 266.
564. Hussarek, M.: Der Pakt von Lana. In: Das Neue Reich, Jg. 1921/22, S. 253—255.

565. Immendörffer, B.: Die völkische Bedeutung des Vertrags von Lana. In: Burschensch. Blätter, Jg. 1921/22, S. 82.
566. Jung, K.: Die Großdeutsche Volkspartei. In: Deutscher Geist in Oesterr. 1933, S. 173.
*567. Kelsen, H.: Die Verfassungsgesetze der Republik Oesterreich. 5 Tle. 1919/22.
568. Klein, F.: Die Revision des Friedensvertrages von St. Germain. Wien 1920.
569. Kunschak, L.: Oesterreich 1918—1934. Wien 1935.
570. Mintel, O.: Politische Geographie von Deutsch-Oesterreich. Diss. Königsberg 1932.
*571. Müller, H.: Heimatschutzbewegung. Heimatwehr, Heimwehr, Heimatbund, Heimatblock-Partei. In: Deutscher Geist in Oesterr. 1933, S. 241.
572. Neubacher, H.: Oesterreich und der Donauraum. In: Volk und Reich, 1932, S. 68 (3. Reih.).
574. Observator, Die Tragödie Oesterreichs. Genf 1934.
575. Pabst, Fr.: Oesterreich, wie es ist. In: Tat, Febr. 1932.
576. — —: Oesterreich, wie es wird. In: Tat, Juni 1932.
577. Pernot, M.: Les aspects européens dela question d'Autriche. In: Centre Européen de la Dot. Carnegie, Bull. 1935, No 4/6.
578. Petrie, Ch.: Austria infelix. In: The Quaterly Review, Juli 1938.
579. Pezet, E.: L'Autriche Etat germanique et danubien. In: Centre Européen de la Dotation Carnegie, Bull. 1935, p. 301.
580. Pirker, M.: Die Zukunft der deutsch-österreichischen Alpenländer. Zürich-Lpz.-Wien 1919.
581. Pleyer, K.: Sudetenraum und Deutsch-Oesterreich. In: Zft. f. Geop. 1928, S. 394.
582. Raschhofer, Die Aenderung des Militärstatuts Oesterreichs. In: Zft. f. ausl. öfftl. R. u. VR. Bd. VI, 1936, S. 578.
*583. Redlich, J.: Le problème autrichien. In: Esprit Intern. 1933, p. 381.
584. Renner, K.: Ten Years of Austria's Rupublic. In: The Nation, Vol. 1928, p. 583.
585. R. O. A.: Die österreichischen Heimwehren. In: Deutschlands Erneuerung, 1929, S. 593.
586. Rohan, K. A. Prinz: Oesterreich. In: Europ. Rev. Jg. 3. 1927, S. 411.
587. — —: Der Kampf um Oesterreich. In: Europ. Rev. 1931, S. 679.
588. Rosenfeld, H.: Wilson und Oesterreich. Wien 1919.
589. Sölch, J.: Die Ostalpen. Breslau 1930.

590. Stolper, G.: Die Völkerbundsaktion für Oesterreich. In: Europ. Gespräche 1924, S. 428.
591. Koynbee, A. J.: The Reconstruction of Austria. In: Survey of Intern. Affairs 1920—23. p. 311.
592. — —: The Financial Reconstruction of Austria (1924—6). In: Survey of Intern. Affairs 1926, p. 191.
593. Trosset, C.: Oesterreichs Wirtschaftsmöglichkeiten. In: Deutsche Rundschau, 1927, Bd. 210, S. 213.
594. Wache, K. (Hrsg.): Deutscher Geist in Oesterreich. Ein Handbuch des völkischen Lebens der Ostmark. Mchn. 1933.
595. Winkler, W.: Die Tschechen in Wien. Flugbl. f. Deutschösterreichs Recht, Nr. 3. Wien 1919.
596. Winkler, F.: Die Diktatur in Oesterreich. Zürich-Lpz. 1935.
597. Wirsing, G.: Neutralisiertes Oesterreich? In: Tat, Febr. 1933.
Siehe auch Nr. 804, 805, 933, 876, 885, 886;

## 2. Ungarn.

598. Apponyi, A.: Hungarian Foreign Policy. East-European Problems No 11. London—New-York—Budapest 1921.
599. — —: The Historic Mission of Hungary and the States Aggrandised to her Detriment. In: Justice for Hungary, p. 1.
600. Balogh, J.: The political Testament of St. Stephan, King of Hungary. In: Hungarian Quat. 1938, p. 389.
601. Berka, G.: Die Deutschen in Ungarn. In: Südd. Monatsh. Jg. 1926/27, II, S. 35.
602. Berzeviczy, A.: Ungarn vor und nach dem Kriege. In: Zft. f. Pol. 1927, S. 193.
603. Bethlen, E.: La politique étrangère de la Hongrie après la guerre. In: Esprit Intern. 1938, p. 163.
604. — —: Hungary's position after the Austrian Anschluß. In: Hungarian Quaterly, 1938, p. 201.
605. Dami, A.: Les nouveaux martyrs. — Destin des Minorités. Paris 1936.
606. Erényi, G.: Das ungarische Problem. In: Zft. f. Pol. 1927. p. 210.
607. — —: Das neueste Ungarn. Probleme und Widersprüche. In: Zft. f. Pol. 1930, p. 369.
608. — —: Das allerneueste Ungarn. In: Zft. f. Pol. 1931, S. 60.
609. Gratz, G.: Die Wirtschaft Ungarns 1918—1934. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 94.

610. Hasas, E.: La révision du Traité de Trianon et les difficultés suscitées par la Hongrie en ce qui concern son application. Paris 1928.
611. Hunyady, F. Graf: Ungarns Sonderstellung in Europa. In: Europ. Revue, 1929, S. 150.
612. Jaszi, O.: Magyariens Schuld — Ungarns Sühne. — Revolution und Gegenrevolution in Ungarn. Mchn. 1923.
613. Justice for Hungary. Review and criticism of the effect of the treaty of Trianon. By Count Apponyi, Alb. Berzeviczy, Oliver Eöttevényi (u. a.). London 1928.
614. Lukacs, G.: The Injustice of the Treaty of Trianon. In: No 613, S. 125.
615. Macartney, C. A.: Hungary and her successors. The Treaty of Trianon and its consequences 1919—1937. London 1937.
616. Moravek, E.: Die ungarische Revisionsfrage. In: Völkerbund und Völkerrecht, Jg. 2, S. 158.
617. Mousset, A.: La Hongrie et ses voisins depuis les accords de la Haye (20. 1. 30). In: Esprit Intern. 1931, p. 260.
618. Olah, G.: Ungarn und die Donauraumfrage. In: Nationale Hefte, Jg. 1935/36, S. 537.
619. Rohan, K. A. Prinz: Der politische Umbruch in Ungarn. In: Europ. Revue, 1935, S. 190.
620. — —: Ungarn und Rumänien. In: Europ. Rev. 1929, 129.
621. Rothermere Lord: In Ungarn werden die Freudenfestglocken wieder erklingen. Abgedruckt aus Daily Mail v. 15. 4. 36 in Pester Lloyd v. 22. 4. 1936.
622. Seton-Watson, R. W.: Treaty Revision and the Hungarian Frontiers. London 1934.
623. Sforza, C. Graf: Die magyarische Oligarchie. In: Europäische Diktaturen, 1932, S. 74.
624. Steier, L.: Ungarns Vergewaltigung. Oberungarn unter tschechischer Herrschaft. Zürich—Lpz.—Wien 1929.
625. Surauyi, L.: Ten black years. — The tragedy of the danubian peoples. — Budapest 1930.
626. Szana, A.: Ungarn. 1922.
627. Teleki, P.: Die weltpolitische und Weltwirtschaftliche Lage Ungarns in Vergangenheit und Gegenwart. In: Zft. f. Geop. 1926, I, S. 381.
628. Tharaud, J. J.: Bolchévistes de Hongrie. In: Revue des Deux Mondes, 15. XII. 1920.

629. Török, A.: Das Problem des Deutschtums in Ungarn. In: Zft. f. Pol. 1933, p. 167.
630. — —: Ungarn zwischen Italien und dem Deutschen Reich. In: Volk u. Reich, 1934, S. 721.
632 Toynbee, A. J.: The International Repercussions of the Forged Banknotes Scandal in Hungary. In: Survey of Intern. Affairs 1926, p. 178.
633. — —: The Reconstruction of Hungary (1923—24). In: Survey of intern. Affairs 1924, p. 423.
634. — —: The Financial Reconstruction of Hungary (1925—26). In: Survey of intern. Affairs 1926, p. 204.
635. — —: The Incident arising out of the Discovery on the 1 st January, 1928, of a Consignment of Machine-Gun Parts at Szent Gotthard on the Austro-Hungarian Frontier. In: Survey of intern. Affairs 1928, p. 161.
636. — —: Relations between Hungary and Germany. In: Survey of Intern. Affairs 1936, p. 456.
637. Was Hungary strangled by the peace treaty? (1) Yes by Count A. Apponyi. (2) No. by H. Wickham Steed. In: Current History, ol. 27, 1928, p. 804.
Siehe auch Nr. 786, 794. 824, 847. 856. 884; 885; 886; 922.

### 3. Tschechoslowakei:

638. Adamovich, L.: Grundriß des tschechoslowakischen Staatsrechts. Wien 1929.
639. Barta, E.: Die Ansprüche der Tschechen auf das Sudetenland. Flugbl. f. Deutschösterr. Recht, Nr. 9, Wien 1919.
640. Benes, E.: La politique extérieure de la République tchécoslovaque. — Exposé devant la Chambre tchécoslovaque le 27 janvier 1921. — Prague 1921.
641. Benes, E.: Cinq années de politique extérieure. Exposé présenté le 6 février 1924 devant la Commission des Affaires Ext. de la Chambre tchécoslovaque. — Praha 1924.
642. — —: Die aktuellen internationalen Probleme und die Tschechoslowakei. Exposé des Außenministers im Außenausschuß des Abgeordnetenhauses und Senats am 4. Okt. 1928. Prag 1928. Quellen und Dok. z. Tschechosl. Zeitgeschichte, Nr. 2.
643. — —: The Problem of Central Europe and the Austrian Question. — Speech of the Minister of Foreign Affairs in the Committee of

Parliament on the 21 st March 1934. Prague 1934. — Czechoslovak Sources and Documents No 7.

644. — — : Une nouvelle phase de la lutte pour L'équilibre européen. Prague 1934. — Sources et Documents tchécoslovaques, No 25.

645. — — : Weihnachtskundgebung 1936. Prag 1937. — Tschechoslowakische Quellen und Dokumente Nr. 18.

646. Borovicka, J.: Zehn Jahre tschechoslowakischer Politik. Prag 1929.

647. Braunias, K.: Karpathorussische und sudetendeutsche Autonomie. In: Völkerbund und Völkerrecht, Jg. 1937/38, S. 487.

648. — — : Der Pittsburger Vertrag. In: Zft. f. Völkerr., 1938, S. 194.

649. Hassinger, H.: Die Tschechoslowakei. Wien 1925.

650. Henlein, K.: The German Minority in Czechoslovakia. In: International Affairs, 1936, p. 561.

651. Herkner, H.: Die Tschechoslowakei und ihr Verhältnis zum Deutschtum. In: Zft. f. Pol. 1922, S. 137.

*652. Kafka, B.: Die Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik. Eine Entgegnung auf Nr. 654. In: Zft. f. Pol. 1926, S. 407.

653. Klement, A.: Der tschechische Imperialismus. In: Südd. Monatsh. 1925, S. 3.

654. Krofta, K.: Die Deutschen in der Tschechoslowakei. In: Zft. f. Pol. 1926, S. 377. Vgl. Nr. 652.

655. — — : La Politica estera della Cecoslovacchia. In: Rassegna di Politica internazionale, 1937, p. 167.

656. Kybal, VI.: Les origines diplomatiques de l'Etat tchécoslovaque. Prague 1929. — Sources et Doc. tchécoslovaques No 11.

657. Laun, R.: Die tschechoslowakischen Ansprüche auf deutsches Land. Flugbl. f. Deutschösterr. Recht Nr. 4. Wien 1919.

658. Ledebur-Wicheln, Graf: (Tschechische) Außenpolitik. In: Südd. Monatsh. Jg. 1924/25, S. 16.

659. Leers, J. von: Wird die Slowakei ein europäisches Problem? In: Zft. f. Pol. 1935, S. 143.

660. Lodgman v. Auen, R.: Für die Selbstbestimmung Deutschböhmens. — Rede. Flugbl. f. Deutschösterr. Recht. Nr. 7, Wien 1919.

661. Oberschall, A.: Die Nationalitätenverhältnisse in der Tschechoslowakei. In: Südd. Monatsh. Jg. 1924/5, S. 56.

662. Quirielle, P. de: La politique extérieure de la Tchécoslovaque et sa position dans l'Europe Centrale. In: Esprit Intern. 1937, p. 506.

663. Rall, E.: Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen. Reichenberg 1928.

664. Seton-Watson, R. W.: La Position de la Tchécoslovaquie en Europe. Prague 1936.
665. Solari-Bozzi, G.: Realtà della politica estera cecoslovacca. In: Gerarchia 1936, p. 16.
666. Stolberg-Wernigerode, Otto, Graf zu: Die Tschechen auf der Friedenskonferenz. — Nach unveröffentlichten Akten. In: Südd. Monatsh. Jg. 1924/25. S. 8.
667. Strauß, E.: Tschechoslowakische Außenpolitik. — Eine geschichtliche Einführung. Prag 1936.
668. Toynbee, A. J.: The Situation of Czechoslovakia. In: Survey of Intern. Affairs 1920—23, p. 278.
669. Urban, R.: Der Pittsburger Vertrag und die Autonomieforderung der Slowaken. In: Osteuropa, 1938, S. 607.
670. Weidhaas, H.: Karpatenrußland. In: Osteuropa, Jg. 10 (1934/35), S. 482.
671. Yuhasz, M.: Wilson's Principles in Czechoslovak Practice. — The situation of the Carpatho-Russian People under the Czech yoke. Homestead, Pa., 1929.
672. Eduard Benesch und die tschechische Außenpolitik 1918—1935. In: Berliner Monatshefte 1938, S. 798.

Siehe auch Nr. 793, 804, 820, 893.

### 4. Rumänien.

673. Ancel, J.: Les Frontières roumoines. Bucarest 1935.
674. Antonesco, M.: La vie internationale dela Roumanie. — Ses relations extérieures, son droit international public. In: Roumanie. La Vie juridique des peuples No 4. Paris 1933 p. 388—428.
675. Bethlen, St.: The Transylvanien Problem. In: International Affairs. 1934, p. 361.
676. Bratianu, G. J.: Grundzüge der rumänischen Außenpolitik. In: Europ. Revue 1937, II, S. 782.
677. Bukowina (Buchenland). In: Handwörterb. des Grenz- und Auslanddeutschtums, I, S. 611—644.
678. Frahne, K. H.: Rumänien im Rahmen der russischen Nichtangriffspaktverhandlungen. In: Europ. Gespräche 1932, S. 278.
679. Guérive, E.: La Bucovine et le Banat. Paris 1918.
680. Groß, H.: Rumänien unter der Regierung Maniu. In: Zft. f. Pol. 1930, S. 487.

681. Höpker, W.: Rumänien — vier Monate ohne Titulescu. In: Tat. Jan. 1937.
682. Jorga, N.: La Roumanie. les Balkans et l'Europe centrale. In: Esprit Internat. 1928, p. 169.
683. Irk, V. C.: Rumäniens politische Probleme. In: Zft. f. Geop. 1936, I, S. 149.
684. — —: Rumäniens raumpolitische Sendung. In: Zft. f. Geop. April 1937.
685. Kutzscher, G.: Die nationalpolitische Struktur und Problematik Großrumäniens. In: Zft. f. Pol. 1932, S. 375.
686. Lang, W.: Das Deutschtum in der Bukowina. In: Flugbl. f. Deutschösterr. Recht, Nr. 28. Wien 1919.
687. Marinesco, C. Gr.: Les zones franches en Roumanie. Paris 1931. Thèse.
688. März, J.: Neueinteilung Rumäniens. In: Zft. f. Pol. 1930. S. 285.
689. Rommenhöller, C.: Groß-Rumänien. seine ökonomische, soziale, finanzielle und polit. Struktur. Bln. 1926.
690. Sanders, E. M.: The New Rumanian State. In: The Geographical Review, 1923, p. 377.
691. Schmerz, I.: Rumänien — ein Land im Umbruch. In: Zft. f. Pol. 1932, S. 533.
692. Somesan, L.: Les frontières de l'Etat roumain. In: Revue de Transylvanie, Tome II, p. 397.
693. Transsylvanicus: Die geistigen Hintergründe der rumänischen Regierung. In: Zft. f. Geop. 1930, I, S. 381.
694. Zillich, H.: Die kulturelle Aufgabe der Deutschen in Rumänien. In: Zft. f. Geop. 1929, I, 143.
695. ***: Politische Probleme Rumäniens. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 70.
Siehe auch Nr. 620, 739, 743, 792, 831, 877.

### 5. Jugoslawien.

696. Gröbl, H.: Das Gottscheerland. In: Flugbl. f. Deutschöst. Recht. Nr. 13. Wien 1919.
697. Heymann, E.: Jugoslawien zwischen Ost und West. In: Nationale Hefte, Jg. 1 (1934/5), S. 561.
698. — —: Balkan 1935. — Von Belgrad aus gesehen. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 329.
699. Holzer, E.: Die Entstehung des jugoslawischen Staates. Eine völkerrechtlich-politische Studie. Berlin 1929.

700. Kayser, K.: Unruhiges Kroatien. In: Zft. f. Geop. 1934. II, S. 549.
701. Kuhn, A.: Complaint of Yougoslavia against Hungary with reference to the assassination of King Alexander. In: The American Journal of Internat. Law, 1935, p. 87.
702. Liais, M.: ‚L'affaire hungaro-yougoslave devant le Conseil de la Société des Nations. In: Revue Générale de Droit int. p. 1935, p. 127.
703. Loncarevic, D. A.: Jugoslawiens Entstehung. Zürich, Lpz., Wien 1929.
704. Lubenoff, G.: Die kgl. Diktatur in Jugoslawien (Eine moderne absolute Monarchie). In: Zft. f. ausl. öfftl. R. u. Vr. Band II (1931) Teil 1, S. 252.
705. Marcovitch, L.: La politique extérieure de la Yougoslavie. Paris 1935.
706. — — : L'orientation nouvelle de la Yougoslavie. In: Esprit Internat. 1937, p. 291.
707. März, J.: Die jugoslawische Gebietsreform. In: Zft. f. Geop. 1929, II, S. 1032.
708. — — : Jugoslawien beschreitet neue Wege. In: Zft. f. Geop. 1937, April.
709. Matl, J.: Die Entstehung des jugoslawischen Staates. In: Zft. f. Pol. 1926, S. 521.
710. Maur, G. in der: Die Jugoslawen einst und jetzt. Band 2: Jugslawiens Außenpolitik. Lpz.-Wien 1936.
711. Mihaldjitch, St.: La Baranya. Paris 1919.
712. Morocutti, C.: Groß-Deutschland und Großsüdslawien. Lpz.—Wien 1928.
713. Pavelic, A.: Aus dem Kampfe um den selbständigen Staat Kroatien. Einige Dokumente und Bilder. Wien 1931.
714. Radonitch, Y.: La Batchka. Paris 1919.
715. Rappaport, A.: Das Verhältnis der Außenpolitik zur Innenpolitik in Südslawien. In: Europ. Gespräche, 1928, S. 451.
716. Silberstein, L.: Der Dreifrontenkampf des Jugoslawischen Nationalausschusses. Zur Entstehungsgeschichte des SHS-Königreiches. In: Europ. Gespräche 1928, S. 335.
717. Stanojevic, St.: Die Lage in Jugoslawien. In: Europ. Revue 1935, Jg. 11, S. 497.
718. Török, A.: Die südslawischen Stämme und ihr Staat. In: Zft. f. Geop. 1928, II, S. 834.
719. — — : Ist ein selbständiges Kroatien möglich? In: Zft. f. Geop. 1929, I, S. 136.

720. Wendel, H.: Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit. Frankfurt/M. 1925.
721. Wirsing, G.: Europa nach Marseille. In: Tat, November 1934.
722. Yanochevitch, M.: La Yougoslavie dans les Balkans. Son rôle diplomatique depuis la guerre. Paris 1936.

Siehe auch Nr. 734, 737, 744, 749, 770, 771, 775, 776, 777, 819, 884; 888.

### 6. Bulgarien:

723. Boulter, V. M.: The Graeco-Bulgarian Frontier Incident (1925). In: Survey of Intern. Affairs 1925, Vol. II, p. 299.
724. Boulter, V. M.: Graeco-Bulgarian relations over the Minorities Question. In: Survey of Intern. Affairs 1925, vol. II, p. 288.
725. Prost, H.: La Bulgarie de 1912 à 1930. Paris 1932.
726. Buroff, A. D.: Die bulgarische Außenpolitik nach dem Kriege. — Ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand. In: Europ. Revue, 1937, I, 433.
727. Caucig, F. von: Die politische und wirtschaftl. Entwicklung Bulgariens. In: Zft. f. Geop. April 1937.
728. Chandan, K. S.: Les nouveaux Balkans. — Le Pacte Balkanique. Le Rapprochement Bulgaro—Yougoslave et le Roi Boris III. Paris 1934.
729. Danaillow, G. T.: Les effets de la Guerre en Bulgarie. Paris 1933.
730. Dikow, L.: Die verfassungsrechtliche Lage Bulgariens nach dem Staatsstreich vom 19. Mai 1934. In: Zft. f. Akad. f. deutsches Recht 1935, S. 558.
731. Gellert, J. F.: Die politisch-geographische Entwicklung und Struktur Bulgariens. Bln. 1933.
732. Genoff, G. P.: Die Abrüstung Bulgariens. In: Völkerbund und Völkerrecht, Jg. 1935/36, S. 364.
733. — —: Bulgarien in der internationalen Politik. In: Europ. Revue 1938, S. 3.
734. Gounaud J.: Le pacte d'amitié bulgaro-yougoslave. In: Europe Centrale, 9. I. 1937.
735. Janeff, J.: Der politische Geist in Bulgarien. In: Europ. Revue, 1935, S. 158.
736. — —: Bulgarien im Kampf mit der Romanitas. In: Tat, Jan. 1936.

737. Janic V.: Der jugoslavisch-bulgarische Freundschaftspakt. In: Europ. Revue April 1937.
738. Lasaroff, M. W.: Die völkerrechtliche Entwicklung Bulgariens nach dem Weltkrieg. Völkerrechtsfragen Heft 44. Bln.-Bonn 1937.
739. Poppov, J. V.: La Dobroudja et les relations bulgaro-roumaines. Genfer Diss. 1935.
740. Rohan, K. A. Prinz: Bulgarien. In: Europ. Rev. 1935, S. 468.
741. Sertoli, M.: I Partiti Politici in Bulgaria. In: Nuova Antologia, Aprile 1931.
742. Stainov, P.: Das Staatsrecht Bulgariens nach dem Weltkrieg. In: Jahrb. d. öfftl. R. d. Gegenw. Band 24, 1937, S. 251.
743. Tibal, A.: Bulgares et Roumains. In: Esprit Intern. 1928, p. 380.
744. Török, A.: Das bulgarisch-südslawische Verhältnis. In: Zft. f. Pol. Band 20, 1930, S. 188.
745. Toynbee, A. J.: The Situation of Bulgaria and Greece. In: Survey of intern. Affairs 1920—23, 333.
746. — —: The Problem of Bulgarian Access to the Aegean Sea. In: Survey of Intern. Affairs 1920—23, 338.
747. — —: The Bulgarian Refugees' Loan. In: Survey of intern. Affairs 1926, p. 209.
748. — —: Bulgaria and her Balkan Neighbours. In: Survey of intern. Affairs 1931, p. 340.
749. — —: The Rapprochement between Jugoslavia and Bulgaria and the Signature of the Bulgaro-Jugoslav Pact of the 24th January, 1937. In: Survey of intern. Affairs 1936, p. 512.
750. Wurfbain, A.: L'échange gréco-bulgare des minorités ethniques. Lausanne-Genève 1930.

## XIII. Die übrigen am Donauraum interessierten Staaten:

### 1. Albanien.

751. Ancel, J.: Les bases géographiques du problème albanais. In: Esprit internat. 1928, p. 220.
752. Bevione, J.: Il patto di Tirana. In: Gerarchia 1926, p. 767.
753. — —: I trattati Italia-Albania e Francia-Jugoslavia. In: Gerarchia 1927, p. 1159.
754. — —: L'incidente jugoslavo-albanese (l'arresto dello spione Giuraskovic). In: Gerarchia 1927, p. 427.

755. Boulter, V. M.: The Situation of Albania (1924—25). In: Survey of intern. Affairs 1925, 282.
756. Jonima, Th.: Die neueste Phase der italienisch-albanischen Beziehungen. In: Zft. f. Pol. 1932, p. 545.
757. Kayser, K.: Albanien am Scheidewege. In: Geop. 1934, II, S. 477.
758. Loose L.: Die völkerrechtlichen und politischen Beziehungen Albaniens zu Italien. Diss. Lpz. 1936.
759. März, J.: Albanien 1931. In: Zft. f. Pol. 1931, 488.
760. Mousset, A.: L'alerte albanaise. In: Monde Slave, 1927, p. 1.
761. — —: L'Albanie devant l'Europe (1912—1929). Paris 1919.
762. Nikitovitch, T. M.: L'Affaire du Monastère de Saint-Naoum. Paris 1927. — Thèse.
763. Nikolitch, D.: Les Différends de Frontières de l'Albanie. Paris 1927. — Thèse.
764. Nishani, T. O.: Albanien. das Wunschland Mussolinis. Halle 1936.
765. Rappaport, A.: Der Tirana-Vertrag. Seine Vorgeschichte und seine Tragweite. In: Europ. Gespräche 1927, S. 96.
766. — —: Der 2. Tirana-Vertrag und die Unabhängigkeit Albaniens. In: Europ. Gespräche 1928, S. 86.
767. Rathjens, C.: Die Politik Albaniens seit dem zweiten Balkankriege. In: Zft. f. Pol. 1925, p. 158.
768. Toynbee, A. J.: The Delimitation of the Frontiers of Albania. In: Survey of intern. Affairs 1920—23. p. 343.
769. Traglia, G.: L'Albania di re Zog. Roma 1930.

### 2. Griechenland:

770. Crestovitch, G.: Jugoslawien, Griechenland und Saloniki. In: Zft. f. Pol. 1926, S. 369.
771. Dertilis, P. B.: La Zone franche de Salonique et les Accords Gréco-Yougoslaves. Paris 1928.
772. Jacob, W.: Die makedonische Frage. Ein polit.-geographischer Versuch. Leipziger Diss. 1931.
773. Schüttel, L.: Die makedonische Frage. In: Zft. f. Geop. 1935, I, S. 176.
*774. Strupp, K.: Die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei von 1820—1930. In: Zft. f. VR. 1932, S. 103, 237, 377.
775. Toynbee, A. J.: The Jugoslav Free Zone at Salonica. In: Survey of intern. Affairs 1920—23, p. 340.

776. Toynbee, A. J.: Greece, Jugoslavia and Salonica. In: Survey of intern. Affairs 1926, p. 165.
777. — —: Negotiations between Greece and Jugoslavia over Facilities at the Port of Salonica. In: Survey of Intern. Affairs 1928, p. 183.
778. Toynbee, A. J.: The Graeco-Turkish Settlement of 1930. In: Survey of intern. Affairs 1930, 157.

Siehe auch Nr. 723, 724, 745, 746, 750, 883.

### 3. Türkei.

779. Caucig, F. von: Zur Dardanellenfrage. In: Zft. f. Geop. 1936, I, S. 302.
780. Eger, H.: Die gegenwärtigen völkerrechtlichen Beziehungen der Türkei. Greifswalder Diss. 1933.
781. Groß, H.: Die Türkische Republik und Europa. In: Zft. f. Geop. 1934, I, S. 92.
782. Ismet, Pascha: Politische und wirtschaftliche Ziele der Türkei. In: Zft. f. Geop. 1929, I, S. 177.
783. Kral, A. von: Das Land Kamâl Atatürks. Der Werdegang der modernen Türkei. Wien 1935.
784. Nadolny, R.: Zehn Jahre türkische Außenpolitik. In: Europ. Revue, 1936, S. 449.
785. Ziemke, K.: Die neue Türkei. Politische Entwicklung 1914—29. Stuttgart—Berlin—Leipzig, 1930.

Siehe auch Nr. 774, 778, 883, 905, 913.

### 4. Polen:

786. Chélard, R.: Entre Hongrois et Polonais. In: Europe Centrale 1936, No 18.
787. Exner, F.: Polens Vorstoß nach Donaueuropa. In: Zft. f. Geop. I, S. 269.
788. Grappin, H.: Polonais et Ruthènes. La Question de Galicie. Paris 1919.
789. Hoetzsch, O.: Polens außenpolitische Stellung. In: Osteuropa, April, 1931.
790. Roth, P.: Die Entstehung des polnischen Staates. Eine völkerrechtlich-politische Untersuchung. Bln. 1926.
791. Studnicki, Wl.: Polen im politischen System Europas. Hrsg. und übersetzt von Johannes Maaß. Berlin 1936.

792. Toynbee, A. J.: Poland, Rumania and France. In: Survey of intern. Affairs 1920—23.
793. Witt, K.: Polen und die Tschechoslowakei. Die Entwicklung ihrer Beziehungen in jüngster Zeit. In: Osteuropa, Jg. 1936/37. S. 365.
794. The Hungarian-Polish Frontier Question. East-European Problems No 9, London, New-York, Budapest 1920.

### 5. Deutschland:

795. Anschütz, G.: Die Verfassung des Deutschen Reichs v. 11. Aug. 1919. — Ein Kommentar für Wissensch. und Praxis. 14. Aufl. Bln. 1933.
796. Banat. In: Handwörterb. des Grenz- und Auslanddeutschtums, Bd. I. S. 207—286.
797. Batschka. In: Handwörterb. d. Grenz- u. Auslandsdeutschtums, Band I, S. 291—345.
798. Beer, M.: L'Allemagne devant le Monde. — La Politique extérieure du Troisième Reich. Paris 1935.
799. Békessy, E.: Bilateralverträge. — Der Weg zur deutschen Hegemonie im Donauraum. Budapest 1934.
800. Binder, J. J.: Der Karstgau. In: Südd. Monatsh. Jg. 1926/7. S. 25.
801. Deutsch, W.: Der Weg zum großdeutschen Reich. Jena 1938.
802. Ehrich, E.: Die Auslands-Organisation der NSDAP. Schr. d. Deutschen Hochsch. f. Pol. II, 13. Berlin 1937.
803. Feder, G.: Das Programm der NSDAP. und seine weltanschaulichen Grundgedanken. Nat.-soz. Bibl. Heft 1, 1932.
804. Freytagh-Loringhoven, A. von: L'Allemagne, l'Autriche et la Tchécoslovaquie. In: Esprit Internat. 1938, p. 355.
805. Gedye, G. E. R.: Austrian Pact and Italo-German Co-operation. In: Contemp. Review, 1936, p. 280.
806. Grimm, Fr.: Hitlers Deutsche Sendung. Bln. 1933.
807. — —: Hitler und Europa. Zürich 1936.
808. Hassel, U. von: Deutschlands und Italiens europäische Sendung Köln 1937.
809. Hodann, M.: Der slawische Gürtel um Deutschland. Polen, die Tschechoslowakei und die deutschen Ostprobleme. Bln. 1932.
810. Janeff, J.: Deutschland und der Friede auf dem Balkan. In Deutsches Recht, 1937, S. 13.
811. Imhoff, Chr. Frh. von: Imperialismus oder völkische Politik? Berlin 1937.

812. Jonke P.: Das Gottscheerland. In: Südd. Monatsh. Jg. 1926/27, S. 29.
813. Kallbrunner, J.: Deutsche Erschließung des Südostens seit 1683. Jena 1938.
814. Klemmt, A.: Volk und Staat. Schr. f. Deutsche Hochsch. f. Pol. I, 20. Bln. 1936.
815. Koch-Weser, E.: Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1919—1929. Bln. 1929.
816. Leers J. von: Deutschlands Stellung in der Welt. Lpz. o. J.
817. Lindeiner-Wildau. H. E. von: Deutschland in Mitteleuropa. In: Europ. Revue 1929, 656.
918. Ludorf, P. Fr.: Aktive deutsche Mitteleuropapolitik. In: Zft. f. Geop. 1932, I, S. 214.
819. Morocutti C.: Südslawien und Deutschland. In: Tat, Sept. 1934.
820. Nelböck, Fr.: Deutschland und die Tschechoslowakei im Kampf um Mitteleuropa. In: Zft. f. Geop. 1932, I.
821. Recouly, R.: Hitler et Mussolini. In: Revue de France, 1. XII. 1936.
822. Schacher, G.: Berlin and Rome in Central Europe. In: Contemp. Review 1937, p. 38.
823. Scheichelbauer B.: Die deutsche Minderheit in Südslawien. In: Südd. Monatsh. Jg. 1926/27, S. 20.
824. Schickert, K.: Ungarn und das Dritte Reich. In: Tat, April 1934.
825. Schmerz, I.: Deutschlands Donauerbe. In: Zft. f. Geop. April 1932.
826. Schmidt-Pauli E. von: Diplomaten in Berlin. Bln. 1930.
827. Schumacher, R. von: Volk vor den Grenzen. — Schicksal und Sinn des Außendeutschtums in der gesamtdeutschen Verflechtung. Stg., Bln., Lpz., 1936.
828. Thalheim, K. C.: Das Grenzlanddeutschtum. Bln., Lpz. 1931.
829. Thierbach, H.: Deutsche Kulturpolitik in Mitteleuropa. In: Tat, Oktober 1930.
830. Thierfelder, F.: Das Deutschtum im Ausland. Lpz. 1933.
831. Tibal, A.: Les relations économiques de la Roumanie et de l'Allemagne. In: Esprit Intern. 1930, p. 38.
832. Toynbee, A. J.: National-Socialist Germany and her Neighbours. In: Survey of Intern. Affairs 1933, p. 111.
833. — —: Relations between Austria and Germany (1932—34). In: Survey of Internat. Affairs 1934, 416.
834. — —: Germany's Economic Drang nach Südosten. In: Survey of Intern. Affairs 1936, p. 526.

835. Wirsing, G.: Richtung Ost-Süd-Ost! In: Tat, Nov. 1930.
836. ***: Der Kampf um die Deutsche Außenpolitik. Leipzig 1931.
837. ***: Können Deutschland und Italien Bundesgenossen sein? In: Deutschlands Erneuerung, 1929, S. 356 und 436.

### 6. Frankreich.

838. Brémond, E.: Frankreichs Mitteleuropa-Politik. In: Europ. Revue 1929, S. 736.
839. Lorin H.: La France et la nouvelle Europe centrale. In: Eisenmann, Problèmes de l'Europe centrale, 1933, p. 166.
840. Mauks, A.: La France et les nations danubiennes. In: Nouvelle Revue de Hongrie, 1936, p. 407.
841. Ormesson, Wl. d': Nos Illusions sur l'Europe centrale. Paris 1922.
842. Recouly, R.: La France à la Conférence de Gênes. In: Revue de France, 15. IV. 1922.
843. Török, A.: Ungarn im Spiel französischer Donaupolitik. In: Zft. f. Geop. 1932, I, S. 218.

Siehe auch Nr. 880, 892.

### 7. Italien:

844. Ancel, J.: Les Balkans face à l'Italie. Paris 1928.
845. Augur: L'Europe centrale e gli interessi italiani dal punto di vista inglese. In: Nuova Antologia, 16. X. 27.
646. Avenati, C. A.: Perchè difendiamo l'indipendenza dell'Austria. Torino 1934.
847. Berżeviczy, A. von: Ungarn und Italien. In: Zft. f. Pol. 1928, S. 103.
848. Bethlen, E. Cte.: L'avenir du bassin danubien et l'Italie. In: Nouvelle Revue de Hongrie 1937, p. 3.
849. Christopoulos, G.: La Politique extérieure de l'Italie fasciste. Paris 1936.
850. Ciano, G.: Die Außenpolitik Italiens. Rede vor der Abgeordnetenkammer am 13. Mai 1937.
851. Claär, M.: Italien und Osteuropa. In: Zft. f. Pol. 1932, S. 27.
852. — —: Italien und seine außenpolitische Lage. In: Zft. f. Pol. 1925, S. 393.

853. Coppola, Fr.: Italien und das österreichische Problem. In: Europ. Rev. 1926, S. 407.
854. Coppola, Fr.: La politique danubienne de l'Italie. In: Esprit internat. 1934, p. 535.
855. Eschmann, E. W.: Die Außenpolitik des Faschismus. Bln. 1934.
856. Ferri, C. E.: L'Italia e l'Ungheria nell' ora presente. In: Gerarchia, 1933, p. 634.
857. Gayda, V.: Dopo la Conferenza di Atene: I Balcani e l'Italia. In: Rassegna di Politica internazianale, Marzo 1937.
858. — — : Die Achse, Oesterreich und die Europäische Lage. In: Europ. Revue, 1938, S. 270.
859. Gravelli, A.: Hitler, Mussolini und die Revision. Lpz. 1933.
860. Guillaume, A. E.: La nouvelle politique européenne de l'Italie. In: Rassegna di Politica internazionale, Marzo 1937.
861. Hahn, M.: Das Deutsche Reich und Italien im Donauraum. In: Volk u. Reich, 1937, S. 289.
862. Hardt, Fr. B.: Italien nach dem Kriege. — Eine psychologische Studie. In: Zft. f. Pol. 1922, S. 385.
863. Hennig, R.: Italien am geographischen Scheidewege. In: Zft. f. Geop. 1927, I, S. 241.
864. Hummel, H. und Siewert, W.: Der Mittelmeerraum. Zur Geopolitik eines maritimen Großraumes. Heidelberg-Berlin, 1936.
865. Loesch, K. C. von: Italien und der Donauraum. In: Volk u. Reich, 1936, S. 929.
866. Mannhardt, J. W.: Der Faschismus. Mchn. 1925.
867. Mitrany, D.: Italiens Balkanpolitik. In: Europäische Gespräche, 1927, S. 329.
868. Mousset, A.: L'Europe danubienne au lendemain des accords de Rome. In: Esprit Intern. 1934, 416.
869. Musacchia, G.: La Questione Austriaca e la Politica Italiana. Roma 1933.
870. Mussolini, B.: Der Faschismus. Philosophische, politische und gesellschaftliche Grundlehren. Uebers. von Wagenführ. Mchn. 1933.
871. Nani, U.: La Politica Estera (fascista). Milano 1934.
872. Rhode, H.: Italien und Frankreich in ihrem politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gegensätzen. Bln. 1931.
873. Schieder, Th.: Die Anfänge der italienischen Balkanpolitik vom Risorgimento bis zum Weltkrieg. In: Volk u. Reich, 1936. S. 317.
874. Seifert, G.: Grundzüge italienischer Außenpolitik. In: Zft. f. Geopol. 1927, I, S. 233.
875. Seyfullah, J.: Italien im östlichen Mittelmeer. Bln. 1930.

876. Tamaro, A.: Il Patto fra l'Italia e l'Ungheria. In: Gerarchia 1927, p. 347.
877. — — : Il trattato italo-romeno nel quadro della politica italiana. In: Gerarchia 1926, II, p. 559.
878. Tibal, A.: L'Italie dans l'économie danubienne. In: Esprit Internat. 1934, p. 95.
879. Torre, A.: Italiens Außenpolitik. — Tatsachen und Gründe. In: Europ. Revue, 1927, S. 192.
880. Toynbee, A. J.: Italian and French Policy in South-Eastern Europe. In: Survey of internat. Affairs 1927, p. 153.
881. — — : Italy and South-Eastern Europe. — The Foreign Policy of Italy. In: Survey of Internat. Affairs 1928, p. 147.
882. — — : The Janina Murders and the Italian Occupation of Corfù. In: Survey of Int. Affairs 1920—23, 356.
883. Toynbee, A. J.: Italy and South-Eastern Europe. — Relations between Italy, Türkey and Greece. In: Survey of internat. Affairs 1928, p. 158.
884. — — : Relations between Jugoslavia, Hungary and Italy. In: Survey of internat. Affairs 1934, p. 537.
885. — — : The Italo-Austro-Hungarian Pact of the 17th March 1934, and the Little Entente. In: Survey of internat. Affairs 1934, p. 487.
886. — — : The Maintenance of the Italo-Austro-Hungarian Group. In: Survey of internat. Affairs 1936. p. 437.
887. Vida, G. L. della: Lage und Tendenzen der auswärtigen Politik Italiens In: Zft. f. Pol. 1923, 427.
888. Der italienisch-jugoslawische Vertrag. In: Völkerbund u. Völkerrecht, Jg. 1937/38, S. 63.

## 8. England:

889. Angell, N.: La Grande-Bretagne et l'Europe. In: Esprit internat. 1933, p. 23.
890. Bardoux, I.: L'Angleterre et l'Organisation de l'Europe Centrale. In: Centre Européen de la Dotation Carnegie, Bull. No 4, 1934 p. 285.
891. Hodson, H. V.: The British Dominions and Central Europe. In: Hungarian Quaterly, 1938, p. 195.
892. Jordan, A.: Grande-Bretagne et France en Europe centrale. In: Nouvelle Revue de Hongrie, 1937, p. 218.
893. Nosek, Vl.: Great Britain and the Czecho-Slovaks. Prague 1919.

894. Iacchioni, G.: L'Impero Britannico e l'Europa Continentale. Milano 1937.
895. Preller, H.: Englische Geschichte. Bln. Lpz. 1934.
896. Spender, J. A.: La Grande-Bretagne et l'Europe. In: Esprit internat. 1934, S. 523.

9. Rußland:

897. Alexeiew, N. N. u. Zaitzeff, L.: Sowjetstaat und Völkerrecht. In: Zft. f. VR. 1932, S. 72; 177.
898. Arens, J. J.: Die außenpolitischen Grundsätze der URSS. In: Europ. Revue, 1927, S. 73.
899. Benès, E.: Le Retour de la Russie à la Politique Européenne In: Esprit Internat. 1935, p. 149.
900. Cleinow, G.: Die Außenpolitik der Sowjetunion und ihre Organe. In: Europ. Gespräche 1927, S. 393.
901. Dobbert, G.: UdSSR und Italien (Rom und Moskau). In: Osteuropa, Nov. 1932.
902. Hartlieb, W. W.: Das politische Vertragssystem der Sowjetunion 1920—1935. Lpz. 1936.
903. Hoetzsch, O.: Le Caractère et la Situation internationale de l'Union des Soviets. Genève 1932.
904. — —: Der Ostpakt. In: Osteuropa, Jg. 4 (1928/29), S. 377.
905. Holzinger, P.: UdSSR. und die neue Türkei. In: Osteuropa, Aug. 1932.
906. Hurwicz, E.: Die politischen Ideen des Slawentums. In: Zft. f. Pol. Bd. XXII, S. 600.
907. — —: Die Orientpolitik der Dritten Internationale. Bln. 1922.
908. Janeff, J.: Moskau und der Südosten. In: Deutsches Recht. 15. 8. 1937.
909. Jehlicka, F.: Moskaus Hand in Mitteleuropa. Herrsching 1936.
910. Just, A. W.: Die Sowjetunion und Europa. In: Volk u. Reich, 1934, S. 481.
911. Korovine, E.: La République des Soviets et le Droit international. In: Rev. gén. de Droit int. p. 1925, p. 292.
912. Kunz, J. L.: Sowjet-Rußland und das Völkerrecht. In: Zft. f. Völkerrecht, Bd. 13, p. 580.
913. Klinghardt, K.: Die russisch-türkische Staatsfreundschaft, ihr Werden und ihre Bedeutung. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 274.

914. Makarov, A. N.: Das System der Staatsverträge Sowjetrußlands. In: Zft. f. Pol. Bd. 16, S. 331.
915. Marquès-Rivière, J.: L'URSS. dans le Monde. L'Expansion soviétique de 1918 à 1935. Paris 1935.
916. Milioukov, P.: La situation internationale actuelle de la Russie soviétique. In: Esprit Internat. 1933, p. 366.
917. — —: La politique extérieure des Soviets. Paris 1934.
918. Obst, E.: Sowjetrussische Außenpolitik. In: Zft. f. Geop. 1925, S. 1.
919. Papousek, J.: Die Tschechoslowakei, die Sowjetunion und Deutschland. Prag, 1936.
920. Schepers H.: Was will Rußland im Völkerbund? In: Zft. f. Geop. 1935, I, S. 77, 145, 222.
921. Schmitt, C.: Sowjet-Union und Genfer Völkerbund. In: Völkerbund und Völkerrecht, Jg. 1, 1934/35, S. 263.
922. Török, A.: Ungarn und der Panslawismus. In: Zft. f. Pol. 1936, S. 467.
923. Zaitzeff, L.: Sowjetrußland im völkerrechtlichen Verkehr. In: Osteuropa, Jg. 7, 1931/2, S. 709.
924. Moskaus Einbruch in den Donau- und Balkanraum. In: Völkerbund u. Völkerrecht, 2. II. 1937.

## XIV. Für den Donauraum politisch wichtige Persönlichkeiten der Nachkriegszeit:

Adler, Victor (1852—1918):

925. Brügel. L.: Victor Adler. In: Neue österr. Biographie 18—15—1918. 1. Abt. III. Bd. S. 152. Wien 1926.

Alexander I., König von Jugoslawien (1888—1934):

926. Armstrong, H. F.: After the assassination of King Alexander. In: Foreign Affairs (American Qu.), January 1935.
927. Augarde, J. et Sicard, E.: Alexandre Ier, le roi chevalier. Paris 1935.
928. Heymann, E.: Alexander von Jugoslawien. In: G. Wirsing, Köpfe der Weltpolitik, 1934, S. 75.
929. Pribitchévitch, S.: La Dictature du Roi Alexandre. Contribution à l'étude de la démocratie. Paris 1933.

930. Sforza, C. Graf: Die jugoslawische Diktatur. In: Europ. Diktaturen. 1932. S. 90—118.

931. Verax: Le roi Alexandre de Yougoslavie. (Quelques maîtres de Destin). In: Revue des Deux Mondes, 1 janvier 1931.

Siehe auch Nr. 704.

Allizé, Henri (1860—x):

932. Ma mission à Vienne (mars 1919— août 1920). Paris 1933.

Apponyi, Albert (1846—1933):

933. Erlebnisse und Ergebnisse. Berlin 1933.

Und: Nr. 111, 598.

934. Pethö, A.: Le Comte Albert Apponyi. Suivi d'un choix des discours franç ais du Comte Apponyi. Paris 1931.

Benesch, Eduard (1884—x):

935. Le problème autrichien et la question tchèque. These. Dijon, 1908.

936. Détruisez l'Autrich 'Hongrie. Paris 1916.

937. Der Aufstand der Nationen — Der Weltkrieg und die tschechoslowakische Revolution. Deutsche Uebersetzung aus dem tschech. von Camill Hoffmann. Berlin 1928.

938. Boeheimb, R.: Porträts aus der tschechischen Revolutionsgeneration. — Eduard Benesch, der neue Präsident. In: Volk u. Reich, 1936, S. 204.

939. Crabitès P.: Benes. statesman of Central Europe. London 1935.

940. Crotch, W. W.: President Benes. In: Contemp. Review. March 1936.

941. G. Cl.: Edward Benes. In: The Encyclopaedia Britannica. 13. Ed. 1926, Supl. I. p. 361.

942. Heberlein, W.: Eduard Benesch. In: Zft. f. Pol. Jan. 1936.

943. Klein, Fr.: Benesch. In: 13 Männer regieren Europa. 1930. S. 92.

944. Lupas, J.: Eduard Bénès. In: Revue de Transylvanie. Tome II, p. 393.

945. Machray, R.: Benes: A Diplomat of the New Europe. In: Current History, Dec. 1931.

946. Ullmann, H.: Eduard Benesch. In: G. Wirsing. Köpfe der Weltpolitik, 1934, S. 189—209.

947. Verax: M. Edouard Bénès. Quelques maîtres du destin II. In: Revue des Deux Mondes, 1 mai 1928.

948. W. W.: Beneschs Rolle als Politiker und Freimaurer. In: Deutschlands Erneuerung, Juni 1936.

Und Nr. 672.

**Berzevicze, Albert von** (1853—1936):

Nr. 847, 602.

949. Mateiu, J.: Un champion de la magyarisation: Albert de Berzeviczy. In: Rev. de Transylv. Tome II, 1935/36, p. 546.

**Bethlen, Graf Stephan** (1874—x):

Nr. 602, 603, 675, 848.

950. Dragomir, S.: Les deux attitudes du Comte Bethlen. L'impérialisme hongrois — La Transylvanie état-tampon. In: Revue de Transylvanie, Tome I, 1934/35, p. 5.

951. Gedye, G. E. R.: The Doyen of Premises. Chapter X in „Heirs to the Habsburgs", p. 140—158.

952. Klein, Fr.: Graf Bethlen. In: 13 Männer regieren Europa. 1930. S. 75.

953. Schmidt-Pauli, E. von: Graf Stefan Bethlen. Ein Abschnitt ungarischer Geschichte. Berlin 1931.

954. Wangenheim, S. Frfr. von: Wandlung des Grafen Stefan Bethlen in der Revisionsfrage. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 475.

**Boris III., Zar der Bulgaren** (1894—x):

955. Gorrini, G.: Boris III. Tzar dei Bulgari. — Impressioni, Ricordi. Episodi. Voghera 1930.

956. Kornhuber, A.: König Boris von Bulgarien. G. Wirsing, Köpfe der Weltpolitik, 1934, S. 85.

957. Mandel, R.: Giovanna di Savoia e Boris di Bulgaria. Milano 1930.

**Bratianu, Jonel** (1864—1927):

958. In Memoriam. Jonel Bratianu (Gest. 24. Nov. 1927). In: Europ. Gespräche 1928, S. 95.

**Brüning, Heinrich** (1885—x):

959. Nobel, A.: Brüning. Leipzig 1932.

**Chalkovsky** (1885—x):

960. Schidt-Pauli, E. von: Chalkovsky. In: Diplomaten in Berlin, S. 147.

Ciano, Galeazzo (1903—x):

Nr. 850.

961. Heberlein, W.: Graf Galeazzo Ciano. In: Zft. f. Pol. 1936. S. 649.

Daranyi, Koloman (1886—x):

982. Pasemann, M. E.: Koloman von Daranyi. In: Zft. f. Pol. 1937. S. 503.

Dmowski, Roman (1864—x):

963. Maschke, E.: Roman Dmowski. In: Osteuropa. Jg. 10, 1934/35, S. 391.

Dollfuß, Engelbert (1892—1934):

964. Dunan, M.: Le Chancelier Dollfuß et son oeuvre. In: Centre Européen de la Dotation Carnegie. Bull. 1935. p. 339.

965. Eder, J.: Kanzler Dollfuß. — Seine österreichische Sendung. Wien 1933.

966. Gregory, J. D.: Dollfuß and his times. London 1935.

967. Maurer, H.: Il Cancelliere Dollfuß. Milano 1935.

Duca, Jon G. (1879—1933):

968. Banesco, N.: J. G. Duca. In: Transylvanie. Tom I, 1934/35. p. 130.

Elisabeth, Kaiserin von Oesterreich (1837—1898):

969. Corti, E. C.: Elisabeth. die seltsame Frau. Salzburg-Lpz. 1937.

970. Tschuppik, K.: Elisabeth. Kaiserin von Oesterreich. Wien u. Lpz. 1929.

Ferdinand I., König von Rumänien (1865—1927):

971. Wolbe, E.: Ferdinand I. der Begründer Großrumäniens. — Ein Lebensbild. Locarno-Lpz. 1938.

Frank, Felix (1876—x):

Schmidt-Pauli, E. von: Felix Frank. In: Diplomaten in Berlin. S. 127.

Franz Ferdinand (1863—1914):

973. Sosnosky Th.: Franz Ferdinand der Erzherzog-Thronfolger. Ein Lebensbild. Mchn.—Bln. 1929.

**Franz Joseph I., Kaiser von Oesterreich** (1830—1916):

*974. Redlich, J.: Kaiser Franz Joseph von Oesterreich. Eine Biographie. Bln. 1928.

975. Redlich, O.: Kaiser Franz Joseph. In: Neue österr. Biographie 1815—1918. 1. Abt. 1. Bd. S. 11—22. Wien 1923.

976. Tschuppik, K.: Franz Joseph I. Der Untergang eines Reiches. Hellerau bei Dresden 1928.

**Georg II., König von Griechenland** (1890—x):

977. Heberlein, W.: König Georg II. von Griechenland. In: Zft f. Pol. 1935, S. 837.

**Giolitti, Giovanni** (1842— ):

978. Denkwürdigkeiten meines Lebens. Stuttgart 1923.

**Goebbels, Josef** (1897—x):

979. Signale der neuen Zeit. 1934.

980. Jungnickel, M.: Goebbels. Lpz. 1933.

981. Krause, W.: Reichsminister Dr. Goebbels. Bln. 1933.

**Gömbös, Julius** (1886—1936):

982. Für die nationale Selbstzwecklichkeit. Zwölf Reden des Ministerpräsidenten Julius Gömbös. Budapest 1932.

983. Kornhuber, A.: Julius von Gömbös. In: G. Wirsing. Köpfe der Weltpolitik, 1934. S. 123.

984. 1932—1935. Drei Jahre Regierung Gömbös. Budapest 1935.

**Göring, Hermann** (1893—x):

985. Gritzbach, E.: Hermann Göring. — Werk und Mensch. Mchn. 1938.

**Hartmann, Ludo Moritz** (1865—1924):

Nr. 401.

*986. Bauer, St.: Ludo Moritz Hartmann. In: Neue Oest. Biographie 1815—1918. 1. Abt. III. Bd. S. 197—209. Wien 1926.

**Henlein, Konrad** (1898—x):

987. Konrad Henlein spricht. — Reden zur politischen Volksbewegung der Sudetendeutschen. Hrsg. von Rudolf Jahn. Karlsbad-Lpz. 1937. Und: Nr. 650.

988. Jahn, R.: Konrad Henlein. Leben und Werk des Turnführers. Karlsbad—Lpz. 1937.

Heß, Rudolf (1894—x):

989. Reden. Mchn. 1938.

Hitler, Adolf (1889—x):

990. Mein Kampf. Mchn. 1934.
991. Bertrand, L.: Hitler. Paris 1936.
992. Leers, J. von: Adolf Hitler. Lpz. 1932.
Und: Nr. 806, 807, 921, 859.

Hlinka, Andreas (1864—1938):

993. Hantschel, A.: Andreas Hlinka. In: Volk u. Reich, 1938, S. 650.
994. Andrej Hlinka. In: Berliner Monatshefte, 1938, S. 942.

Hodza, Milan:

995. Leers, J. von: Dr. Milan Hodza. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 838.
996. Szvatko, P.: Le nouveau chef du gouvernement tchécoslovaque Milan Hodja. In: Nouvelle Rev. de Hongrie. 1935, p. 567.

Horthy von Nagybanya, Nikolaus (1868—x):

997. Schmidt-Pauli, E. von: Nikolaus von Horthy. Admiral, Volksheld und Reichsverweser. Berlin—Budapest 1936.
998. Török, A.: Nikolaus von Horthy. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 577.
999. Verax: L'Amiral Horthy. Silouettes Etrangères. In: Revue des Deux Mondes, 1er Décembre 1936.
1000. Zeitz, C. H.: Nikolaus Horthy von Nagybanya. In: Deutschlands Erneuerung, 1931, S. 257.

Imredy, Bela von (1891—x):

1001. Pasemann, M. E.: Bela von Imredy. In: Zft. f. Pol. 1938, S. 430.

Jonesco, Take (1858—1922):

Nr. 491.
1002. Jancovici, D.: Take Jonesco. Paris 1919.

Kanya, Koloman von:

1003. Ottlik, G.: Coloman Kanya. In: The Hungarian Quaterly, 1938, p. 211.

1004. Schmidt-Pauli, E. von: Koloman von Kanya. In: Diplomaten in Berlin. S. 136.

Karl I., Kaiser von Oesterreich (1887—1922):

105. Troud, J.: Charles Ier. — Empereur d'Autriche. Roi de Hongrie. Paris 1931.
1006. Borovczény, A.: Der König und sein Reichsverweser. Mchn. 1924.

Karl II., König von Rumänien (1893—x):

1007. Sofronie, G.: En marge des déclarations de S. M. le Roi Charles II à l'étranger. In: Rev. de Transylvanie, Tome II, p. 273.
1008. Le Roi Charles II et la Transylvanie. In: Rev. de Transylvanie, T. I, p. 3.

Karolyi, Michael (1875—x):

1009. Jaszi, O.: Michael Karolyi. Ein psychologischer Versuch. In: Magyariens Schuld — Ungarns Sühne. Kap. VIII. S. 107.

Kramar, Karl (1860—1937):

1010. Boeheimb, R.: Porträts aus der tschechischen Revolutionsgeneration. — Karl Kramar. In: Volk u. Reich, 1936, S. 203.
1011. Rabl, K. O.: Karel Kramar. In: Zft. f. Pol. 1937, S. 372.

Krofta, Kamil (1876—x):

Nr. 93, 654, 655.

1012. Eisenmann L.: Camille Krofta. In: Monde Slave, 1936, juillet.
1013. Heberlein, W.: Dr. Kamil Krofta. In: Zft. f. Pol. 1936. S. 319.

Maniu, Juliu (1873—x):

1014. Klein, Fr.: Maniu. In: 13 Männer regieren Europa. 1930. S. 89. Und: Nr. 680.

Maria, Königin von Rumänien (1875—1938):

1015. Traum und Leben einer Königin. Lpz. 1935.
1016. The Country that i love. An Exile's Memories. London 1935.
1017. Banescu, N.: Les Mémoires de S. M. la Reine Marie de Roumanie. In: Revue de Transylvanie, Tome II, p. 131.
1018. Chambe, R.: Marie de Roumanie. In: Revue des Deux Mondes, 15 Août 1938.

1019. Luckwaldt, Fr.: Königin Maria von Rumänien. In: Berliner Monatsh. 1936, S. 117.

1020. — —: Königin Maria von Rumänien. In: Berliner Monatsh. 1938, S. 853.

1021. Wangenheim, Frfr. von: Königin Maria von Rumänien und ihre Memoiren. In: Zft. f. Pol. 1935, S. 609. 705.

Masaryk, Thomas Garrigue (1850—1937):

1022. Das Neue Europa. Der slavische Standpunkt. Autorisierte Uebertragung aus dem Tschechischen von Emil Saudek. Berlin 1922.

1023. Das Problem der kleinen Völker in der europäischen Krisis. Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen mit einer Einl. v. Jan Reichmann. Praha 1922.

1024. Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914—1918. Ins Deutsche übertragen von Kamill Hoffmann. Berlin 1925.

1025. Boeheimb R.: Porträts aus der tschechischen Revolutionsgeneration. — Th. G. Masaryk. In: Volk u. Reich, 1936, S. 201.

1026. Dehn, P.: Masaryk. In: Deutschlds. Erng. 1931, 289.

1027. Eckert, Chr.: Der Schöpfer der Tschechoslowakei. In: Abendland, Jg. 1, 1925/6, S. 246.

1028. Gotthard, A.: Masaryk. Eine Lebensskizze. In: Hochland. Jg. 1935/36, S. 246.

1029. Kolis, Fr.: Masaryks Weltanschauung. In: Tat. November 1921.

1030. Kundt, E.: T. G. Masaryk als Vorkämpfer des Nationalitätenrechts. In: Nation und Staat, Jg. III, 1929/30, S. 484.

*1031. Mendelssohn-Bartholdy, A.: Präsident Masaryk. In: Europ. Gespräche, 1930. S. 121.

1032. Pollatschek, G.: Thomas Masaryk. In: Gesellschaft. 1930, I, S. 213.

1033. Radl, E.: Masaryk. In: Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen. S. 192.

1034. Ullmann H.: Th. G. Masaryk. In: Tat, Juli 1934.

1035. Urban, J.: Masaryk redivivus. In: Preuß. Jahrb. 1927. S. 201.

1036. T. G. Masaryk 1850—1925. Beiträge von Benes, Eisenmann Steed, Seton-Watson u. a. Prag 1925.

1037. Les quatre-vingts ans du président Masaryk. In: Revue des Deux Mondes, 1er mars 1930.

Metternich, Klemens Fürst (1773—1859):

1038. Srbik, H. Ritter von: Metternich. — Der Staatsmann und der Mensch. Band I, II. Mchn. 1925.

Miklas, Wilhelm (1872—x):

1039. Der Bundespräsident spricht . . . . Von Oesterreichs Wesensart und Sendung. Wien 1934.

Mussolini, Benito (1883—x):

1040. Scritti e Discorsi. Edizione definitiva. Vol. I.—XI. Milano 1934—1938.
Und: Nr. 870.

1041. Diebow, H. und Goeltzer, K.: Mussolini. Eine Biographie. Bln. 1931.

1042. Klein, Fr.: Mussolini. In: 13 Männer regieren Europa. 1930. S. 77.

1043. Salvemini, G.: Mussolini diplomate. Paris 1932.

1044. Sarfatti, M. G.: Mussolini. Lebensgeschichte. Deutsche Ausg. v. A. M. Balte. 1926.
Und. Nr. 821, 859.

Mustafa Kemal Pascha (1881—1938):

1045. Armstrong, H. C.: Der graue Wolf. Das Leben des Diktators Mustafa Kemal. Aus dem Engl. übersetzt v. P. Wit. Bln. 1933.

1046. Carols, H.: Mustafa Kemal Pascha. In: Deutschlands Erneuerung 1931. S. 268.

1047. Engelmann, W. von: Ghasi Mustafa Kemal Pascha. In: G. Wirsing, Köpfe der Weltpolitik, : 1934, S. 35.

1048. Rößler, Fr.: Kemal Pascha. Bln. (1934).

1049. Sforza, C. Graf: Die türkische Diktatur. In: Europ. Diktaturen, 1932. S. 178.
Und: Nr. 783.

Osusky, Stefan:

Nr. 200, 201, 503.

1050. Toggenburg, P. Graf: Osusky. In: G. Wirsing. Köpfe der Weltpolitik. 1934. S. 299.

Otto von Oesterreich (1912—x):

1051. Zessner, von: Otto von Oesterreich. — Seine Kindheit und Jugend, sein Bildungsgang. Wien 1931.

Pasitsch, Nicola P. (1846—1926):

1052. Randi, O.: Nicola P. Pasic. Roma 1927.

1053. Sforza, C.: Paschitsch — die Seele Serbiens. In: Gestalten und Gestalter des heutigen Europas. S. 158.
1054. — —: Pachtich et l'union des Yougoslaves. Paris 1938.

Popoff, Methodi (1881—x):

1055. Schmidt-Pauli E. von: Methodi Popoff. In: Diplomaten in Berlin. S. 141.

Rosenberg, Alfred (1893—x):

1056. Der Mythus des XX. Jahrhunderts.
1057. Blut und Ehre. Reden und Aufsätze 1919—1933. 1936.
1058. Gestaltung der Idee. Blut und Ehre: 2. Bd. Reden und Aufsätze 1933/5. 1936.
1059. Krisis und Neubau Europas. Schriften der Deutschen Hochsch. f. Pol. Heft 5, Bln. 1934.

Seipel, Ignaz (1876—1932):

1060. Nation und Staat. Wien, Lpz. 1916.
1061. Die geistigen Grundlagen der Minderheitenfrage. Wien 1925.
1062. Die sittlichen Grundlagen des Völkerrechts. 1925.
1063. La vraie figure de l'Autriche. In: Monde slave, junin 1926.
1064. Seipels Reden in Oesterreich und anderwärts. Eine Auswahl zu seinem 50. Geburtstag. Hrsg. von J. Geßl. Wien 1926.
1065. Der Föderalismus in Oesterreich. In: Europ. Gespräche, 1929, Nr. 2.
1066. Birk, B.: Dr. Ignaz Seipel. Ein österreichisches und ein europäisches Schicksal. Regensburg 1932.
1067. Blüml, R.: Prälat Dr. Ignaz Seipel. Ein großes Leben in kleinen Bildern. Klagenfurt und Rosenheim 1933.
1068. Ger, K. G.: Dr. Ignaz Seipel. Wien-Lpz. 1923.
1069. Klein, Fr.: Seipel. In: 13 Männer regieren Europa. 1930. S. 97.
1070. Räuscher, J.: Ignaz Seipel und sein Werk. In: Hochland, Jg. 22, 1925, S. 376.
1071. Riedl, F.: Kanzler Seipel. Ein Vorkämpfer volksdeutschen Denkens. Saarbrücken 1935.
1072. Thormann, W.: Ignaz Seipel. Der europäische Staatsmann. Frankfurt 1932.
1073. Verax: Monseigneur Seipel. In: Revue des Deux Mondes, 1. III. 1929.

Sforza, Carlo Conte (1872—x):

1074. Gestalten und Gestalter des heutigen Europa. Bln. 1931.

1075. Europäische Diktaturen. Bln. 1932.

1076. Europe and Europeans. A study in historical psychology and international politics. London 1936.
Und: 331, 332, 623, 930, 1049, 1053, 1082, 1091.

Schober, Johannes (1874—1932):

1077. Kleinschmied, O.: Schober. Wien 1930.

Schuschnigg, Kurt von (1879—x):

1078. Oesterreichs Erneuerung. Reden. Klagenfurt. 1935

1079. Dreimal Oesterreich. Wien 1938.

1080. Heberlein, W.: Kurt von Schuschnigg. In: Zft. f. Pol. 1936. S. 651.

Stambulisky, Alexander (1879—1923):

1081. Illyricus: Stambuliiski und Bulgarien. In: Europ. Gespräche, 1923, S. 114.

1082. Sforza, Graf C.: Stambulisky. In: Gestalten und Gestalter des heutigen Europa. S. 300.

Starhemberg, Fürst Ernst Rüdiger (1899—x):

1083. Die Reden des Vizekanzlers E. R. Starhemberg (1934—1935). Wien 1935.

1084. Riehl, W.: Fürst Starhemberg. In: Deutschlands Erneuerung 1931. S. 277.

Stojadinowitsch, Milan (1888—x):

1085. Heberlein, W.: Milan Stojadinowitsch. In: Zft. f. Pol. 1937.

Tisza, Graf Stefan (1861—1918):

1086. Erényi, G.: Graf Stefan Tisza. — Ein Staatsmann und Märtyrer. Wien, Lpz. 1935.

Titulescu, Nicolaus (1883—x):

1087. Gruber, F. E.: Nikolaus Titulescu. In: G. Wirsing, Köpfe der Weltpolitik, 1934. S. 304.

1088. Heberlein, W.: Nicolaus Titulescu. In: Zft. f. Pol. 1936. S. 587.

Venizelos, Eleftherios (1864—1936):

1089. Eschmann, E. W.: Venizelos. In: Wirsing, Köpfe der Weltpolitik, 1934. S. 210.

1090. Lansing, R.: Venizélos. In: The big Four and Others of the Peace Conference. 1921. p. 142.

1091. Sforza, C.: Venizelos — Landgier. In: Gestalten und Gestalter des heutigen Europa. 1931, S. 176.

Wilson, Woodrow (1856—1924):

1092. Reden. Bern, 1919.

1093. Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden. Hrsg. von Georg Ahrens und Carl Brinkmann. Bln. 1919.

1094. Pannekock, A.: Das Wilsonsche Programm. Wien 1919.

Zita, Kaiserin von Oesterreich (1892—x):

1095. Proszvimmer, M.: Zita. Ein Frauenschicksal. Wien. Lpz. 1932.

1096. Redier, A.: „Zita". Princesse de la Paix. Paris 1930.

Zogu I., König der Albanier (1895—x):

1097. Ravani, D.: Zogu I., König der Albanier. In: Zft. f. Pol. 1931. S. 495.
Und: Nr. 769.

*) Die mit Stern versehenen Autoren sind Juden.

## XV. Zeitschriften.

Abendland
Allgemeine Rundschau
American Journal of International Law
Annuario di politica internazionale
Anschluß (Der)
Berliner Monatshefte
Carinthia I
Contemporary Review
Current History
Deutsche Arbeit
Deutsche Einheit
Deutsche Juristenzeitung
Deutsche Republik
Deutsche Volkswirt (Der)
Deutsche Rundschau
Deutschen-Spiegel (Der)
Deutsches Recht
Deutsches Volkstum
Deutschlands Erneuerung
Esprit International (L')
Europäische Gespräche
Europäische Revue
Europa Orientale (L')
Europe centrale
Foreign Affairs (London)
Foreign Affairs (New-York)
Friedenswarte

Geographische Zeitschrift
Gerarchia
Gesellschaft (Die)
Hochland
Hungarian Quaterly (The)
Journal des Economistes
International Affairs
Monde Slave (Le)
Nation (The)
Nationale Hefte
Nationalsozialistische Monatshefte
Nation und Staat
Neues Reich (Das)
Neue Schweizer Rundschau
New Commonwealth Quaterly (The)
Nouvelle Revue de Hongrie
Nuova Antologia
Oriento moderno
Ost-Europa
Pan-Europa
Preußische Jahrbücher
Quaterly Review (The)
Rassegna di Politica internazionale
Revue bleue
Revue de droit international, de Sciences diplomatiques et politiques
Revue de Droit international et de Législation comparée
Revue de France
Revue de Paris
Revue de Transylvanie
Revue des Deux Mondes
Revue générale de Droit International Public
Revue politique et parlamentaire
Rivista di Diritto internazionale
Schmoller's Jahrbuch
Slavonic and East European Review (The)
Sozialistische Monatshefte
Süddeutsche Monatshefte
Tat (Die)
Verwaltungsarchiv
Volk und Reich
Völkerbund und Völkerrecht
Weg zur Freiheit (Der)
Zeitschrift für ausländisches Recht und Völkerrecht
Zeitschrift für Geopolitik
Zeitschrift für öffentliches Recht
Zeitschrift für Politik
Zeitschrift für Völkerrecht
Zeitwende

6. Documents pour servir à l'histoire du droit des gens. par Karl Strupp. Tomes I—V. Bln. 1923.

18. Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Bd. 1—4. Hrsg. v. Niemeyer und Strupp. (Jhb. d. Völkerr. Bd. III—VIII).

41. Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie. Begonnen von Hatschek, fortgesetzt und herausgegeben von Karl Strupp. 3 Bände. Berlin und Leipzig 1924/29.

58. Phillipson, C.: Termination of war and Treaties of Peace. London 1916.

69. Strupp, K.: Eléments du Droit international public, universel, européen et américain. 3 vols. Paris 1930.

377. Borchard, E. M.: The Customs Union Advisory Opinion. In: Amerc. Journ. of Intern. Law, 1931, p. 711.

391. Grabowsky A.: Der deutsch-österreichische Wirtschaftsplan. In: Zft. f. Pol. 1931, p. 1.

407. Hertz Fr.: Austro-German Union. In: The Nation, 1928, No 3311, p. 696.

414. Kelsen, H.: Die staatsrechtliche Durchführung des Anschlusses Oesterreichs an das Deutsche Reich. In: Zft. f. öffentl. R. 1927, S. 329.

431. Ofner, J. Fr.: Die Anschlußfrage. In: Deutscher Geist in Oest. 1933.

439. Redlich, J.: German Austria and Nazi Germany. In: Foreign Affairs (Americ. Quat.) oct. 1936.

456. Wolf, J.: Le projet austro-allemand d'Union douanière et l'Europe. In: Esprit Intern. 1931, 356.

567. Kelsen, H.: Die Verfassungsgesetze der Republik Oesterreich. 5 Tle. 1919/22.

571. Müller, H.: Heimatschutzbewegung, Heimatwehr, Heimwehr, Heimatbund, Heimatblock-Partei. In: Deutscher Geist in Oesterreich. 1933. S. 241.

583. Redlich, J.: Le problème autrichien. In: Esprit Intern. 1933, p. 381.

652. Kafka, B.: Die Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik. Eine Entgegnung auf Nr. 654. In: Zft. f. Pol. 1926, S. 407.

774. Strupp, K.: Die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei von 1820—1930. In: Zft. f. VR. 1932, S. 103, 237, 377.

974. Redlich, J.: Kaiser Franz Joseph von Oesterreich. Eine Biographie. Bln. 1928.

986. Bauer, St.: Ludo Moritz Hartmann. In: Neue österr. Biographie 1815—1918. 1. Abt. III. Bd. S. 197—209. Wien 1926.

1031. Mendelssohn-Bartholdy, A.: Präsident Masaryk. In: Europ. Gespräche, 1930, S. 121.

# Lebenslauf.

Am 21. Mai 1911 bin ich als Sohn des verstorbenen Maurermeisters Alois Hartmann und dessen Ehefrau Franziska, geb. Waibel, in Wurzach (Württ.), Kreis Wangen, geboren. Nach Bestehen der Reifeprüfung am Gymnasium in Ehingen a. D. im Frühjahr 1930 studierte ich im Winterhalbjahr 1930/31 an der Universität Tübingen, vom Sommerhalbjahr 1931 bis zum Winterhalbjahr 1931/32 an der Universität München, im Sommerhalbjahr 1932 an der Universität Genf und vom Winterhalbjahr 1932/33 bis zum Winterhalbjahr 1934/35 wieder an der Universität Tübingen.

Am 4. Juli 1935 bestand ich vor dem Justizprüfungsamt beim Oberlandesgericht Stuttgart die erste juristische Staatsprüfung und trat hierauf als Referendar in den Justizdienst ein. Am 11. November 1939 legte ich auf Grund vorstehender Dissertation die mündliche Doktorprüfung ab. Am 9. März 1940 bestand ich vor dem Reichsjustizprüfungsamt, Zweigstelle Stuttgart, die Große juristische Staatsprüfung. Seitdem bin ich zum Dienst in der Wehrmacht einberufen.

Josef Hartmann.